Nr. 189 INTERIM 16. April 1992
auswärts 2,50 DM
Wöchentliches Berlin-Info 2 DM

# AM 20. APRIL, ALLE AUF DIE STRAßE !

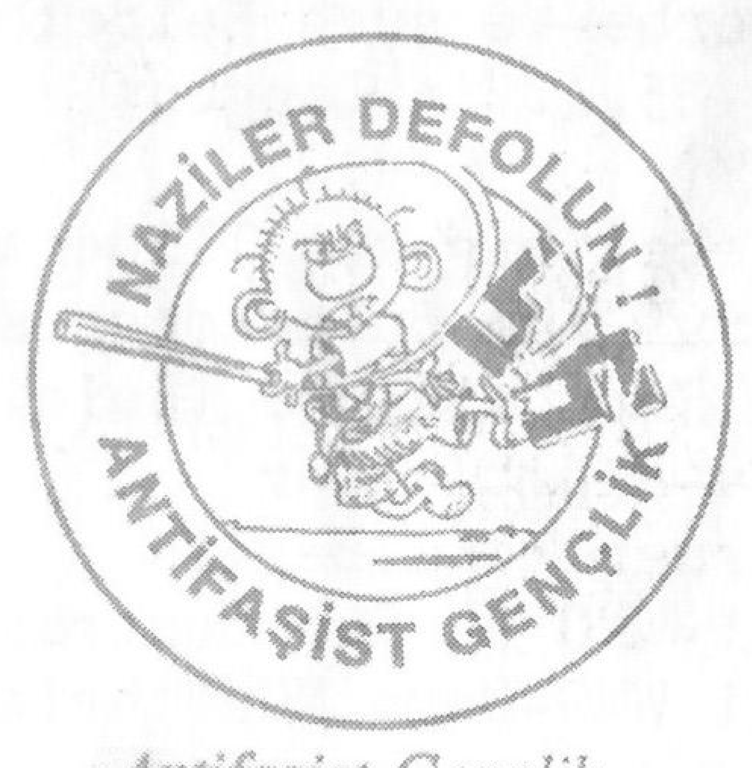


GHETTO SCHLÄGT ZURÜCK

Irkçılığa ve Nazi-Terörüne Karşı!




Gegen Rassismus und Naziterror!




*Antifaşist-Gençlik*

Kommt Zur Demo: 18 Uhr Kottbusser Tor

## Vorwort

Wie ihr an der Titel- und Rückseite unschwer erkennen könnt, geht es in dieser Ausgabe aktuell um Antifa-Mobilisierung. Daher ist auch viel in Flugblattform vorhanden.
Ein Papier zum "Tod eines Faschisten" setzt sich mit dem Ereignis vom 4.4. im China-Restaurant auseinander."Daß in einer direkten Konfrontation die Möglich-Keit der Tötung eines Faschisten liegt, finden wir ein tragbares Risiko",so im Wortlaut aus dem Papier. Wir halten dies für kein tragbares Risiko und schon lange nicht für eine politische Perspektive. Die Auseinandersetzung mit Faschisten darf nicht in einer Totschlagsmentalität enden. Die Gefahr der politischen Isolierung und die Reduzierung des Antifaschismus auf die härtesten physischen Bedrohungen gilt es zu verhindern. Die "Lässigkeit" mit der die politische Tötung als Restrisiko abgehandelt wird, können wir nicht nachvollziehen!
Zur Verdeutlichung:
Das obengeschriebene bezieht sich ausschließlich auf die Aussagen des Papiers und nicht auf die Ereignisse im China-Restaurant
Ansonsten findet ihr im Heft die ersten Texte zum schon lange angekündigten Schwerpunkt: Rassismus und Sexismus. Es sind von Frauen geschriebene Texte über die Situation von Frauen in Algerien. Noch einmal die Aufforderung: Schickt uns Beiträge zum Thema Rassismus und Sexismus.
Auf der letzten Nummer haben wir mal wieder ein falsches Datum und ne falsche Nummer raufgesetzt. Also: die Interim in orange war eigentlich die Nummer 188 und vom 9. April 92.

Frohes Fest!!!

## Inhalt:



## Ordner

- Demo Gifhorn(s.S.7)
- Wir steigen aus(Freiburg)
- UNO-Gruppe gegen Isohaft
- Anwerbe-Versuch Heidelberg
-Demo 25.4. in Langen
- IGFM
- Redebeitrag aus Illmenau
- Aufruf zum Cuba-Kongress
- Die Republikaner (Reinickendorf)
Antifa-Flugblätter
- Stirner Bund Berlin
- Anti-WWG 92 aus Contraste 4/92
- Anti WWG-Demo Münster(s.S.32)
- Schneider verpiß dich

## Vertriebsbedingungen:

**Einzelabos** und **Einzelbestellungen**, auch von alten Heften gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit. (Wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken.) Geht bitte in den nächsten Info-Laden, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Fotokopieren geben.

Ausnahmen davon gibt es folgende:
**Knastabos** gibt es umsonst und auch

**Infoläden und -cafés** außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.

**Buchläden** und andere **WiederverkäuferInnen** können jederzeit ab 3 Exemplaren bei uns bestellen.

Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens 3 Hefte jede Woche.

**Redaktionsschluß** ist immer **montags**. Wenn's ganz dringend ist, könnt ihr's auch noch Dienstag probieren. Aber da leeren wir den Briefkasten nicht immer.

Alle **Artikel**, die ihr uns zusendet, sollen **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine o. ä. schreibt, mal ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Foto oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?

Artikel, die **nicht veröffentlicht** wurden, kommen in aller Regel ohne Kommentar in die Ordner. Diese befinden sich im Papiertiger, Cuvrystr. 25 und im Kopierladen M99 in der Manteuffelstr. 99 und sind dort allgemein zugänglich.

Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen, und auch nicht in den Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.

Es gilt Anzeigenliste Nr. 3 vom 1. Mai 1989.

mpressum

**Herausgeberin:**
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

**Redaktionsanschrift:** s. o.

**V.i.S.d.P.:** Charlotte Schulz

**Gesamtherstellung:**
Eigendruck im Selbstverlag



FÜR EINEN STARKEN WIDERSTAND
IM JAHR '92

# ES GIBT VIEL ZU TUN - PACKEN WIR'S AN!

Nach einigen überregionalen Aktionen, häufen sich jetzt in Berlin wieder sehr wichtige Daten und Aktionen, wie 1. Eine antirassistische und antifaschistische **DEMO** in Strausbergam 18.4.92 um 14.00Uhr am Bahnhof :Strausberg -Stadt.Diese Demo ist von den besetzten Häusern Brandenburgs organisiert und genau 2 Tage vor Führers Geburtstag gelegt worden um den Faschos ihre Feierei von vornherein zu versauen. Fahrt alle hin um ihnen dabei zu helfen und um unsere Gedanken auch etwas nach außerhalb zu tragen.

2.Der Geburtstag des Führers darf auf keinen Fall unbeantwortet bleiben .Ein erster Versuch wird die **DEMO** am 20.4. um 18.00Uhr am Kottbusser Tor sein . Außerdem sollten noch viele dezentrale, stadtteilbezogene Aktionen laufen :Am 17.4.(freitags) gibt es eine VV zum 20.4. im Mehringhof: Versammlungsraum um 20 Uhr :

-BETEILIGT EUCH MASSENHAFT AN DEN AKTIONEN-

3.Die Republikaner starten jetzt in die heiße Phase ihres Wahlkampfes!Wir sollten es ihnen unmöglich machen ihre Propaganda zu verbreiten und mit vielfältigen Aktionen ihren Wahlkampf mächtig versauen,.Plakate abreißen ,Sprüh-und Klebaktionen ,direkt-Aktionen ,Wahlstände behindern ,Flugis,Demos...etc. (wie wärs mit einem Treffpunkt ,wenn die Reps wieder so stark zulegen,z.B.Spontantreff:20.00UHR ????BReitscheidplatz???)

4. **1.MAI-DEMO** ,wie immer um 13.00 Uhr Oranienplatz und anschließendem Fest !!!

AM 9.Mai veranstaltet die Deutsche Liga für Heimat und VOLK eine Wahlveranstaltung in Karlshorst: Außenbezirk von Berlin::mit DAVID IRVING ,dem Nazi -super -Redner(war auch in Passau zu hören) :Das muß doch auf jeden Fall verhindert werden .Es soll auf jeden Fall was in Planung sein.

-DIE ANTIFASCHISTISCHE SELBSTHILFE ORGANISIEREN!-
-BLEIBERECHT FÜR ALLE UND SCHREIBTISCHTÄTER UNTER DEN TISCH!
GEGEN RASSISMUS, FASCHISMUS,
SEXISMUS, OLYMPIA, UMSTRUKTURIERUNG
UND EINE HAUPTSTADT DER BULLEN
UND BONZEN!

(Während das RAF-Schreiben — bis auf die versal hervorgehobenen Passagen — durchweg in Kleinschreibung abgefaßt ist, haben wir es auf Grund der Lesbarkeit in Klein- und Großschreibung dokumentiert.)

# RAF

## Das Schreiben an die französische

AN ALLE, DIE AUF DER SUCHE NACH WEGEN SIND,
WIE MENSCHENWÜRDIGES LEBEN HIER UND WELTWEIT
AN GANZ KONKRETEN FRAGEN ORGANISIERT
UND DURCHGESETZT WERDEN KANN.

Das ist auch unsere Suche.

Es gibt Tausende Probleme, die auf dem Tisch liegen und nach Lösungen schreien und die, wenn sie nicht bald angepackt und gelöst werden, die ganze Menschheit in die Katastrophe führen.

Sie alle sind entstanden durch das kapitalistische Prinzip, daß nur Profit und Macht zählen und die Menschen und die Natur dem untergeordnet sind.

Wir, die RAF, haben seit 89 angefangen, verstärkt darüber nachzudenken und zu reden, daß es für uns wie für alle, die in der BRD eine Geschichte im Widerstand haben, nicht mehr so weitergehen kann wie bisher. Wir haben überlegt, daß es darum geht, neue Bestimmungen für eine Politik herauszufinden, die tatsächliche Veränderungen für das Leben der Menschen heute durchsetzen kann und die längerfristig den Herrschenden die Bestimmung über die Lebensrealität ganz entreißt. Dafür ist es notwendig, sich die eigene bzw. gemeinsame Geschichte aller im Widerstand anzusehen, darüber nachzudenken, was wir falsch gemacht haben und was wichtige Erfahrungen waren, die wir oder andere gemacht haben, und welche Bedeutung sie für die Zukunft haben können.

Ausgangspunkt war:

1. Die Tatsache, daß wir alle vor einer völlig veränderten Situation im weltweiten Kräfteverhältnis standen
— die Auflösung des sozialistischen Staatensystems, das Ende des Kalten Krieges.

Wir waren damit konfrontiert, daß die Vorstellung, im gemeinsamen internationalen Kampf einen Durchbruch für Befreiung zu schaffen, nicht aufgegangen ist. Die Befreiungskämpfe waren insgesamt zu schwach, um gegen die auf allen Ebenen ausgeweitete Kriegsführung des Imperialismus durchzukommen.

Der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten, der seine Ursache wesentlich in den im Inneren ungelösten Widersprüchen hatte, hat katastrophale Auswirkungen für Millionen Menschen weltweit und hat alle, die rund um den Globus um Befreiung kämpfen, auf sich selbst zurückgeworfen.

Aber dadurch hat sich für alle die Notwendigkeit nochmal deutlicher gezeigt, daß die Kämpfe um Befreiung nur aus dem Selbstbewußtsein der eigenen, speziellen Geschichte der Völker, den authentischen Bedingungen und Zielen entwickelt werden können. Und nur daraus kann eine neue internationale Kraft entstehen.

Das haben viele GenossInnen aus dem Trikont (gemeint ist die sogenannte dritte Welt — Anm.d.Red.) in die Diskussionen eingebracht und sie haben dort Anfänge einer ganz neuen Politik gefunden und umgesetzt — das werden wir hier auch. Darin sind wir mit ihnen verbunden.

2. Wir selbst waren damit konfrontiert, daß wir so, wie wir in den Jahren vor 89 Politik gemacht haben, politisch nicht stärker sondern schwächer geworden sind. Wir haben aus verschiedensten Gründen keine Anziehungskraft mehr für die Menschen hier entwickelt, die gemeinsames Handeln möglich macht.

Als einen zentralen Fehler haben wir gesehen, daß wir viel zu wenig auf andere, die hier auch aufgestanden waren, zugegangen sind; und auf die, die noch nicht aufgestanden waren, gar nicht.

Die Verhältnisse zu den Leuten, mit denen wir am meisten zu tun hatten, waren aber in erster Linie darüber bestimmt, gemeinsam zum Angriff zu kommen. Deshalb gab es in der Bestimmung gar nicht den Raum, daß sie eigene soziale Werte in ihrem Alltag und mit vielen zusammen entwickeln und leben konnten. Nur daraus hätten wir zusammen zu einer Politik kommen können, die für mehr Menschen, auch für welche, die außerhalb der verschiedenen Scene-Gettos leben, erfahrbar macht, daß die Kälte und



Andreas Baader und Gudrun Ensslin.



Uns ist klar geworden, daß wir die Leute suchen müssen, und daß es so nicht weitergeht, daß wir als Guerilla alle Entscheidungen allein treffen und die anderen sich an uns orientieren. Wir haben das zwar oft anders formuliert, aber die Realität war so.

Wir hatten unsere Politik ganz stark auf Angriffe gegen die Strategien der Imperialisten reduziert und gefehlt hat die Suche nach unmittelbaren positiven Zielen und danach, wie eine gesellschaftliche Alternative hier und heute schon anfangen kann zu existieren. Daß das hier möglich ist, daß es geht, so etwas anzufangen, haben uns die Erfahrungen, die andere erkämpft haben, gezeigt.

Ohnmacht im Imperialismus nicht Schicksal wie Naturgewalt ist, sondern da aufhört, wo Menschen ihre Bedürfnisse, ihre Solidarität gemeinsam umsetzen und das hier und heute anfangen zu leben.

Daraus hatten wir die Konsequenzen gezogen und zwei Jahre lang einen parallelen Prozeß von Neubestimmung und praktischen Interventionen versucht.

Wir dachten, wir könnten dadurch, wie wir unsere Aktionen bestimmen und wie wir reden, von uns aus ein neues Verhältnis schaffen und dadurch die notwendigen Voraussetzungen für eine gemeinsame Diskussion und daraus eine gemein-

same Perspektive mit viel mehr Menschen und Gruppen möglich machen.

Daß wir unseren Prozeß nicht nachvollziehbar, sondern bruchstückhaft als Ergebnis unserer Diskussion in den Erklärungen und Briefen vermittelt haben, war ein Fehler.

Und das hier ist auch nur ein Anfang und wir werden demnächst über alles genauer reden.

Nach diesen zwei Jahren ist uns klar geworden, daß es so nicht ausgereicht hat, daß wir so nicht den Raum aufmachen können für alles das, was wir jetzt und für die nächste Zeit am wichtigsten finden:

Die seit langem notwendigen gemeinsamen Diskussionen und den Aufbau von Zusammenhängen unter den verschiedensten Gruppen und Menschen; da, wo sie leben, ausgehend vom Alltag der Menschen in dieser Gesellschaft, aus dem für viele die Notwendigkeit drängt, ihre eigene Lage in die Hand zu nehmen und gemeinsam mit anderen nach Lösungen zu suchen.

Wir denken, solche Zusammenhänge können die Basis werden von der Kraft, die wir Gegenmacht von unten genannt haben und die so noch nicht lebt. Solange eine solche gesellschaftliche Alternative zur Zerstörung und Verzweiflung im System nicht spürbar und greifbar existiert, werden es immer mehr werden, die ausgegrenzt und ohne Perspektive alleine bleiben, immer mehr, die an der Nadel verrecken oder in den Selbstmord getrieben werden usw. Und es wird dabei bleiben, daß immer mehr Leute den Faschisten hinterherlaufen.

Aus unseren Erfahrungen und aus den Diskussionen mit GenossInnen über alle diese Fragen, steht für uns heute fest, daß die Guerilla in diesem Prozeß von Aufbau nicht im Mittelpunkt stehen kann.

Gezielt tödliche Aktionen von uns gegen Spitzen aus Staat und Wirtschaft können den jetzt notwendigen Prozeß im Moment nicht voranbringen, weil sie die gesamte Situation für alles, was in Anfängen da ist und für alle, die auf der Suche sind, eskalieren.

Die Qualität solcher Angriffe setzt eine Klarheit darüber voraus, was sie an Veränderungen konkret in Gang setzen können. Diese Klarheit kann es jetzt, in einer Zeit, in der es für alle um ein Sich-Finden auf neuer Grundlage geht, nicht geben.



Grafik: FR

So verstehen wir das auch, wenn uns welche sagen, mit solchen Aktionen nehmen wir das Ergebnis doch schon vorweg.

WIR HABEN UNS ENTSCHIEDEN, DASS WIR VON UNS AUS DIE ESKALATION ZURÜCKNEHMEN. DAS HEISST, WIR WERDEN ANGRIFFE AUF FÜHRENDE REPRÄSENTANTEN AUS WIRTSCHAFT UND STAAT FÜR DEN JETZT NOTWENDIGEN PROZESS EINSTELLEN.

Dieser Prozeß von Diskussionen und Aufbau einer Gegenmacht von unten schließt für uns als einen ganz wesentlichen Bestandteil den Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen mit ein.

Aus 20 Jahren Ausnahmezustand gegen die Gefangenen, Folter und Vernichtung, geht es jetzt darum, ihr Recht auf Leben durchzusetzen — ihre Freiheit erkämpfen!

Justizminister Kinkel hat mit seiner Ankündigung im Januar, einige haftunfähige Gefangene und einige von denen, die am längsten im Knast sind, freizulassen, das erste Mal von staatlicher Seite offen gemacht, daß es Fraktionen im Apparat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen Mitteln in den Griff kriegen.

Gegen die Gefangenen haben sie seit 20 Jahren auf Vernichtung gesetzt. Die Kinkel-Ankündigung wirft die Frage auf, ob der Staat dazu bereit ist, aus dem Ausmerz-Verhältnis, das er gegenüber allen hat, die für ein selbstbestimmtes Leben kämpfen, die sich nicht der Macht des Geldes beugen, die eigene Interessen und Ziele entgegen den Profitinteressen formulieren und umsetzen.

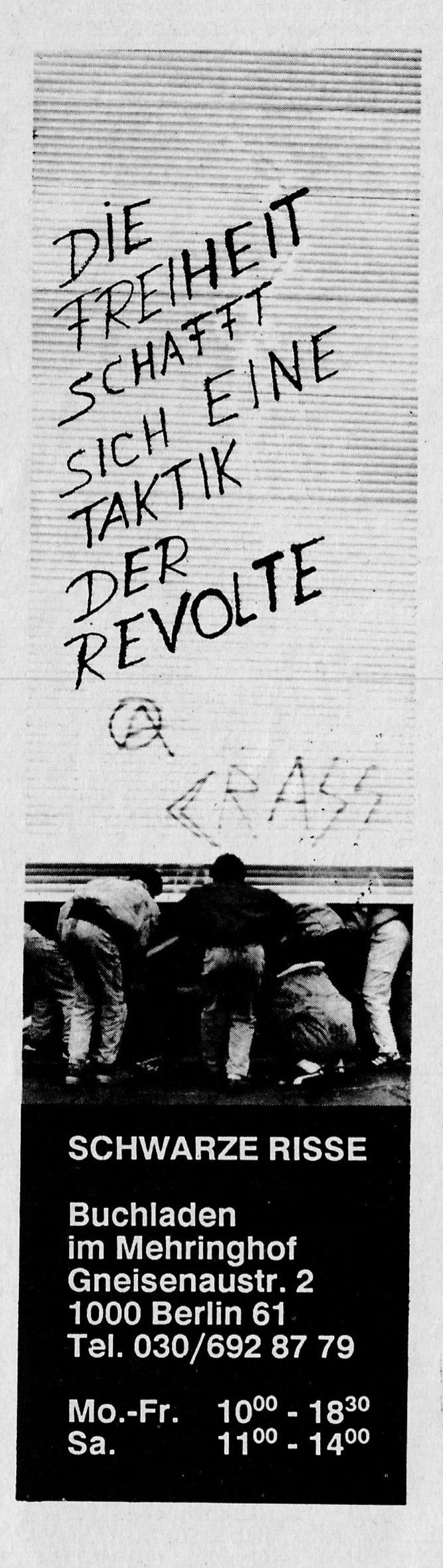
Also, ob er Raum für politische Lösungen zuläßt (und wenn auch Vertreter aus der Wirtschaft dahingehend Druck auf die Regierung machen, kann das nur gut sein).

Wir werden uns genau ansehen, wie ernst der Kinkel-Vorstoß ist. Bis jetzt ist nicht viel davon zu sehen, außer daß Claudia Wannersdorfer nur einige Monate, bevor sie sowieso entlassen worden wäre, rausgekommen ist. Alle anderen Haftunfähigen — Günter Sonnenberg, Bernd Rösner, Isabel Jacob, Ali Jansen — sind noch immer drin. Und Irmgard Möller, nach 20 Jahren immer noch im Knast.

An den Haftbedingungen hat sich bis heute nichts verbessert. Die 2/3-Anhörungen bei Norbert Hofmeier, Bärbel Perau und Thomas Thoene glichen Inquisitionen. Angelika Goder wird trotz ihrer Krankheit mit Knast bedroht. In der Ankündigung neuer Prozesse gegen Gefangene aufgrund der Kronzeugenaussagen drückt sich weiter das eiskalte Rachebedürfnis des Staates aus und das Ziel, Gefangene für ewig im Knast einzumauern.

In der „Welt" wird mit Bezug auf das Stuttgarter Justizministerium der ungebrochene Vernichtungswille formuliert: Wenn es nach denen ginge, wäre bei Günter, der schon seit 15 Jahren haftunfähig gehalten wird, nur dann an seine Freilassung zu denken, wenn er sich widerstandslos den repressiven Knastschikanen unterwirft. „Renitenter Gefangener", weil er solidarisch ist und mit seinen Freunden weiterhin zu tun hat. So hetzen sie gegen seine Freilassung.

Das alles steht im krassen Widerspruch dazu, daß sich auf Seiten des Staates wirklich eine andere Haltung




durchzusetzen beginnt.

DIE HAFTUNFÄHIGEN UND DIE GEFANGENEN, DIE AM LÄNGSTEN SITZEN, MÜSSEN SOFORT RAUS UND ALLE ANDEREN BIS ZU IHRER FREILASSUNG ZUSAMMENKOMMEN!

Es ist eine wichtige Weichenstellung, ob sich in nächster Zeit was in diese Richtung bewegt: Daran kann jede/r sehen, in welche Richtung der Zug fahren soll; setzt sich im Apparat die Fraktion durch, die einsieht, daß sie anfangen müssen, Zugeständnisse für politische Lösungen zu machen, oder setzen sich die Scharfmacher und Eisenfresser durch.

Das wird sich nicht nur am staatlichen Verhalten gegenüber den politischen Gefangenen zeigen. Es gibt auch andere Brennpunkte, an denen diese Weichenstellung ganz unmittelbar sichtbar wird. Da, wo die Kämpfe schon soweit sind, daß sie einen Raum durchgesetzt haben, wird es sich schnell zeigen, wie weit sie politische Lösungen zulassen oder auf Krieg setzen.

Zum Beispiel, ob sie den Leuten in der Hafenstraße nach 10 Jahren Kampf weiterhin ihre Existenzberechtigung streitig machen.

Aber langfristig geht es ja um viel mehr:

— Es gibt Kämpfe der sozialen Gefangenen gegen Sonderhaft und überhaupt gegen unmenschliche Bedingungen in den Knästen. Es darf nicht so laufen, daß die politischen Gefangenen aus den Vernichtungstrakten kommen, und danach andere hinein.

Alle Isolationstrakte müssen geschlossen werden!

— Es gibt Kämpfe um Zentren, um Lebens- und Wohnraum von vielen, die das heute hier nicht haben.

— Es wird sich zeigen, inwieweit die Menschen in der Ex-DDR weiterhin im Schnellverfahren zu willenlosen Objekten in das kapitalistische System gepreßt werden sollen oder ob sie Raum erobern können, die Entwicklung selbst zu bestimmen.

— Es ist eine wichtige Frage, wie lange noch der Staat den Rassismus gegen die Flüchtlinge schüren und sie als „Untermenschen" behandeln kann, um sich und die Wirtschaft damit aus der Verantwortung für Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Altersarmut usw. zu ziehen. Und wie lange er noch diese Menschen wieder ins Elend zurückschicken kann, das er ständig mitproduziert.

— Es ist seit langem Realität, daß die Bullen Faschisten schützen und Antifaschisten niederknüppeln, daß sie DemonstrantInnen in den Tod hetzen, wie Conny Wissmann, daß sie auf sie schießen, wie vor ein paar Monaten in Frankfurt, und Flüchtlinge mit Elektroschocks foltern usw.

— Es ist die Frage, ob deutsche Soldaten wieder gegen andere Völker marschieren und wie lange denn noch faschistische Regimes mit Waffen und Unterstützung von hier die Bevölkerungen massakrieren können.

Vor allem daran, wie an allen diesen Fragen — und logisch ist das nicht vollständig hier — Kämpfe in der Gesellschaft entwickelt werden, wird sich entscheiden, wie weit hier ein politischer Raum für Lösungen erkämpft werden kann.

Von allein werden sie an keinem Punkt zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher Druck und Kämpfe für unsere Forderungen notwendig sein.

Wir haben von uns aus jetzt mit der Rücknahme der Eskalation aus der Auseinandersetzung einen Schritt gemacht, um diesen politischen Raum aufzumachen.

Jetzt ist die staatliche Seite gefragt, wie sie sich verhält.

Und weil das heute noch niemand weiß, wollen wir den Prozeß von Diskussion und Aufbau schützen.

Wenn sie diejenigen, die diesen Prozeß für sich in die Hand nehmen, mit ihrer Walze aus Repression und Vernichtung plattmachen, also weiter auf Krieg gegen unten setzen, dann ist für uns die Phase des Zurücknehmens der Eskalation vorbei — wir werden uns das nicht tatenlos anschauen.

Wenn sie uns, also alle, die für einen menschliche Gesellschaft kämpfen, nicht leben lassen, dann müssen sie wissen, daß ihre Eliten auch nicht leben können.

Auch wenn es nicht unser Interesse ist: Krieg kann nur mit Krieg beantwortet werden.

Rote Armee Fraktion
10. 4. 1992

*Es folgt das RAF-Emblem (fünfzackiger Stern mit Maschinenpistole und Schriftzug „RAF"*



FÜR DEN HERZINFARKT DER JUSTIZ

wir haben heute am 9.4.1992 das justizgebäude landgericht/amtsgericht wilhelmstr. in bonn mit brandbomben angegriffen!
schon der anblick des prunkbaus aus der zeit kaiserlicher herrschaft zeigt allen, die gezwungen werden, dieses gebäude zu betreten, dass sie hier auf gnade oder ungnade einem gesetz ausgeliefert werden sollen, welchhes seit hunderten von jahren daas recht der mächtigen durchsetzt, ihre untertanen nach willkürlichem gutdünken abzuurteilen.
das gerichtsgebäude ist durch direkte zugänge mit dem bonner knast verbunden. ein kurzer weg, um verurteilte in ihren knast zu stecken, dessen miese zustände schon des öfteren in der presse thema waren. der knast soll zwar aufgelöst werden, aber nicht wegen der elenden bedingungen, sondern zurr erweiterung des justizpalastes: bonner gerichte haben viel zu tun.
die vielen abgeurteilten diebe und "schwarzfahrerr", die gerichtlich gekündigten mieter und abgeschobenen flüchtlinge erreichen kkaum die öffentlichkeit. einige schweinereien der letzten jahre sind aber durchaus bekannt geworden:
1986 erlangte ein richter namens hasse traurige berühmtheit. er liess dreissig leute in ordnungshaft stecken, die nichts anderes getan hatten, als ihm bei seinem eintritt den rücken zuzukehren. dieser verkalkte patriarch, spezialist in politischen verurteilungen, ist glücklicherweise einem herzinfarkt erlegen. leider hat die justiz noch keine nachwuchssorgen.
politische prozesse finden immer häufer statt. wegen der proteste gegen den golfkrieg gab es allein in bonn mehr als hundert verfahren, nicht zuletzt aufgrund der erweiterung des staatsschutz-komissariats um achtzig stellen. kommt es zu prozessen, ordnet das gericht üblicherweise die durchsuchung all derer an, die zuhören wollen. saalräumungen oder die anwesenheit von bewaffneter bereitschaftspolizei und kläffenden kötern sind keine einzelfälle in den fluren des hohen gerichtes. die justiz ist traditionell auf dem rechten auge blind und tanzt an der leine der staatsanwaltschaft. selbst die lächerlichsten aussagen von bullenzeugen reichen für verurteilungen von beschuldigten, sofern sie dem linken spektrum angehören, oder dessen verdächtigt werden.
aktuelle beispiele: ein pfarrer, der gegen ein "desinfektionszelt" für roma-flüchtlinge vorgegangen war, wurde zuu einer hohen geldstrafe verurteilt, obwohl ihm die richterin bescheinigte, gegen eine die roma diskriminierende behandlung vorgegangen zu sein, die an den deutschen faschismus erinnert. gegen die stadt bonn, die für die nazi-methoden verantwortlich war, wurde gerichtlich natürlich nichts unternommen.
auf der anderen seite wurden neo-nazis, die in ein flüchttlingsheim mehrere brandsätze geschleudert hatten, zu billigen "bewährungsstrafen" verurteilt, ebenso wie pprügelnde bullen, vergewaltiger oder bestochene politiker.
demnächst sollen im bonner landgericht mehrere gefangene zu hohen haftstrafen verurteilt werden, die bei der rheinbacher knastrevolte 1990 gegen die unerträglichen zustände aufs dach gestiegen waren und dabei u.a. freiheit für alle kranken haftunfähigen und minderjährigen gefangenen, zusammenlegung der politischen gefangenen und die schliessung aller isolationsfoltertrakte gefordert hatten. auf anweisung der staatsanwaltschaft will die bonner justiz einige weniger hoch verurteilen, um sie damit zu zeugenaussagen gegen die angeblichen rädelsführer zu erpressen.
bundesdeutsche rechts-sprechung ist die anwendung von gesetzen, die auch im nationalsozialismmus ihre gültigkeit hatten, nur geringfügig durch rechts-experten, die auch den braunen herren schon treu gedient hatten.
deutsch gerichte schicken menschen in den knast, weil sie gegen herrschendes recht verstossen mussten, um überhaupt existieren zu können.
deutsche gerichte ordnen gegen menschen, die das politische system nicht widerstandslos akzeptieren, haftbedingungen an, die nichts anderes sind als modernste folter.
deutsche gerichte verfügen abschiebungen von flüchtlingen, die dadurch in den sicheren tod zurückgeschickt werden.

FIGHT THE POWER

**20. APRIL**

**DIE ANTIFASCHISTISCHE SELBSTHILFE ORGANISIEREN**

**ANTIFA-INFO-TELEFON: 692 15 99**
**Sa.18.4. von 18-24 Uhr**
**So.19.4. und**
**Mo.20.4. von 12-1 Uhr (ansonsten Anrufbeantworter)**

**INFOSTELLE:**
**Ex im Mehringhof, Gneisenaustr.2a 1/61**
**So.19.4. und**
**Mo.20.4. von 12-1 Uhr (mit Frühstücksbüffet)**

# DRAHTZIEHER IM BRAUNEN NETZ

## DER WIEDERAUFBAU DER 'NSDAP'

**Seit Ende März steht den antifaschistisch Interessierten mit "Drahtzieher im braunen Netz" ein Buch zur Verfügung, das einen wichtigen Teil der faschistischen Szene durchleuchtet und transparent macht. Es ist ein gemeinsames Produkt von Leuten aus dem Antifa-Bereich aus Ost- und Westberlin.**

Hinter der Welle der rassistischen Gewalt, wie wir sie verstärkt seit Sommer 1991 erleben, steht nicht nur die Hetze der Medien und der staatlichen Stellen. Vor Ort gibt es in der Regel - zumindest dort, wo sich die Angriffe häufen - eine organisierte Struktur von Faschisten, die diese Aktivitäten anschieben und die Stimmung anheizen. Dies war auch nicht anders '91 in Hoyerswerda, wo Neonazis von der örtlichen NEUEN DEUTSCHEN ORDNUNG und Mitglieder der DEUTSCHEN ALTERNATIVE maßgeblich beteiligt gewesen sind. Um diese faschistischen Hintermänner (und in Einzelfällen -frauen) geht es in dem neuen bei Edition ID-Archiv erschienenen Buch. Die Autoren nahmen den Teil der deutschen Faschisten unter die Lupe, die in der ex-DDR nach der Vereinigung am meisten an Boden gewonnen haben. Resultat ist eine umfassende und - was die Funktionsträger betrifft - reichlich bebilderte Darstellung der Kühnen-Kaderorganisation GESINNUNGSGEMEINSCHAFT der NEUEN FRONT inklusive der zahlreichen vorgeschalteten Massen- und Wahlorganisationen. Zudem wird ausführlich die Entstehung einer faschistischen Szene in der DDR seit Anfang der 80er Jahre beschrieben.

### Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen

Neben der Aufdröselung des verwirrenden Netzes von mehreren scheinbar nebenher arbeitenden Gruppen folgt das Antifaschistische Autorenkollektiv den Querverbindungen zu anderen Persönlichkeiten und Gruppierungen im In- und Ausland. Dabei stossen sie auf eine Annäherung und Zusammenarbeit verschiedener Faschistenströmungen, die auf unterschiedlichen Ebenen stattfindet. Die Geschichtsverfälscher vom Schlage eines David Irving und Robert Faurisson beschränken sich nicht mehr auf Auftritte bei den 'gemäßigten' Faschisten von DVU und NPD. Die militanten, offen nationalsozialistisch auftretenden Gruppen des Kühnen-Netzes und der NATIONALISTISCHEN FRONT haben erkannt, welche guten Voraussetzungen die deutsche Nationalismuswelle für eine Neuschreibung der Geschichte bietet. Der Nationalsozialismus soll von seinen Verbrechen freigesprochen werden, langfristiges Ziel der Neonazis ist die Aufhebung des NS-Verbots. Kräftige Unterstützung bei dieser 'Revisionismus'-Kampagne kommt dabei aus dem Ausland, besonders aus den USA von dem INSTITUTE for HISTORICAL REVIEW. In der BRD profiliert sich als Organisator bei diesen Veranstaltungen der Neonazi-Yuppie Ewald Althans, der nach der Verhaftung Küssels in Österreich



*Ewald Bela Althans vom Deutschen Jugenbildungswerk*

als Kühnen-Nachfolger gehandelt wird. Im Revisionismus-Sektor arbeiten Alt-Nazis und junge Neonazis eng zusammen. Dies läßt sich auch an der Person Althans' nachvollziehen, der über das DEUTSCHE JUGENDBIL-

DUNGSWERK mit Otto Ernst Remer kooperiert. Remer, beteiligt an der Niederschlagung des Aufstandes vom 20.Juli 1944 und Mitbegründer der Sozialistischen-Reichspartei 1949, ist einer der Hauptpropagandisten der 'Auschwitzlüge' in der BRD.

Auf der verdeckten Ebene finden sich Faschisten unterschiedlicher Couleur in der NSDAP/AO zusammen. Die Mitglieder dieser illegalen NS-Organisierung kommen keineswegs nur aus dem militanten Neonazi-Gruppen, sondern aus einem Spektrum bis hin zu den Republikanern. Einer, der es nicht mag, wenn über seine ex- NSDAP/AO-Mitgliedschaft gesprochen wird, ist der Abgeordnete im Europa-Parlament Harald Neubauer. Über die Reps ins Europa-Parlament gekommen, sitzt er heute in der Führung der 'DEUTSCHEN LIGA für VOLK und HEIMAT'.

Über die Fascho-Demonstrationen in Leipzig Ende März und die in Halle November letzten Jahres wurde in der Interim berichtet. Beide liefen in Kooperation zwischen dem Thüringer Landesverband und der NATIONALEN LISTE des Kühnen-Vertrauten Christian Worch. Eine engere Bündnispolitik zwischen militanten und 'gemässigten' Faschoorganisationen steht uns für die Zukunft ins Haus.

**Strukturen angreifbar machen**

Mit dem Buch soll gearbeitet werden. Strukturen, Arbeitsweise und Funktionen werden darin öffentlich gemacht. So wird es möglich, den Kadern entgegenzutreten und sie von ihren Rekrutierungsfeldern zu isolieren. Die Faschisten des Kühnen-Netzes hatten in letzter Zeit einige Schläge zu verdauen und sie werden darüber nachsinnen, ob Kühnens Strategie der Provokation und der offensiven Nutzung der Medien nicht zum Bumerang geworden sind. Mit dem Film "Die Wahrheit macht frei", der Veröffentlichung von Kühnens Adreßbuch und nun dem "Drahtzieher im braunen Netz" liegt ein Großteil der Organisationsstruktur offen dar und wird an-



*HARALD NEUBAUER; Abgeordneter des Europa-Parlaments*

greifbar. Erste Wirkungen aufgrund der Ausstrahlung des Films zeigten sich mit der Verhaftung von Küssel und Schimanek, beide Aktivisten aus dem österreichischen Flügel der Kühnenstruktur; in "Wahrheit macht frei" werden beide bei Wehrsportübungen gezeigt, Küssel bekennt sich darin freimütig zu NSDAP/AO und Bürgerkrieg.

Im Nachwort stellen die Autoren ihre Vorstellung vom Antifaschismus zur Diskussion. Heute ist es - angesichts einer kaum in Erscheinung tretenden Linken - besonders schwer, einen Antifaschismus zu entwickeln, der sich nicht auf die gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den Faschos auf der Straße reduziert. Neben der Notwendigkeit der antifaschistischen Selbsthilfe betont das Autorenkollektiv die Wichtigkeit einer Öffnung nach außen. Ansätze von sozialen und kulturellen Alternativen müssen von AntifaschistInnen unterstützt werden, nur so können Menschen dem Einfluß der Faschisten entzogen werden. Das schließt ein Zugehen auf Jugendliche ein, deren Alltag bereits von neofaschistischer Gewalt bestimmt ist.



# Von einer Antifa-Demo in Ilmenau und vom Vermummungsverbot

Am 4.April diesen Jahres demonstrierten im südthüringschen Ilmenau ca. 600 Menschen gegen den ständig wachsenden Nazi-Terror. Mobilisiert zu dieser Demo hatte die Autonome Antifa Südthüringen.
Den Menschen in Ilmenau sollte gezeigt werden, daß es auch eine starke antifaschistische Kraft in Südthüringen gibt, die den Nazis etwas entgegensetzt. Die uns geschilderte Situation stellte sich so dar, daß es derzeit nicht mehr möglich ist, sich sicher in Ilmenau zu bewegen; jederzeit kann mit einem Überfall von Nazis gerechnet werden, so daß sich mittlerweile sogar einst überzeugte PazifistInnen bewaffnen, wenn sie ihr Haus verlassen.
Die Faschisten ließen verlautbaren, sie würden eine große Gegendemo zu gleicher Zeit am gleichen Ort organisieren. Schätzungen der Antifas aus Ilmenau beliefen sich auf etwa je 300 Leute für beide Demos. Einer Konfrontation mit den Faschisten würden sie aber auf keinen Fall aus dem Wege gehen. Über das voraussichtliche Verhalten der Polizei war nichts zu erfahren.
Für uns war klar, daß wir die Leute in Ilmenau auf ihrer Demo unterstützen werden und fuhren hin. Dort war dann von Nazis nichts zu sehen; es hieß, die Polizei würde die Nazis an die angemeldete Antifa-Demo nicht herankommen lassen. Dafür reagierte das Neue Forum um so panischer, hielt um 13 Uhr, also eine Stunde vor der Demo, ein Friedensgebet ab und warnte alle Menschen davor, auf die Demo zu gehen.
Schon im vorhinein wurde Hetze von allen Seiten verbreitet. „Linke Chaoten" wären „prügelgeil" hieß es, mensch solle der Demo fernbleiben. Es sollte anders kommen: 600 Menschen ließen sich nicht beirren und demonstrierten über zwei Stunden.
Die Antifa-Demo sollte durch lockeres Spalier begleitet werden. Wir wollten auf jeden Fall maskiert und behelmt gehen. Eine Forderung der VeranstalterInnen an die TeilnehmerInnen war es, keine Schäden während der Demo anzurichten, was wir selbstverständlich akzeptierten. Vermummung und Behelmung erfüllt für uns eine schützende Funktionund soll unsere grundsätzliche Bereitschaft zur Militanz dokumentieren. Und dieses Recht wollten wir trotz staatlichen Verbots für uns in Anspruch nehmen. Wir unterbreiteten dem Einsatzleiter der Polizei unsere Argumente, wiesen ihn darauf hin, daß ein Vorgehen gegen Maskierung die Situation unnötig eskalieren würde. Er wies darauf hin, daß wir eine Straftat begingen, wir entgegneten, daß wüßten wir, meinten aber, daß ja auch anders mit diesen Dingen umgegangen werden könne.
Die Demo hat uns Spaß gemacht, wir haben noch eine Rede gehalten (die hoffentlich abgedruckt wird) und ansonsten die Aufbruchstimmung in der Ex-DDR genossen.
Die Nazis waren mit etwa 100 Leuten nach Ilmenau gekommen, also weniger als erwartet. Sie wurden nach unseren Informationen von der Polizei von der Demo ferngehalten und hielten sich in einem anderen Stadtteil auf. Nach der Demo kam es noch zu kleineren Auseinandersetzungen mit den Faschisten.



*Lautsprecherwagen in der Demo in Ilmenau am 4. April 1992*

**Ist Vermummung bald straffrei?**
Unter dieser Überschrift erschien am 27. März 1992 ein Artikel im Göttinger Tageblatt, in dem sich der SPD-Landtagsabgeordnete Thomas Oppermann für die Aufhebung der Maskierung als Straftatbestand einsetzt, schließlich sei *„das Vermummungsverbot ein strafrechtlicher Flop"*. *„Von den insgesamt 186 Verfahren in Niedersachsen mündete kein einziges in einen Prozeß". „Möglicherweise wird es eine Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz geben, die Vermummung nicht mehr per Strafverfahren sondern als Ordnungswidrigkeit zu ahnden."*
Das Vermummungsverbot ist ein Polizeistaatsgesetz und muß daher weg. Seit Inkrafttreten des Vermummungsverbots am 1. Juni 1989 wurde immer wieder versucht, Vermummung auf Demos durchzusetzen und dies auch begründet. Zuletzt auf der Silvesterdemo 1991/92 in Göttingen (siehe Interim 176), wo, wie angekündigt, maskiert und behelmt demonstriert wurde, ohne daß eine Scheibe zu Bruch ging. In diesem Falle wollten wir das so. Die Polizei hielt sich zurück. Unter anderem vor diesem konkreten Hintergrund ist der Oppermann'sche Einwurf zu sehen.

***Weg mit dem Vermummungsverbot !***

***Den antifaschistischen Widerstand organisieren !***

***Zusammen kämpfen !***

Göttingen, April 1992
Autonome Antifa (M)




*Kontakt: 1. Umschlag; Buchladen Rote Straße · Rote Straße 10 · 3400 Göttingen ★ 2. Umschlag; Autonome Antifa (M)*

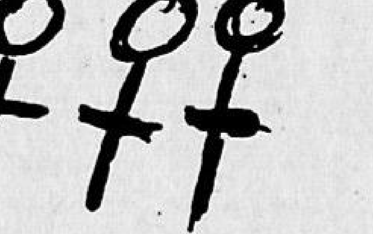
## GEDANKEN ZUM TOD EINES FASCHISTEN

In der Nacht zu Samstag, den 4.4. kam es zu einem Angriff mehrerer AntifaschistInnen auf bekannte Mitglieder der faschistischen "Deutschen Liga für Volk und Heimat". An den Folgen dieser Aktion starb einer der Nazis.
Auf der Stelle hagelte es Distanzierungen aus dem bürgerlich-liberalen Lager bis hin zu den Grünen/Bündnis 90, die die "Entwaffnung aller politischen Gruppierungen in der Stadt" (TAZm 6.4.) forderten. Die Bullen bildeten sofort eine Sonderkommission, setzten ein Kopfgeld aus und begannen die Jagd nach den vermeindlichen Tätern. Insbesondere ausländische antifaschistische Gruppierungen, aus deren Kreisen der Überfall gekommen sein soll, werden sich in diesem Zusammenhang mit staatlicher Repression konfrontiert sehen.

Die schnelle und intensive Reaktion der Bullen (Sonderkommission, Kopfgeld und Suche nach vermeindlichen Tätern mittels Phantombildern) ist mal wieder bezeichnend für das einseitige Vorgehen des Staates gegen militante AntifaschistInnen. Im Gegensatz dazu wird die Formierung faschistischer Kreise sowie deren Angriffe insbesondere auf AusländerInnen weitestgehend geduldet. Uns ist nicht bekannt, daß auch nur bei einem einzigen der zahlreichen Morde, die in der letzten Zeit durch Rechte begangen wurden, eine intensive Fahandung nach den Tätern in Gang gesetzt wurde.
Zum ersten Mal ist nun ein Nazi durch eine selbstbestimmte antifaschistische Aktion um´s Leben gekommen, ein Risiko, das jeder militante Angriff auf faschistische Personen in sich birgt. Nach wie vor finden wir es richtig und unverzichtbar, Faschisten anzugreifen, wo es nur geht. Unserem Verständnis nach sind aktive Angriffe auf Nazis als Personen sowie auf ihre Strukturen Bestandteil eines militanten Antifaschismus.
WIR LASSEN UNS HINSICHTLICH UNSERER MITTEL UND AKTIONSFORMEN DES ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTANDS NICHT SPALTEN!!!!!!!!!!
Unter antifaschistischem Selbstschutz verstehen wir nicht, erst dann an Gegenwehr zu denken, wenn wir selbst direkt von einem Angriff bedroht oder betroffen sind, sondern wie wollen den Faschisten immer aktiv etwas entgegensetzen, wenn es uns möglich ist. Wir wollen ihre Strukturen und ihre Logistik (zer-)stören, ihre Treffpunkte angreifen, sie nicht in Ruhe ihre Organisierung aufbauen lassen, ihren gesellschaftlichen Einfluß zurückdrängen. Antifaschistischer Selbstschutz ist, wenn wir sie daran hindern, ihre Projekte aufzubauen und durchzuziehen, wenn wir sie nirgends in Ruhe lassen. Daß in einer direkten Konfrontation die Möglichkeit der Tötung eines Faschisten liegt, finden wir ein tragbares Risiko (auch, wenn das nicht die ausdrückliche Bestimmung der Aktion war), angesichts des Ausmaßes der (Lebens-) Bedrohung insbesondere von AusländerInnen, ihrer stetig wachsendenOrganisierung, ihres immer dreisteren öffentlichen Auftretens und der Bedeutung, die offen faschistische Politik in dieser Gesellschaft erlangt hat.

Die zu erwartende Repression in Zusammenhang mit der Tötung Gerhard Kaindls am 4.4. verlangt ein besonders sensibles Umgehen aller antifaschistischen Zusammenhänge mit dem Vorfall. Wir fordern alle AntifaschistInnen auf:
Keine Spekulationen über die Aktion oder über mögliche TäterInnen- (Kreise)!!!!
Keinen Tratsch und Klatsch!!! Die Schwatzhaftigkeit und Profilierungssucht in der Szene sind unsere größten Feinde!!!
Solidarität mit dem antifaschistischen Widerstand!!!!!!

einige Antifaschistinnen



## Bericht vom Koordinierungstreffen für eine revolutionäre 1.Mai-Demonstration 92 am 8.4.

1. Demoroute
Nach einer kurzen Neuauflage der Routendiskussion von der VV wurde folgender Kompromiß geschlossen: Oplatz - Adalbert - kurzer Schlenker durch die Hauptstadt der DDR (etwa: Michaelikirchplatz - Annen - Heinrich-Heine - Köpenicker) - Manteuffel - Wiener - Ohlauer - für die weitere Strecke und den Endpunkt wurde eine Fachkommission gebildet, die zum nächsten KO-Treffen eine Beschlußvorlage erarbeitet.

2. Fest
Der Vorschlag für ein Fest an der Oberbaumbrücke/Schlesischem Tor wurde von der Brücken-Ini zurückgezogen. Die genauen (Hinter-)Gründe wusste keineR.
Einige vom KO-Treffen versuchen ein Vorbereitungsplenum für ein Mai-Fest anzuleiern. Treffen Montag 17.30 Uhr im Blauen Salon. Wer oder welche irgendwie Lust und Zeit hat, soll unbedingt kommen !!!

3. Forderungskatalog
Eine Gruppe brachte (wie schon auf der VV) den Vorschlag ein, für die Demo einen Forderungskatalog aufzustellen. Einige waren grundsätzlich dagegen, aber die Diskussion machte auch schnell klar, daß es zum 1.Mai ohnehin nicht mehr möglich ist, in einen solchen Diskussionsprozeß zu treten. Denn einerseits ist dazu kaum mehr die Zeit und andererseits können wir den Charakter der Vorbereitung als Koordinierungstreffen bzw. "linksradikales Bündnis" nicht einfach so wieder über den Haufen schmeißen.

4. Öffentlichkeits-AG
Es gibt den Vorschlag, wieder (wie schon im letzten Jahr) eine Öff-AG zu machen. Aber die Meinung darüber geht sehr weit auseinander! Beim nächsten KO-Treffen wird ein konkretes, detailiertes Konzept für Pressearbeit vorgestellt und danach entschieden.

5. Bündnis kritischer GewerkschafterInnen Ost/West
Es war ein Genosse von dem Bündnis da und berichtete von ihrem Aufruf zu einem "Zug der Widerspänstigen aus Ost und West" am 1.Mai um 10 Uhr vom Alex zum Lustgarten. Ihre Forderungen sind 35-Stunden-Woche, offene Grenzen für Flüchtlinge, Angleichung der Löhne in Ost und West, Mindesteinkommen/Mindestlohn u.a. Am 27. April wollen sie eine Veranstaltung machen mit dem Titel "Das Land ist noch lange nicht still" (19 Uhr, Haus der Demokratie). Neben VertreterInnen aus Gewerkschaften wie Kitabewegung, vom Narva-Betriebsrätetreff u.a. sind auch KollegInnen vom "Komitee Freiheit für den ersten Mai in der Türkei" und wir (=InitiatorInnen der Kreuzberger Maidamo") eingeladen. Auch für den Zug vom Alex zum Lustgarten wurde uns ein Redebeitrag angeboten.
Ob wir einen Beitrag machen und wenn ja wie ? - das haben wir noch nicht klären können.
Vom DGB ist bisher noch gar nicht klar, ob zu einer 1.Mai-Demo aufgerufen wird, bisher ist nur eine Kundgebung im Lustgarten vorbereitet unter dem Motto "Teilen verbindet" !!!

6. Aufrufe
Einen autonome Gruppe stellte ihren Aufruf zur rev.1.Mai-Demo vor. Auch Bolsevik Partisan wird in den nächsten Tagen einen herausgeben. Verschärfter Aufruf, weitere Aufrufe zu erstellen, Plakate zu machen, endlich richtig mit der Mobilisierung anzufangen!

7. Lautsprecherwagen
Der Lauti vom Ex ist angefragt, ein zweiter wird sich gerade drum gekümmert. Einhelliger Beschluß: keine weiteren Lautsprecherwagen ausserhalb des Koordinierungstreffens!

8. 20.April
Die Demo zum 20.April (18 Uhr Kotti) soll auch Teil der Mobilisierung zum 1.Mai sein. Vorbereitungstreffen am 16.April im Laden Adalbert 6 um 20 Uhr.

und wie weiter?
Nächste Woche soll noch ein Koordinierungstreffen stattfinden, wo auch das abgeklärt werden muß: Demostruktur - Blöcke - Anmeldung - Redebeiträge - Leittransparent.
Vollversammlung am Mittwoch, 29. April, 19.30 Uhr, Mehringhof!

## betr.: 1.Mai-Demo-Route

Folgende Route wurde auf dem letzten Koordinierungstreffen zur 1.Mai-Demo als Konsens beschlossen. Sie ist 6,5 km lang und muß diese Woche noch endgültig abgesegnet werden.

Oranienplatz - geradeaus in die Oranienstr. - links in die Adalbertstr., am Kinderbauernhof und den besetzten Häusern im Osten vorbei - links in die Melchiorstr. bis zum Michaelkirchplatz - rechts in die Michaelkirchstr. - rechts in die Köpeniker Str., an der "137" vorbei bis zur Manteuffelstr. - rechts in die Manteuffel bis zur Skalitzer - links in die Wiener Str. - rechts in die Ohlauer Str. - über die Brücke in die Friedelstr. - links in die Pflüger - rechts in die Reuterstr. bis zur Sonnenallee - rechts die Sonnenallee bis zum Herrmannplatz - links in den Kottbusser Damm - geradeaus über die Brücke in die Kottbusser Str. und diese bis zum Kottbusser Tor.

Die Route an der Treuhand vorbei wurde fallengelassen, da sie zu lange durch unbewohnte Strassen führt und weil es die meisten als politisch zu aufgesetzt empfinden, wenn wir zur Treuhand gingen. Dies wäre etwas anderes, wenn dies vehement von Gruppen aus dem Osten gefordert würde. Aber noch sind auch die Lebensrealitäten und -kulturen von MalocherInnen z.B. in Hennigsdorf und der Kreuzberger Szene zu weit voneinander entfernt. Es bleibt die Frage, ob es nicht an uns wäre, den ersten Schritt zu tun ?

**Es gibt bisher kein 1. Mai-Fest, es gibt momentan nur 2 Ideen:**

A die altbekannte, des zentralen Festes, Vorschlag in der O-Straße.
+ internationalistisches Abschlußfest an einem Ort
+ nur einmal organisatorischer Aufwand
+ zentrales Feest kann nicht so leicht ghestört werden
- kaum eine Gruppe , die diese Idee trägt (aus Erfahrungen)

B die andere - Der ganze Kiez feiert -, mehrere kleinere Feste mit konkreten Bezügen (z.B. Oberbaumbrücke, Kinderfest, Lesben-Schwulen-Fest, internationalistisches Fest,etc.)
Das Ganze wird nur funktionieren,wenn es mehrere Schwerpunkte gibt, die ein Flanieren im Kiez ermöglichen.
+ Gesamtverantwortung liegt nicht auf einem Fest
+ hebt die Chancen, daß sich doch mehrere Gruppen raus trauen (jeder Laden,jedes Projekt - seinen "Kuchenstand")
+ dezentrale Feste können nicht so leicht zerschlagen werden
- organisatorischer Mehraufwand

UND JETZT ???

DARUM Festvorbereitungstreffen

am 21. April Blauer Salon (Mehringhof) 18.00Uhr

**In letzter Zeit sind sehr wenig Gedächtnisprotokolle bei uns - dem Ermittlungsausschuß - eingegangen. Auch die Zeugenaufrufe (z. B. in der taz) stoßen auf wenig Resonanz.**
**Für die Festgenommenen können Gedächtnisprotokolle von großer Wichtigkeit sein. Die Protokolle werden nur von uns (den Leuten vom EA) und evtl. von den zuständigen AnwältInnen gelesen und sind ansonsten niemandem zugänglich.**

**Wie, warum und wann schreibe ich ein Gedächtnisprotokoll?**

Du hast einen Polizeiübergriff (Festnahme, Verletzung...) beobachtet und jetzt stehst du vor der Situation, ein Gedächtnisprotokoll zu schreiben.
Wir wollen dir einige Tips geben, die dir diese nicht ganz einfache Aufgabe etwas erleichtern sollen. Du sollst wissen worauf es ankommt.
Für dich ist das Protokoll wichtig, um dich, falls du später als Zeugin im Prozeß auftreten sollst besser erinnern zu können.
Für uns ist das Protokoll wichtig, um 1. die festgenommene Person herauszufinden und 2. vielleicht durch Personenbeschreibungen andere ZeugInnen zu finden und 3. einen Gesamtüberblick zu erlangen.
Das alles kann in einem möglichen Verfahren sehr wichtig werden. Du solltest dein Protokoll also nach diesen Aspekten verfassen.
Außerdem gibt es bestimmte Daten, die du versuchen solltest dir zu merken, bzw. sie dir wieder ins Gedächtnis zurückzurufen:

1. Ort der Festnahme, bzw. Mißhandlung
2. Zeit, versuche möglichst die genaue Uhrzeit zu behalten
3. eventuell die Autonummer der Wanne mit der jemand weggefahren wurde bzw. aus der die beteiligten Bullen stammen.

Ansonsten stelle dir bevor du mit dem Schreiben anfängst folgende Fragen:
Wie war die Situation vor dem eigentlichen Ereignis? Wie sieht die betroffene Person aus (Klamotten, Alter, Größe, Haare, Geschlecht)?
Hast du den Namen mitgekriegt? Wieviele Bullen (-frauen) waren beteiligt? Welche Ausrüstung hatten sie (Zivis, Uniformierte, kurze oder lange Knüppel...)? Welcher Einheit gehörten die Bullen an (das erkennst du an dem Buchstaben und der Zahl auf dem Helm und den Autos)?
Wieviele Personen standen drum herum? Wie sahen die aus? Kennst du die Namen? Gab es dort auffällige Personen (grüne Haare, gelbe Hose...)?

**Am besten ist es, die Protokolle bei uns vorbeizubringen (evtl. auch per Post zu schicken!):**

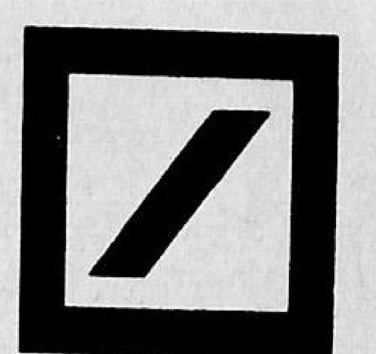
**Adresse ist:**
**Ermittlungsausschuß**
**Mehringhof**
**Gneisenaustr. 2a**
**Tel: 692 22 22**
**Dienstags von 20.00 bis 22.00 Uhr**



## „Brennpunkte" des Berliner Verfassungsschutzes

*Berlin.* Eine mündliche Anfrage der Abgeordneten Künast (Bündnis 90/Grüne) im Abgeordnetenhaus ergab, daß das Landesamt für Verfassungschutz (LfV) „in unregelmäßiger Folge" Berichte unter dem Titel „Brennpunkt" erstellt. Von diesen existieren bislang zwei, die „in erster Linie der Unterrichtung der Amtsleitung des LfV sowie der Fachaufsicht" dienten. Der erste wurde über die „Antifa Jugendfront Berlin" (Oktober 1991) erstellt und der zweite über „militante Skinheads in Berlin" (November 1991, aktualisierte Fassung Januar 1992). Diese Berichte erhalten nicht einmal die Mitglieder des Ausschusses für Verfassungsschutz im Abgeordnetenhauses. Dafür wurde aber der Bericht über Skinheads der „Unabhängigen Kommission gegen Gewalt" zur Verfügung gestellt. Daß beim Verfassungsschutz kartonweise Berichte verfaßt werden, steht außer Frage. Interessant ist aber, daß mit diesen Berichten wohl eine gezielte Informationspolitik betrieben wird. Auf der einen Seite heißt es, sie dienten der „Unterrichtung der Amtsleitung" und auf der anderen Seite werden sie gleichzeitig einer Kommision zur Verfügung gestellt, wobei nicht einmal dem Verfassungsschutzausschuß des Abgeornetenhauses die Existenz solcher Berichte bekannt gemacht wird. Es ist eine wohlbekannte Masche im günstigen Augenblick immer die richtigen Papiere zur Hand zu haben oder in Umlauf zu bringen. Dabei ist auch noch interessant, daß als erster „Brennpunkt" ein Bericht über eine antifaschistische Gruppe verfaßt wurde. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, wo die Faschisten bekannterweise ihren Terror offensiv betreiben konnten. Und über den Inhalt dieses Berichtes können weiterhin nur Mutmaßungen angestellt werden. — (hga) Quelle: Landespressedienst vom 4.3.92

**Mut und Ideenreichtum sind entscheidende Voraussetzungen dafür, daß Ihre Chancen gut stehen.**



# Deutsche Bank

Geschäftsstellen in Berlin:

Bezirk Friedrichshain
Lichtenberger Str. 1
Frankfurter Allee 52

Bezirk Hohenschönhausen
Falkenberger Chaussee 23

Bezirk Köpenick,
Grünstr. 19
Bölschestr. 27

Bezirk Lichtenberg
Jacques-Duclos-Str. 117
Anton-Saefkow-Platz
Weitlingstr./Ecke Irenenstr. 1

Bezirk Marzahn,
Heinrich-Rau-Str. 171
Marzahner Promenade

Bezirk Mitte
Alexanderplatz 6
und Wallstr. 15-15a

Bezirk Prenzlauerberg
Greifswalder Str./Ecke Storkower Str.
Willi-Bredel-Str./Ecke Schönhauser Allee
Prenzlauer Allee 187

Bezirk Treptow
Baumschulenstr. 17
Weerthstr. 3-5

Bezirk Weissensee
Langhansstr. 2

Bezirk Biesdorf
Oberfeldstr. 5

Sie finden uns in Ihrer Nähe:

Angermünde, Brüderstraße 19
Berlin-Falkensee, Adolf-Hommann-Straße
Berlin-Köpenick, Rosenstraße/
Ecke Kirchstraße
Berlin-Marzahn, Marzahner Promenade/
Ecke Heinrich-Rau-Straße
Berlin-Mitte, Charlottenstraße
(am Dom-Hotel)
Berlin-Mitte, Friedrichstraße 62
Berlin-Mitte, Karl-Liebknecht-Straße/
Ecke Mollstraße (ADN-Gebäude)
Berlin-Pankow, Johannes-R.-Becher-
Straße 16–20
Berlin-Prenzlauer Berg, Topsstraße/
Ecke Cantianstraße
Eberswalde, Friedrich-Ebert-Straße/
Ecke Puschkinstraße
Falkensee, Poststraße 20
Fürstenwalde, Ernst-Thälmann-Straße 126
Ludwigsfelde, An der Rollschuhbahn
Luckenwalde, Edgar-Andre-Allee 15
Nauen, Mauerstraße 1
Oranienburg, Straße des Friedens/
Ecke Fischerstraße
Potsdam, Friedrich-Ebert-Straße 96/97
Strausberg, Leninplatz 6

Mit dem grünen Band der Sympathie.

**...ner Bank**



## Unsere Filialen in Berlin

**Hauptfiliale Mitte**
Behrenstraße 39, 1080 Berlin
Telefon: 203 64–466 und –282

**Mitte**
Spandauer Straße 2, 1020 Berlin
Telefon: 210 91 01

**Friedrichshain**
Frankfurter Allee 21a, 1035 Berlin
Telefon: 580 02 31

**Hellersdorf**
Ludwigsfelder Straße 31a/
Ecke Zossener Straße, 1152 Berlin
Telefon: 560 67 81

**Hohenschönhausen**
Falkenberger Chaussee/
Ecke Prendener Straße, 1090 Berlin
Telefon: 379 72 22

**Köpenick**
Alt-Köpenick 21, 1170 Berlin
Telefon: 650 42 26

**Lichtenberg**
Frankfurter Allee 269, 1130 Berlin
Telefon: 520 12 16

**Marzahn**
Marzahner Promenade 4, 1140 Berlin
Telefon: 540 01 38

**Pankow**
Ossietzkystraße 2, 1100 Berlin
Telefon: 482 74 18

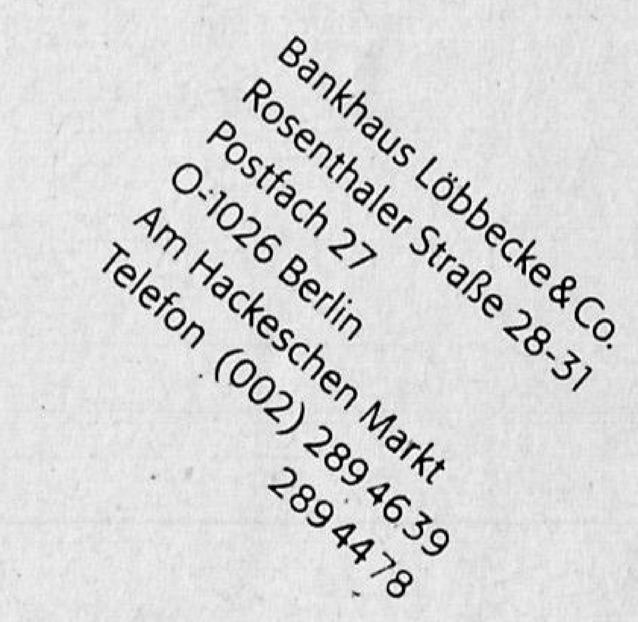
**Prenzlauer Berg**
Schönhauser Allee 144, 1058 Berlin
Telefon: 440 01 21

**Schönefeld**
Flughafen Schönefeld,
Empfangsgebäude, 1189 Berlin
Telefon: 672 36 57

**Treptow**
Schnellerstraße 127, 1190 Berlin
Telefon: 635 20 51

**Weißensee**
Berliner Allee 51, 1120 Berlin
Telefon: 365 36 01

**BERLINER STADTBANK AG**
**Öffnungszeiten der Filialen:**
Montag bis Freitag 8.30–13.30 Uhr
zusätzlich
Dienstag und Donnerstag 15.00–18.00 Uhr
**Herzlich willkommen!**




**FALKENSEE**

**Filiale Falkensee**
Straße der Jugend 83
1540 Falkensee

**Filiale Finkenkrug**
Karl-Marx-Straße 67
1540 Finkenkrug

**FRIEDRICHSHAIN**

**Filiale Samariterstraße**
Samariterstraße 38
1035 Berlin-Friedrichshain

**Filiale Friedrichshain**
Simplonstraße 10/12
1035 Berlin-Friedrichshain

**HELLERSDORF**

**Filiale Kaulsdorf**
Wilhelmsmühlenweg 2
1144 Berlin-Kaulsdorf

**KÖPENICK**

**Filiale Friedrichshagen**
Bölschestraße 66
1162 Berlin-Friedrichshagen

**Filiale Alt-Köpenick**
Alt-Köpenick 31/33
1170 Berlin-Köpenick

**Filiale Köpenick**
Bahnhofstraße 19
1170 Berlin-Köpenick

**MITTE**

**Filiale Chausseestraße**
Chausseestraße 22
1040 Berlin-Mitte

ab 1. Quartal 1991 – **Filiale Karl-Liebknecht-Straße**
Karl-Liebknecht-Str. 32
1020 Berlin-Mitte

**Filiale Mollstraße**
Mollstraße 4
1020 Berlin-Mitte

**Filiale Mitte**
Neustädtische Kirchstraße 3
1080 Berlin-Mitte

**NAUEN**

**Filiale Nauen**
Ethel-Rosenberg-Str. 2
1550 Nauen

**PANKOW**

**Filiale Pankow**
Wollankstraße 132
1100 Berlin-Pankow

**PRENZLAUER BERG**

**Filiale Prenzlauer Berg**
Bornholmer Straße 1
1071 Berlin-Prenzlauer Berg

**WEISSENSEE**

**Filiale Weißensee**
Berliner Allee 48
1120 Berlin-Weißensee

**TREPTOW**

**Filiale Treptow**
Baumschulenstr. 92
1195 Berlin-Treptow



# Berliner Volksbank

## Wir machen den Weg frei

**Berliner Commerzbank**

Besuchen Sie auch unsere Zweigstellen:
**Alexanderplatz, Panoramastr. 1** (am Fernsehturm)
**Brunnenstraße 188/190,**
**Frankfurter Allee 13-15**
**Friedrichstraße 129 A**
**Hellersdorf, Cottbusser Platz 14,**
**Hohenschönhausen, Warnitzer Str. 26,** (im Einkaufszentrum),
**Köpenick, Rosenstraße 17 / 19** (nahe Rathaus), 650 48 66,
**Marzahn, Helene-Weigel-Platz,** Tel. 545 41 02,
**Pankow, Joh.-R.-Becher-Str. 24** (gegenüber Rathaus),

# „Wir sammeln jeden Monat einen Sack voll Finger ein"

## Mangelnde Sicherheit und lange Arbeitszeit

## — Gewerkschafter und Streikende landen in Südkorea meist im Gefängnis

Montag, 6. April 1992

Von Tina Stadlmayer (Seoul)

Die beiden Frauen arbeiten unter freiem Himmel. Sie tragen bunte Arbeitshosen, bunte Schürzen und weiße Kopftücher. Abwechselnd heben sie fertige Ziegelsteine aus einer Presse. Was aus der Ferne so schön folkloristisch aussieht, ist aus der Nähe betrachtet Schwerstarbeit. Zehn Stunden lang wuchten die Frauen schwere Steine hin und her — und verdienen dabei nur 40 Mark am Tag.

Die Ziegel werden für eine Hochhaussiedlung gebraucht, deren erste Gebäude in einiger Entfernung schon zu sehen sind. Doch hier, in Hakyedong, einem der ärmsten Arbeiterviertel Seouls, wohnen die Menschen noch in Bretterbuden. Ihre Hütten sind mit Wellblech oder Plastikfolie überdacht, auf den schlammigen Wegen ist außer einem struppigen Hund niemand unterwegs.

Inmitten dieses Armenviertels hat Arbeiterpfarrer Oh Yong Shik gerade eine Bibliothek eröffnet. Die Bude ist mit Kinderbüchern, Romanen und Lexika vollgestopft. Oh Yong Shik hat einen Kindergarten eingerichtet; denn in seinem Viertel wohnen viele alleinerziehende Mütter. Ihre Kinder waren früher ganz auf sich gestellt, während die Frauen in der Ziegelei oder einem der vielen Textilbetriebe arbeiteten. Oh Yong Shik ist Minjung-Pfarrer, er setzt sich für alle ein, an denen das Wirtschaftswunder Südkoreas vorbeigegangen ist: Minjung sind die niedrig bezahlten und unter schlechten Bedingungen arbeitenden kleinen Leute.

Die Aktivitäten des Arbeiterpfarrers sind der Regierung natürlich ein Dorn im Auge. Sie ließ die Kirchenbaracke vor einigen Jahren einfach abreißen. Inzwischen haben Oh Yong Shik und seine Helfer die Hütte wieder aufgebaut; sie ist zum Treffpunkt für die rund 4000 Bewohner der Bretterbudenstadt geworden.

Die Hauptstraße am Rande des Armenviertels ist von normalen Betonhäusern gesäumt. „Hier werden in den Kellern Textilien genäht", weiß Lutz Drescher, „ohne Tageslicht und auf engstem Raum". Der Religionspädagoge aus dem Schwarzwald lebt seit fünf Jahren in Korea und unterstützt die Arbeit der Minjung-Pfarrer. „Es gibt immer noch viel verdeckte Armut in Korea", erzählt er. Zwar sei vom Wirtschaftswunder „schon etwas nach unten getröpfelt" — die Löhne sind zum Beispiel in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen —, „aber seit zwei Jahren explodieren die Mietpreise und die Lebenshaltungskosten".

Vom Lohn der Textilarbeiterinnen „geht die Hälfte für Wohnkosten drauf", sagt Frau Chung In Sook von der Katholischen Arbeiterkonferenz. Sie war früher selbst Näherin und in der Textilgewerkschaft aktiv. Bald landete ihr Name auf einer „schwarzen Liste"; als angeblich radikale Gewerkschafterin bekam sie keine Anstellung mehr in ihrem Beruf. Heute unterstützt sie den Kampf der Textilarbeiterinnen für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen von außen.

Dieser Kampf ist schwerer geworden. Mittelständische und große koreanische Firmen haben die Billigproduktion von Textilien und Schuhen nach Südostasien verlegt. Zahlreiche Kleinbetriebe sind pleite gegangen. Den Gewerkschaften — und zwar sowohl den Betriebsgewerkschaften als auch dem von der Regierung verbotenen Dachverband der freien Gewerkschaften „Chonnohyop" — laufen die Mitglieder davon. Auch die Zahl der Streiks ist zurückgegangen, von 1873 vor vier Jahren auf 243 im vergangenen Jahr. Im Januar erlitten die streikenden Arbeiter der Hyundai-Werke in Ulsan, des zweitgrößten südkoreanischen Multis, eine Niederlage. Sie gaben eine Betriebsbesetzung auf, ohne den geforderten Jahresbonus bekommen zu haben. Die Regierung hatte angedroht, das Gelände mit Panzern und Hubschraubern zu stürmen. Im vergangenen Jahr beendeten die Ar-



Streik bei den Hyundai-Werken. (Bilder: FR-Archiv/AP)

### Frauenarbeit in Südkorea

Die südkoreanische Gewerkschafterin Pak Suk Hee berichtet:

„Mit zwanzig Jahren kam ich vom Land in die Stadt und begann in einer Fabrik für Tennisschläger und Bälle zu arbeiten. Als sich 1987 eine Gewerkschaft bildete, wurde ich Vorsitzende der Kulturabteilung des Verbandes. Wir arbeiteten von acht Uhr früh bis acht Uhr abends, mit häufigen Überstunden.

Wir Gewerkschafter waren oft noch bis Mitternacht mit zusätzlichen Aktivitäten beschäftigt. Wir litten unter dem Staub, den giftigen Dämpfen vom Erhitzen der Chemikalien und des Gummis und der Hitze aus den Pressen. Wir Arbeiterinnen litten auch unter Diskriminierung und sexueller Belästigung. Alle Kontrolleure und Manager waren Männer. Frauen wurden nicht gefördert und sehr viel schlechter bezahlt als die Männer.

Unsere Versuche, über die Gewerkschaft die Arbeitsbedingungen zu verbessern, wurden unterdrückt. Wir hielten einen 80 Tage dauernden Sitzstreik ab, dafür wurde ich festgenommen und drei Monate lang eingesperrt.

Danach verbot man mir, an Gewerkschaftsaktivitäten teilzunehmen. Die Namen aller, die bis zum Ende des Streiks dabei waren, sind auf einer ‚Schwarzen Liste' gelandet. Sie wird von den Behörden an alle Firmen gegeben und bezeichnet uns als ‚linke Aktivisten'. Bis heute konnten wir keinen neuen Job finden." (tst)

beiter der Daewoo-Schiffswerft ihren Streik, nachdem ihnen versprochen worden war, die Regierung werde niemanden verhaften lassen. Kurz darauf wurden dreizehn Gewerkschafter festgenommen. Da Daewoo zusammen mit der deutschen HDW auch U-Boote herstellt, lastet die Regierung den Arbeitern „Anstiftung zu einem verbotenen Streik in der Rüstungsindustrie" an.

1987 waren die Arbeitskämpfe in Korea noch erfolgreich gewesen. Bis zu jenem Jahr gehörte Südkorea zu den Ländern mit den niedrigsten Löhnen und den geringsten Produktionskosten. Die Wirtschaft boomte mit zweistelligen Wachstumsraten. Dann gingen die koreanischen Arbeiter auf die Straße und forderten ihren Anteil am wachsenden Wohlstand ihres Landes ein. Zehntausende von Werftarbeitern zogen demonstrierend durch Ulsan und erreichten schließlich Lohnerhöhungen von 15 Prozent. In Seoul lieferten sich Gewerkschafter und Polizei wochenlange Straßenschlachten, und die Arbeiter fast aller Industriezweige traten in illegale Streiks.

In Deutschland wurde vor allem der Streik der Näherinnen der Firma „Flair Fashion", einer Tochter des Textilkaufhauses Adler, bekannt. Die Frauen streikten wegen überlanger Arbeitszeiten, niedrigem Lohn und schlechten Arbeitsbedingungen. Damals wurden alle streikenden Arbeiterinnen von der deutschen Firmenleitung entlassen. Inzwischen haben sie sich Entschädigungen erkämpft, zwei Arbeiterinnen bekamen ihren Job wieder.

Obwohl das Arbeitsgesetz nur Betriebsgewerkschaften das Recht zugesteht, über Löhne zu verhandeln, wuchsen 1987 viele überbetriebliche Gewerkschaften aus dem Boden. Im Januar vor zwei Jahren gründete sich „Chonnohyop", ein Dachverband von 600 unabhängigen Gewerkschaften mit insgesamt rund 200 000 Mitgliedern. Der Verband versteht sich als Alternative zur zehnmal größeren „Föderation der koreanischen Gewerkschaften", dem Dachverband der offiziellen — meist vom Firmenmanagement abhängigen — Betriebsgewerkschaften.

Schon kurz nach der Gründung von „Chonnohyop" verhaftete die Polizei den Vorsitzenden Tan Byong Ho. Bis heute ist „Chonnohyop" offiziell verboten, viele seiner Aktivisten werden vom Geheimdienst drangsaliert oder sitzen im Gefängnis. Der Vorsitzende der Textilgewerkschaft Kim Myung Tae wurde vergangenes Jahr wegen seiner Kontakte zu „Chonnohyop" zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Insgesamt sind zur Zeit ungefähr 300 Gewerkschafter in Haft. Einge hat *amnesty international* als politische Gefangene adoptiert.

Die selbstgesteckten Ziele von „Chonnohyop" lauten: bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und „die Reform des undemokratischen Arbeitsrechtes". Danach dürfen sich „Dritte" nicht in Lohnverhandlungen zwischen Unternehmen und Betriebsgewerkschaften einmischen. Solidaritätsveranstaltungen sind deshalb verboten, zahlreiche freie Gewerkschafter und Kirchenleute sitzen wegen dieses [illegible] ...ängnis.

Auch fast alle Streiks sind nach dem Arbeitsgesetz illegal. Das Genehmigungsverfahren ist so langwierig, „daß es unmöglich ist, einen legalen Streik zu organisieren", sagen die Gewerkschafter. „Chonnohyop" kämpft auch gegen den Maulkorbparagraphen im Arbeitsgesetz. Danach dürfen sich Gewerkschaften nicht zu aktuellen politischen Themen äußern. Selbst die konservative „Föderation der koreanischen Gewerkschaften" ist gegen dieses Verbot.

Neben der Reform des Arbeitsrechtes geht es den Gewerkschaftern vor allem um bessere Arbeitsbedingungen. Die koreanischen Arbeitszeiten gehören zu den längsten auf der Welt. Für Firmen mit über 300 Angestellten gilt zwar offiziell die 44-Stunden-Woche, die durchschnittliche Arbeitszeit liegt jedoch immer noch über 51 Stunden. Ohne Überstunden und Nachtarbeit können viele Koreaner die teuren Mieten und die hohen Ausbildungskosten ihrer Kinder nicht bezahlen.

Übermüdete Arbeiter und fehlende Sicherheitseinrichtungen — das Ergebnis ist eine hohe Zahl von Betriebsunfällen: 1990 wurden an jedem Arbeitstag in den Fabriken und Minen 443 Menschen verletzt, täglich starben sieben Arbeiter. „Wir sammeln jeden Monat einen Sack voll Finger ein", berichten die Arbeiter eines südkoreanischen Stahlwerkes. Die meisten Kumpel in den Kohleminen leiden nach einigen Jahren an unheilbaren Lungenkrankheiten. Chemiearbeiter kommen mit Chrom, Arsen und anderen Giften in Berührung; sie haben Hautkrankheiten und Allergien. Viele Arbeiter übernachten in firmeneigenen Schlafsälen, manchmal in Schichten nacheinander, weil es nicht genügend Betten gibt. Vor zwei Jahren starben zwei junge Mädchen, weil in einer solchen überfüllten und brandgefährdeten Bude ein Feuer ausgebrochen war.

Inzwischen haben sich die Arbeitsbedingungen für manche ein wenig gebessert. Die Nähstuben der Textilarbeiterinnen müssen nun im Winter geheizt und im Sommer belüftet werden. Doch viele Arbeitgeber halten sich nicht an die Bestimmungen oder haben schlicht kein Geld für solche Investitionen.

Angesichts der vielen Bankrotte in letzter Zeit sind die Gewerkschaften mit ihren Forderungen leiser geworden. Im vergangenen Jahr konnten sie noch Lohnsteigerungen von 17 Prozent erreichen; die wurden jedoch von den gestiegenen Lebenshaltungskosten aufgefressen.

Soeben hat in Südkorea die neue Lohnrunde begonnen. Die „Föderation der koreanischen Gewerkschaften" schlägt den Betriebsgewerkschaften vor, 15 Prozent höhere Löhne zu verlangen — sie rechnet in diesem Jahr mit einer Steigerung der Lebenshaltungskosten von 27 Prozent. Die Unternehmer bieten im Schnitt 4,7 Prozent mehr Löhne an. Experten vom „Korean Labour Institut" sagen Lohnabschlüsse bei 10 Prozent voraus. Doch auch in diesem Jahr wird es wieder Streiks geben. Die Metallarbeiter haben schon angekündigt, daß sie die Arbeit demnächst niederlegen werden.




*STATT FRÜHSPORT STREIK. Um die 18 000 Arbeiter streiken in der koreanischen Schwerindustrie für ihre Lohnforderungen.*

KARLSHORST /KARLSHORST /KARLSHORST /KARLSHORST

Wer weiß etwas von einer Initiative gegen die Wahl veranstaltung der Partei der Nationalen in Karlshorst aM 9.Mai???
Für Interressierte die was machen wollen und eventuell schon planen soll es eine VV geben um 20 .00 uhr am Donnerstag ,den 16.4. im HAUS DER DEMOKRATIE (Friedrichstr.) .Außerdem meldet euch unbedingt ,wenn ihr schon was wißt oder plant! unter Tel.681 13 01! Kommt zur VV wo wir dann weiteres planen wollen!
ERSTUNTERSTÜTZER: EINZELAKTIVISTEN DER A.S.K., PDS KREUZBERG & SCHÖNEBERG, SAG.

# Euro-Disney blieb aus

## Anschlag auf Strommast legt Geräte lahm / Streik der Metro-Fahrer

**PARIS**, 12. April (dpa). Das europäische Disneyland, Euro-Disney in Marne-la-Vallee bei Paris, hat am Sonntag nach dreieinhalb Jahren Bauzeit seine Tore geöffnet. Der erwartete Riesenansturm freizeithungriger Europäer blieb jedoch aus. Die 12 000 Parkplätze des Freizeitparks, der mit jährlich elf Millionen Besuchern rechnet, waren erst gegen Mittag gefüllt. Die französische Verkehrswacht hatte seit Tagen vor einem Verkehrschaos gewarnt. Dieses blieb jedoch aus.

Einen Schatten auf die „magische Zauberwelt", vor deren Attraktionen („Donnerbahn", „simulierter Weltraumflug") sich dennoch Tausende von Besuchern drängten, warf ein Sprengstoffanschlag wenige Stunden vor der Eröffnung. Unbekannte hatten kurz vor Mitternacht einen Hochspannungsmasten mit zwei 200-000-Volt-Leitungen zum Einsturz gebracht, über die der Park mit Elektrizität versorgt wird. Zunächst bekannte sich niemand zu dem Anschlag. Zwar gingen nicht die Lichter aus und auch die im Disney-Imperium allgegenwärtige Musik spielte weiter, doch sonst blieben alle Geräte stehen, berichteten Besucher, die bereits am Sonnabend abend zur Galaeröffnung mit Popstars wie Tina Turner, Cher oder den Gipsy Kings geladen waren. Nach Angaben der Behörden konnte der plötzliche Stromausfall überbrückt werden, so daß die „Show" am Sonntag weitergehen konnte.

Daß Mickymaus in Frankreich nicht nur Freunde hat, zeigte auch ein Streik der Metro-Fahrer, die sich am Eröffnungstag weigerten, den neuen S-Bahnhof von Marne-la-Vallee anzufahren. Sie beklagen die Überlastung der Strecke und fordern zusätzliches Personal. Die in Frankreich meistzitierte Kritikerin ist die Theater-Regisseurin Ariane Mnouchkine, die Euro-Disney, wie berichtet, ein „kulturelles Tschernobyl" genannt hatte. Bis 1995 soll für mehr als 15 Milliarden Franc ein zweiter Park entstehen, der sich thematisch um den Film dreht. Mittelpunkt ist ein Film- und Fernsehstudio der US-Gesellschaft Metro-Goldwyn-Mayer (MGM).

Presseerklärung

# UNBEFRISTETER HUNGERSTREIK
# GEGEN DIE MASSAKER IN KURDISTAN

Wochen und Monate vor dem kurdischen Nationalfest (Newroz) Führten der türkische Staatsapparat und türkische Medien einen geplanten, psychologischen Krieg gegen das kurdische Volk.
Die Repräsentanten des türkischen Staates verschleierten ihre schmutzigen Pläne und Beteuerungen, " Die Kurden dürfen ihr Newroz -Fest in Freiheit feiern. Es wird schon nichts passieren."
Die Wirklichkeit sah jedoch anders aus. Noch mehr Truppen, noch mehr Panzer und noch mehr Kampfflugzeuge wurden nach Kurdistan verlegt.
Als sich die friedliche Zivilbevölkerung in den Städten Kurdistans versammelte um Newroz zu feiern, wurden sie von Panzern eingekesselt. In Nusaybin, Sirnak, Cizre und Van fuhren sie in die Menge und ermordeten dabei zahlreiche Kinder, Frauen und andere wehrlose Menschen.
Damit endete das Neujahrsfest, das Fest der Freiheit und des Frühlings mit einem Blutbad.Über hundert Kurden sind getötet, fast Tausend verletzt und Tausende verhaftet worden.
Auch wenn in den letzten Tagen der Skandal um die Waffenlieferungen an die Türkei die Tagesordnung besetzt hielt und das Geschehen in Kurdistan in den Hintergrund geriet, darf nicht vergessen werden, daß das Morden in Kurdistan weitergeht.

Deshalb treten ab dem 06. April 1992, über 40 Kurden in einen unbefristeten Hungerstreik:

**MEDYA-(deutsch-kurdische freundschaft)**
**Malplaquet str 33, Ecke Utrechter str**
**1000 Berlin 65, Tel: 455 50 19**

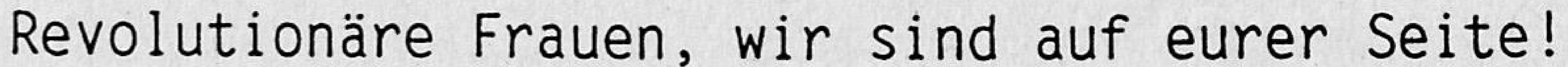
**Sie fordern:**

* Das Respektieren der Umsetzung des Selbstbestimmungsrechtes des kurdischen Volkes durch ein Referendum, das unter der Beobachtung von instutitionen durchgeführt wird;
* Den Massakern in Kurdistan muß Einhalt geboten werden;
* Die militärische,ökonomische und politische Unterstützung für die Türkei muß sofort eingestellt werden, solange die Kurdenfrage politisch nicht gelöst wird;
* Die Entsendung von Beobachter- und Untersuchungsdelegationen nach Kurdistan!

Alle Personen, politische Organisationen und Parteien, Menschenrechtsinstitutionen und die Presse sind aufgerufen, die Forderungen der Hungerstreikenden zu unterstützen und sich mit ihnen zu solidarisieren.

**ERNK-SYMPATHISANTEN**

# Revolutionäre Frauen, wir sind auf eurer Seite!





Zum Beitrag "Zur Politik der Frauen aus dem antirassistischen Zentrum und grundsätzliche Überlegungen zur antirassistischen Politik", Interim 184/185

Wir sind eine Frauengruppe, die seit Mitte der 50-er Jahre zu verschiedenen politischen Themen arbeitet (antipat., -imp., -rass., -fa., anti-Gen+Repro.) Euer Papier war Anlaß für grundsätzliche Diskussionen und Auseinandersetzungen in unserer Gruppe. Die Art und Weise, die Diskussion darum zu führen, brachte uns, indem wir uns ein Beispiel an euch nahmen, endlich die längst überfällige Spaltung unserer Gruppe.

Eure Bereitschaft, mit anderen Frauen an diesen Themen mit allen Widersprüchen und Fehlern weiterdiskutieren zu wollen, hat uns veranlaßt, dieses Papier zu schreiben und euch die wesentlichen Diskussionsstränge, die ihr in unserer Gruppe ausgelöst habt, mitzuteilen und uns damit der Diskussion zu stellen.

Als allererstes zu der Formulierung "(...)" in bezug auf die Vorfälle im Zentrum für eine Vergewaltigung. Die Verwendung dieses Begriffs dreht auch für uns die Kämpfe von Frauen zurück, und zwar bis mindestens ins Mittelalter. Die Abspaltung unserer Frauengruppe fand ebenfalls die Verwendung des Begriffs "(...)" unangemessen, hatte jedoch Verständnis für die ARZ-FRauen und ihre Selbstkritik und behauptete doch allen Ernstes, euer Diskussionspapier sei keine kontruktive Kritik, sondern wolle die ARZ-Frauen nur "anpissen" und somit auf den allerletzten Platz verweisen. Wir hingegen kritisieren da entschiedener die Widersprüche der ARZ-FRauen und wollen gerade in diesem Zusammenhang konsequent bis zuende diskutieren und keine Verharmlosung hinnehmen. Auch hierin drückt sich, wie ihr ganz richtig sagt, "ein Nicht-Verhältnis zu grundsätzlichen patriarchalen Verhältnissen aus und ist somit ein weiterer Punkt - auch eine Form von Mittäterschaft, Begrifflichkeiten, die von Frauen definiert worden sind, zurückzudrehen", wenn nicht sogar umzudrehen, würden wir ergänzen!

Als nächstes zu eurer grundsätzlichen Analyse, die wir zu diesem Zeitpunkt lieber getrennt und differenzierter diskutieren würden, an dieser Stelle nur so viel: Wir fanden es ungeheuer wichtig und sensibel von euch, einige Diskussionspassagen nur in der "Amazora" abdrucken zu lassen. Allerdings hatten wir die Frage, ob nicht aus die Passage "Erkenntnisse der Modernisierung des Patriarchats" eher nur in der Amazora" hätte widergegeben werden sollen, als auch in einem gemischten Blatt wie der Interim. Wir meinen, es ist doch nicht nötig, daß die Typen auch noch unsere Erkenntnisprozesse ausbeuten?!

Unerläßlich fanden wir euern konkreten Hinweis auf die Erfahrungen mit Vergewaltigungen in linksradikalen Zusammenhängen. Und toll fanden wir auch, eure eigenen Widersprüchlichkeiten anzusprechen und gleichzeitig auf die Notwendigkeit hinzuweisen, Erfahrungen zu übernehmen, ohne sie auf allen Ebenen selbst zu machen und auf Kosten eines Pragmatismus' und objektiver Notwendigkeiten in den Hintergrund zu stellen.
Es ist gut, daß ihr das mal so klar gesagt habt!

Auch zu diesem Punkt hatten wir grundlegende Auseinandersetzungen mit der Abspaltung unserer Gruppe. Sie unterstellten euch doch tatsächlich, daß ihr die ARZ-FRauen mit eurem Papier gar nicht wirklich erreichen wollt! Wir fanden das eine empörende Unterstellung, wo ihr so ausführlich und gestützt auf die wesentliche Literatur zu dem Thema auf die ARZ-FRauen eingegangen seid.



Sie behaupten, daß ihr mit eurer Art, andere wegen ihrer Widersprüche nur niederzumachen, ihnen die Lust zu jeder Auseinandersetzung nehmen würdet. So eine Haltung müssen wir als harmonisierendes Zurückweichen entschieden ablehnen!

Weiter meinen sie, würde euer Papier selbst so voller Widersprüche stecken, weil ihr z.B. den ARZ-Frauen auf der einen Seite die Zurücknahme der eigenen Position gegenüber den Flüchtlingen vorwerft, auf der anderen Seite wiederum deren Bevormundung. Dabei ist das doch überhaupt kein Widerspruch, wie "eine Genossin" in ihrem Papier "Keine Widersprüche, die dem Patriarchat dienen!" schon in der Interim Nr. 86 gezeigt hatte! Ganz sicher habt ihr euch doch auf dieses Papier bezogen und nur übersehen, es an der entsprechenden Stelle auch zu zitieren!

Spätestens zu diesem Zeitpunkt fiel es uns jedenfalls wie Schuppen von den Augen, daß der Bruch unvermeidlich, ja, sogar ein wichtiger Schritt war.
Wie ihr selber so treffend bemerkt habt, wollen auch wir nicht mit moralisch erhobenem Zeigefinger autonome Ansätze und vermeintliche Klarheiten in alter Manier festklopfen, aber wir benötigen eine Basis, sich über Vorstellungen und bereits gemachte Erfahrungen, auch von uns, konkreter und konsequent auseinanderszusetzen.

So long.
Frauengruppe für konstruktive Auseinandersetzung

*Marie-Aimée Hélie-Lucas*

# Strategien von Frauen und Frauenbewegungen in der moslimischen Welt als Antwort auf den Fundamentalismus*

## Von der Unterwanderung hin zum Internationalismus

Wir erleben heute eine Ausdehnung und Verallgemeinerung fundamentalistischer Phänomene in der ganzen Welt. Der Charakter einer fundamentalistischen Bewegung zeigt je nach den politischen Umständen und den internationalen Finanzverpflechtungen eines Landes markante Unterschiede. Hier werden wir uns speziell mit den Formen von Fundamentalismus in *moslimischen* Ländern und Gemeinschaften auseinandersetzen. Fundamentalismus soll hier nicht als Totalitarismus, Faschismus, „Revivalismus", Traditionalismus oder Islamismus definiert werden – das haben andere getan –, und es geht auch nicht um eine Analyse seiner Verbindungen zu bestimmten politischen Formierungen. Wir werden uns vielmehr seinen historischen und geographischen Erscheinungsformen seit dem Zweiten Weltkrieg zuwenden und den *Gemeinsamkeiten seiner verschiedenen Formen*, vor allem dem Versuch der Ausarbeitung eines Herrschafts-Diskurses. Dabei beschränken wir uns auf Konzepte, die Frauen betreffen und darauf, wie Frauen und Frauenbewegungen sie angenommen oder in Frage gestellt haben, aber auch darauf, wie sie auf Situationen reagieren, in denen es zunächst gilt, das Überleben zu sichern.
Etwa 450 Millionen Frauen leben in moslimischen Gemeinschaften oder in moslimischen Ländern, über alle Kontinente verteilt, mit einer klaren Mehrheit in Asien, gefolgt von Afrika und den arabischen Ländern, aus denen der Islam ja ursprünglich her kommt, die aber bald nur noch eine Minderheit unter den islamischen Ländern darstellen werden.
Im Gegensatz zur westlichen Welt mit ihrer Zivilgesetzgebung hat die Mehrzahl moslimischer Gemeinschaften spezifische Gesetze, die vermutlich aus der Scharia übertragen wurden. Diese Gesetze und das Einwirken moslimischer Fundamentalisten auf deren Entwicklung und Anwendung, beeinflussen in wachsendem Maße das Leben von Frauen, ihre Rechte und traditionellen Praktiken. Gleichzeitig engen sie die Kämpfe von Frauenorganisationen und ihre Strategien ein.
Gemeinsamkeiten im fundamentalistischen Herrschafts-Diskurs, die Frauen betreffen, sind folgende:

- Die Suche nach einer transkulturellen und nicht geschichtsgebundenen „moslimischen Identität", die in erster Linie als eine bedrohte Identität begriffen wird und sich in Opposition zu allem Außenstehenden sieht und eine Rückkehr in eine mythische Vergangenheit anstrebt;
- Frauen als Bewahrerinnen der Identität;
- Traditionsauswahl und -anwendung sowie Religionsauslegung zur Schaffung eines dem Wiederaufbau dieser Identität dienenden konformen Frauenbildes;
- Inszenierte Verschmelzung der Konzepte Nation-Gemeinschaft-Religion-Rasse-Ethnie;
- Das Mißlingen der Bildung einer moslimischen Gesellschaft und die Verlagerung jeglicher Legitimierung einer solchen Gesellschaft in die Privatsphäre wie sie durch die Rechtsstellung der Personen in der neuen Familiengesetzgebung ausgedrück wird.

Zunächst sollen diese Punkte selbst und dann ihre Auswirkungen auf Frauen untersucht werden.

* *Der Artikel wurde vom Französischen in Deutsche von Ulrike Zahn übersetzt und von Carola Möller und Brunhilde Sauer-Burghard gekürzt und überarbeitet.*

aus: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Nr.28

## Die Suche nach Identität

Fundamentalisten aller moslimischer Gesellschaften (auch Gemeinschaften mit Minderheitenstatus) forcieren die Suche nach Identität. Dabei bekommen die Frauen, unabhängig von der historischen oder politischen Situation in den jeweiligen Ländern, eine zentrale Funktion zugewiesen.
Die Bedrohung der religiösen und kulturellen Identität ist in der Geschichte verwurzelt, im Kolonialismus. Er wird zur Klärung und Rechtfertigung heutigen Verhaltens herangezogen und dafür verantwortlich gemacht. Das beste Beispiel hierfür ist Algerien. Es stellt unter den kolonisierten Ländern den Gipfel kultureller Entfremdung dar. Hier hat die französische Kolonialisierung eine systematische kulturelle Zerstörung betrieben, die die Bevölkerung drastisch zu spüren bekam. Die Vereinheitlichungsbestrebungen des französischen Schulformers Jules Feery kamen in Algerien durch Unterricht in ausschließlich französischer Sprache zum Ausdruck (es gab 1960/62 nur zwei zweisprachige Schulen in Algerien). Arabisch oder Berberdialekte in der Schule zu sprechen, auch in den Pausen, war strafbar. Die Ausbildung der Mädchen wurde in diesem Kontext zum Hauptinstrument der kulturellen Anpassung. Über die Sprache wurden auch die Normen verändert und der algerischen Gesellschaft die Anpassung an das französische Modell vermittelt. In Interviews mit französischen Grundschullehrerinnen in Algerien zeigte sich deren Einsatzbereitschaft für die Erziehung und Ausbildung algerischer Mädchen, aber auch das Fehlen jeglicher kritischer Überlegungen gegenüber einer solchen Bildung im Hinblick auf den kolonialistischen Kontext und die Werthierachie, die implizit oder explizit zwischen der algerischen und französischen Kultur aufgebaut wurde (Hélie 1988). Die Rolle des Staates muß also in den Diskurs über die bedrohte Identität und beim Aufbau von *Kommunalismus* (dawinistische Kämpfe zwischen einzelnen Gemeinden) *und Nationalismus* einbezogen werden. Es gibt inzwischen immer mehr feministische Arbeiten, die die Rolle des Staates analysieren und eine Verbindung zwischen dem Projekt des nationalen Ausbaus der Religionsanwendung und der Unterordnung der Frauen herstellen.[1]

In diesem Projekt zur Erziehung und Veränderung einer Gesellschaft über ihre Frauen hat das Ablegen des Schleiers einen ganz besonderen symbolischen Wert. Erzieher und Armee (Überzeugung und Gewalt) widmeten dem Schleier ihre ganze Aufmerksamkeit, obwohl die Mehrzahl der algerischen Frauen, Bäuerinnen oder Berberinnen, gar keinen Schleier trugen. Der 13. Mai 1958, der Tag der „Verbrüderung", von putschistischen Generälen der französischen Armee organisiert, machte aus der „Entschleierung" von etwa 100 unglücklichen Frauen ein Symbol der Absage an eine überholte Gesellschaft und der gleichzeitigen Annahme der Normen der französischen Zivilisation. Der kolonialistische Diskurs zur Frauenfrage drückt auf naive und grausame Weise *die Bedeutung der Frauen als Bewahrerinnen der Kultur* aus, und zwar im Unbewußten der Kolonisten wie auch der Kolonisierten. Auf diese Rolle werden wir unweigerlich zurückkommen müssen, wenn es um die Schwierigkeiten der Frauen geht, sich zu befreien.
Die Kolonialerfahrung ist jedoch nicht die einzige Bedrohung für die moslimische Identität. Für die Türkei unter Atatürk, für den Iran unter dem Schahregime ist die ganze westliche Welt und *Verwestlichung* im allgemeinen eine Gefahr.
Die Idee einer gesellschaftlichen Veränderung durch die Frauen ist aber interessanterweise in beiden Fällen präsent. Die die Frauen betreffenden Gesetze stammen in der Türkei aus dem Jahre 1926. Das türkische Recht verbietet Polygamie und spricht den Frauen in bezug auf Scheidung und Sorgerecht für ihre Kinder dieselben Rechte zu wie den Männern. Die totale Unabhängigkeit der Frauen wurde 1934 kodifiziert. Die kemalistischen Vorhaben zur Frauenbildung sind bekannt und bilden den Ausgangspunkt zur Okzidentalisierung der Türkei. Außerdem sind sie ein Symbol für die Abspaltung von der islamischen Kultur. Der Schleier steht auch hier im Mittelpunkt, ist aber nicht als Zeichen einer vollzogenen Emanzipation sondern als auferlegtes Zeichen der Entsagung, untrennbar verbunden mit dem Aufbau einer neuen politischen Macht und eines neuen Staates.
Im Iran wurde der Schleier 1936 verboten (Afshar 1987), und bis zum Sturz des Schahs

wurden entsprechende Legislativmaßnahmen ergriffen, die zwar nur eine Elite betrafen, aber in den Augen der Massen zu einem Symbol für das Zusammengehen des Staates mit dem imperialistischen Westen wurden. Die hierdurch produzierte Unzufriedenheit bildet den Rückhalt der iranischen Fundamentalisten in der Bevölkerung. Dasselbe gilt auch für Ägypten, wo die Gesetze den Frauen kleine Vorteile zusprechen – (Einverständnis der 1. Ehefrau im Falle polygamer Heirat, im Falle der Verstoßung Wohnrecht für die Frau mit Kindern im ehelichen Haushalt, aber nicht für Frauen ohne Kinder. Die sogeannten Jian Sadat-Gesetze, nach dem Präsidenten benannt, wurden nach Sadats Tod außer Kraft gesetzt. (Frau/man denke nur an das Bild Farah Dibas in der Öffentlichkeit.)
Wenn die Bedrohung weder von der Kolonialisierung noch von der westlichen Macht ausgeht, dann von der *nicht-moslimischen Mehrheit.* In Indien z.B. hat der Falls Shah Banos viel Tinte, aber auch Blut vergießen lassen. 1985 sprach der Oberste Gerichtshof Indiens einer 73jährigen Frau, Shah Bano, ein symbolisches Unterhaltsrecht zu, nachdem ihr Ehemann sie nach 43 Ehejahren verstoßen und vor die Tür gesetzt hatte (Chhacchi 1989).
Das Einschreiten des den indischen Staat betreffenden Obersten Gerichts in eine die Rechtsstellung der Person betreffenden Angelegenheiten, die das islamische Recht angeht, provozierte Demonstrationen von Hunderttausenden (was auch für Indien viel ist!). Die Säkularität des höchsten indischen Gerichts wurde in Zweifel gezogen. Fundamentalistische Hindus und Moslems nahmen sich der Sache an. Die Hindus verteidigten ein einheitliches ziviles Recht (also das Außerkrafttreten des Personenstatuts), was sie Moslems als ein Aufzwingen hinduistischer oder am Hinduismus orientierter Gesetze für die moslimische Minderheit ansahen. Liberale Moslems und indische Feministinnen verschiedener Religionen, die für die Abschaffung aller Minderheitenjustiz und für ein einheitliches säkulares Recht plädiert hatten, waren in einer Zwickmühle. Genau wie zuvor die Algerinnen, denen man den Schleier abgenommen hatte, und die emanzipierten Iranerinnen unter der Schah-Diktatur.

Die Suche nach Identität ist keine ideologische Kreation der Fundamentalisten. Sie hat ihren Ursprung und ihre Legitimation in den nationalen und kommunalen Forderungen nach Unabhängigkeit, Freiheit und Gleichheit, die vom Staat und politischer Macht manipuliert werden, sei es in Kolonialsituationen (Algerien), in stark imperialistischen Zeiten (Iran) oder in der Situation nationaler Minderheiten (Indien, Sri Lanka, aber auch in vielen afrikanische Staaten).
Deshalb ist es sehr problematisch, auch nur einen dieser Identitätsaspekte in Frage zu stellen, ohne gleich der Unterstützung derer, die diese Gemeinschaften zerstören wollen, angeklagt werden. Diese Unberührbarkeit wird durch die extra aufrechterhaltene Verwirrung über die Begriffe Ethnie, Religion und Nationalität und der damit verbundenen Konzepte noch verstärkt.
Bereits Jahrzehnte vor Ausbruch des nationalen Befreiungskrieges in Algerien spielten die Ulemas (Islamische Vertreter der Theologie und Rechtssprechung) eine wichtige Rolle in der Kaderschulung für den bewaffneten Kampf und im Aufbau eines Synkretismus, dessen Auswirkungen auch heute noch spürbar sind. Scheich Ben Badis predigte über eine sich von der kolonialistischen gänzlich unterscheidenden Identität mit dem Slogan: „Arabisch ist meine Sprache, der Islam meine Religion und Algerien mein Vaterland." Die algerische Identität wird also als nicht-französisch definiert. AlgerierIn sein, MoslemIn sein und AraberIn sein werden zu Synonymen.
Wenn man berücksichtigt, daß allerdings 85 % der algerischen Bevölkerung Berber sind und die meisten nur ihren Berber-Dialekt sprechen, obwohl die Bildungspolitik seit 25 Jahren vesucht, allein das Arabische durchzusetzen, dann kann das Bindemittel zur nationalen Einheit und Identität also nur die Religion sein.
Ein Großteil der Bevölkerung – und nicht nur nationalistische Berber – definierte sich in den Städten nicht über die Religion oder bekannte sich sogar zum Atheismus. Trotzdem ordneten sie sich einer taktisch interpretierten Notwendigkeit unter, um eine Einheit gegen die Kolonialmacht zu bilden.
Im Gründungsdokument der algerischen Unabhängigkeit, die Texte des Kongresses von Soumam wurden von Abane Ramdame verfaßt, heißt es: „Algerien wird ein demokratisches, säkulares und sozialistisches Land sein". Dieses Eintreten für den Säkularstaat wurde nach der Unabhängigkeit aus den Dokumenten verbannt, nicht allerdings aus den Köpfen derjenigen, die diese Texte in den Jahren 1957/58 in der Hand hielten.
Die erste, im Sommer 1962 verabschiedete Verfassung Algeriens entfernte sich vom Säkularstaat und machte Algerien öffentlich zu einem moslimischen Land. Die Formel Ben Badis – triumphierte während des Befreiungskrieges und darüber hinaus. Jedes Hinterfragen der arabisch-islamischen Identität wurde als „antinational" verurteilt. AlgerierIn sein hieß auch AraberIn und MoslimIn sein. In einem als sozialistisch deklarierten Land hieß AlgerierIn sein darüber hinaus auch noch RevolutionärIn sein. Daraus folgte, daß jegliche Kritik an der Religions- oder Sprachpolitik als konterrevolutionär begriffen wurde.
Die Konsequenzen für die Frauen sind nicht kalkulierbar: Jede Kritik an den Repressivmaßnahmen, die nach und nach die Rechte der algerischen Frauen einschränkten bis hin zu einer abschließenden Kodifizierung des Familienrechts, das 1984 verabschiedet wurde, gilt als anti-revolutionär, okzidentalistisch und dadurch für die arabische-moslimische Identität als bedrohlich. Die Frauen mußten sich also zwischen zwei Verpflichtungen entscheiden und konnten nicht gleichzeitig ihren eigenen Interessen als Frauen dienen und der Nation angehören, für die sie gekämpft hatten.

Dieses Schema taucht auch im ganzen Mittleren Osten wieder auf, wo trotz des Vorhandenseins mehrerer religiöser Minderheiten wie die Christen, die entschieden selbstsicherer mit ihrer historischen Legitimierung und mythischen Fundamenten umgehen, die Gleichung arabisch-islamisch immer noch gilt.
Das Schema findet sich aber auch in Pakistan wieder, wo Nation und Religion ineinander verschmelzen, weil letztere die Grundlage erster war.
Auch in den afrikanischen Ländern versuchen Moslems, *die Synthese zwischen Religion und Nation* herzustellen. Ihre Minderheiten haben dort z.T. kritische 50 % erreicht und sind manchmal dabei, Mehrheiten zu werden. Obwohl ihnen die Säkularstaaten die Religionsausübung garantieren – meistens ein Erbe der Kolonialzeit – sind fundamentalistische Gruppen im Senegal oder in Nigeria aktiv dabei, den Islam als Staatsreligion durchzusetzen. Auch wenn diese Religion erst, „frisch importiert" wurde, wird sie als Bindemittel für den nationalen Aufbau herangezogen (Kandiyoti 1989).

Die Bedrohung der Identität kommt immer von „außen", sei es von der Kolonialmacht, dem westlichen Imperialismus oder einer dominierenden nationalen Gruppe. Dieses „Außen" wird als monolithisch, ohne innere Widersprüche, als böse und bedrohlich angesehen. Innere Widersprüche der Gesellschaft werden heruntergespielt, ihre Lösung auf einen späteren Zeitpunkt – nach dem Zunichtemachen des äußeren Feindes – aufgeschoben. Wirkliche innere Feinde sind nur die, die mit der Außenwelt gemeinsame Sache machen: In dieser klassenlosen Gesellschaft sind die potentiellen Feinde die verwestlichten Eliten, die Reformatoren der Religion und *die* Frauen, die eine Verbesserung ihres Status' fordern.
Die Religion, das Symbol der nationalen oder gemeinschaftlichen Identität, wird zum Träger des Protestes der Volksmassen und ihres Bruchs mit den herrschenden Klassen (Kandiyoti 1989, S. 13). Ewige Priorität erhalten daher die Fragen, die das augenblickliche Opfer verlangen, immer wieder aufgepeppt mit populären politischen Forderungen, auch denen der Frauen. Für manche Fragen ist nie der richtige Zeitpunkt gekommen... Seit Marx' Kritik an den klassischen Ökonomen kennen wir die Vorstellung von einer Gesellschaft als atomisierte Masse austauschbarer Individuen. Genau dieses Konzept funktioniert bestens, wenn es darum geht, Frauenkämpfe als verfrüht zu verbieten.
Die Identität ist also eine in sich selbst abgeschlossene Defensive. Die Suche nach Verbündeten in einer anderen Gemeinschaft, in einem anderen Land, womöglich im Westen, wird so von dieser Struktur her unmöglich gemacht.
Die Frauen analyiseren also ihre Unterdrückung nur im Verhältnis zu ihrem nationalen oder kommunalen Kontext, mit allen Einschränkungen, die eine solche Analyse beinhaltet. In einem solchermaßen abgeschlossenen Kontext wird Identität als „zurück zum Ur-

sprung, zu authentischen, nationalen Werten" oder als „zurück zu unseren islamisch-arabischen Werten" verstanden.
Es ist bezeichnend, daß die gebrauchten Worte immer von einem „Weg zurück", einer Wiedereroberung einer mythischen Vergangenheit sprechen, die durch ein Wesen von Außen entrissen und entfremdet wurde. Es stellt sich natürlich die Frage, wie eine Zukunft gestaltet werden kann, die so vollständig in die Vergangenheit eingeschlossen ist. Noch dazu in eine Vergangenheit, die an einem bestimmten Punkt der Geschichte stehengeblieben ist, ungeschichtlich, unüberwindbar, unveränderbar, tot. Das Verbot, sich äußeren Kontakten zu öffnen, weil dadurch der Tod der Identität eintritt, führt zu einer totalen Abgeschlossenheit in einer toten Vergangenheit.
Die politische Macht ist in einem Widerspruch gefangen: wie etwas wiederbeleben, das man vor allem nicht lebendig haben will.
In diesem Prozeß gehen Religion und Tradition Hand in Hand. Zur Kontrolle der Bevölkerung kann zwischen Traditionen, religiösen Bräuchen und Praktiken und der Koranauslegung gewählt werden.
Manche werden aufgegriffen, andere total ausgemerzt. Die Kontrolle der Frauen ist für den Aufbau fundamentalistischer Identität so wichtig, daß ausschließlich solche Traditionen vom Zeitgeist wieder aufgegriffen werden, die am ungünstigsten für die Autonomie der Frauen sind.

Bei der Suche nach einer geschichtsübergreifenden „moslimischen Kultur" – wie wir sie heute in den islamischen Ländern und Gemeinschaften erleben – werden kulturelle Unterschiede und die Art und Weise, wie der Islam einheimische Kulturen und deren Praktiken absorbierte, vollständig geleugnet. Aber konstant bleibt die Unterdrückung der Frauen und der unteren Bevölkerungsschichten.
Es ist deshalb nicht erstaunlich, daß speziell mit der Lohnarbeit oder der monogamischen westlichen Ehe des 20. Jhds. verbundene Sitten in die „moslimische Identität" integriert werden, wenn es angebracht erscheint (Kandiyoti 1989, S. 6). Dazu drei Beispiele: Das 1984 in Algerien verabschiedete Familienrecht verbietet Adoption als einen Widerspruch zum Islam. Bevor der Staat sich der Frage annahm, hatte sich Adoption traditionellerweise darauf beschränkt, daß ein Mann vor zwei Zeugen bestätigte, ein Kind anzunehmen und es wie das seine aufziehen zu wollen. Dies geschah selbstverständlich im privaten Rahmen und ohne Eingreifen des Staates. Der Prophet Mohammed war selbst Stiefvater und hatte angeraten, dem Kind weder den Namen des Adoptivvaters noch seine Erbschaft zu vermachen. Dies wurde akzeptiert und stellt natürlich einen beträchtlichen Unterschied zur regulären Adoption mit Übernahme aller Rechte und Pflichten dar.
Diese Einschränkungen von Seiten des Islams werden von den algerischen (und anderen) Gesetzen für das Verbot der Adoption angeführt, während das tunesische Recht, das sich auf dieselben Texte des Korans bezieht, die Adoption erlaubt. In Algerien wurden in weniger als 10 Jahren 30.000 Kinder in den staatlichen Heimen als verlassen gemeldet, während unzählige Frauen wegen Unfruchtbarkeit (auch wenn sie vom Mann kommt) verstoßen werden. Adoption in ihrer traditionellen Form könnte hier in vielen Fällen das Problem lösen.

Auch läßt der Staat nicht einen Fingerbreit von der Kontrolle des Privatlebens seiner Bürger ab. Diese Kontrolle begann in Algerien mit der Unabhängigkeit des Landes und greift speziell in den Bereich der Sexualität und ihrer Folgen ein, indem der Staat seit 10 Jahren jegliche Verhütung und ganz selbstverständlich die Abtreibung verbietet (Hélie-Lucas 1982). Andere islamische Länder wiederum erlauben Schwangerschaftsverhütung. In Bangla Desh z.B. wird eine extreme Geburtenpolitik betrieben (Tests mit gefährlichen Verhütungsmethoden u.a.).
Abtreibungen und Sterilisation von Männern und Frauen, auch ohne das Einverständnis des/der Betroffenen werden durchgeführt (Akhter 1986).
Sri Lanka exportiert dagegen massenhaft moslimische Frauen in die Golfstaaten und nach Pakistan, wo sie als *Dienstmädchen* arbeiten (Zackariya 1986). Vom Einschluß der Frauen in einen nur den Frauen vorbehaltenen häuslichen (Sechusion) Bereich ist dabei nicht mehr die Rede.
Die Rekrutierung dieser Frauen erfolgt über staatliche Stellen. Das Arbeitsministerium und Auswärtige Amt handeln Verträge für diese unterbezahlten und nach Belieben ausbeutbaren Hilfsarbeiterinnen aus. Sie haben weder Anspruch auf Urlaub noch auf geregelte Arbeitszeiten, von einer Sozialversicherung ganz zu schweigen. Sie verlassen ihr Land für zwei bis drei Jahre. Ein Teil ihres Lohnes wird direkt an ihre Familie geschickt (meist an den Ehemann, der ihn zum Kauf einer neuen Frau benutzt). Von ihren „Herren" werden sie auf allen Ebenen, einschließlich sexuell, ausgebeutet. Das Verbrechen „Zina" (außerehelicher Geschlechtsverkehr), wird in den meisten Golfstaaten und Pakistan mit dem Tod durch Steinigung bestraft. Die Gefängnisse dieser Emigrationsländer werden von einer Vielzahl von Frauen bevölkert, die von ihren „Herren" vergewaltigt wurden. Die staatlichen Autoritäten Sri Lankas und die Öffentlichkeit wissen das, aber die moslimische Identität Sri Lankas scheint nicht darunter zu leiden.
Ein wichtiger Teil der weiblichen Bevölkerung Sri Lankas reist also, besitzt Reisepapiere auf ihren eigenen Namen, verläßt Haus und Familie, Dinge, die vielen Frauen in anderen islamischen Ländern verboten sind.
Als letztes Beispiel ist *die Politik der Namensgebung* für Frauen in arabischen Ländern zu nennen: Die Tradition will, daß jede Frau als Tochter ihres Vaters zur Welt kommt und bis zu ihrem Tod Tochter bleibt. So hieß die Tochter Mohammeds „Fatima, Tochter Mohammeds", sowohl als Ledige als auch als Verheiratete. Manchmal wurde sie „Fatima, Mutter des Mohammeds" genannt, nämlich nach der Geburt ihres ersten Sohnes. Dieser Name löschte aber den ersten nie ganz aus.
Mit der Einführung der Ausweispflicht und der standesamtlichen Registrierung von Heirat und Geburt, macht der Staat im ganzen Mittleren Osten und Nordafrika die Eintragung des angeheirateten Namens zur Pflicht. Verstoßung und Scheidung existieren aber weiter, und so haben Frauen oft 3, 4, 5 Ehemänner, manchmal sogar mehr, und wechseln bei jedem neuen Mann den Namen. Sie verlieren also auch die Identität des eigenen Namens, der ihnen bisher durch die Vorherrschaft des väterlichen Namens garantiert war.
Aus diesen Beispielen wird deutlich, daß die Überschreitung der Bräuche und Sitten in eine für die Frau unvorteilhafte Richtung geht. Die Beispiele, die die Beibehaltung der für Frauen ungünstigen Sitten und Gebräuche aufzeigen, sind ebenfalls zahlreich. Alle wissenschaftlichen und auch literarischen Schriften von Frauen aus islamischen Ländern zeugen im Überfluß davon.

Gleichzeitig wird neuerlich das Personengesetz umgestaltet, indem Teile der Scharia übernommen werden, die genaue Beachtung verdienen.
Trotz großer kultureller Unterschiede und Vielfalt sind diese neuen Gesetze identisch und bilden eine gemeinsame Ebene für alle in moslimischen Ländern und Gemeinschaften lebenden Frauen. Sie sprechen ihnen das Recht ab, selbst über ihre Heirat zu entscheiden und unterwerfen sie einem Ehevermittler (Wali). Das Recht auf Scheidung ist ein Privileg des Mannes, ebenso die Polygamie und das Verstoßen der Frau (Talaq). Ungerechtigkeit in bezug auf das Erbrecht werden verstärkt. Im Scheidungsfall wird den Frauen das Sorgerecht für ihre Kinder abgesprochen. Hier herrschen von Land zu Land kleine Unterschiede. In manchen Ländern haben Frauen das Recht, als Kinder- oder Dienstmädchen zu bleiben, allerdings innerhalb einer gewissen Altersgrenze der Kinder. Sie liegt bei Jungen zwischen 2 und 10 Jahren; bei Mädchen kann das Höchstalter über die Pubertät hinaus bis zur Heirat reichen. Danach erhalten die Väter ihr Eigentum zurück.
Bewegungsfreiheit und Lohnarbeit unterliegen ebenfalls der Genehmigung des Ehemannes oder Vaters. In manchen Ländern sind einige spezifische Aktivitäten wie Autofahren für Frauen verboten. Ihr Sexualleben ist in den Händen der Legislative. Außereheliche Sexualität wird verfolgt, in manchen Länern steht darauf die Todesstrafe, wie z.B. in den arabischen Emiraten und Pakistan, wo die „Hudood Ordinance" unter ihre Anwendung vor allem bei Vergewaltigung zu Aktionen pakistanischer Feministinnen mit internationaler Unterstützung führte (Shaheed 1986; Sumar/Nadoi 1986).

In den meisten moslimischen Ländern und vor allem in nicht-moslimischen Ländern mit starker moslimischer Minderheit, stehen solche Maßnahmen im Widerspruch zur Staatsverfassung, die im Prinzip allen BürgerInnen gleiche Rechte zuspricht.

Was an diesen Gesetzen besonders auffällt ist, daß sie oft Resultate neuer Umgestaltungen sind, entweder durch Abschaffung kolonialistischer Einflüsse (Algerien 1984) oder durch Verschärfung bereits existierender, vom Koran beeinflußter Gesetze in eine die Freiheit der Frauen einschränkenden und ihr Leben kontrollierende Richtung. Von den 1984 in Ägypten eingetretenen Änderungen wurde bereits gesprochen, aber auch im Senegal verlangten die Moslems im gleichen Jahr die Abschaffung des Zivilrechts zugunsten der Scharia.

1985 verkündet der indische Staat die „Muslim Women Protection of the Right to Devorce Bill", die aus den Frauen der moslimischen Gemeinschaft Bürgerinnen zweiten Ranges macht, denen es verboten ist, gewisse, für alle anderen gültigen Rechte (inkl. der Frauen anderer nationaler Minderheiten, die sich auf die Säkularrechte des Staates beziehen können und dem Personenstatut entgehen) in Anspruch zu nehmen.

1986 stellt Sri Lanka eine Untersuchungskommission über die Verschärfung des Personenstatuts der Moslems auf. Den Feministinnen gelingt es mit knapper Not, durch die Veröffentlichung eines Momorandums, die Argumente der Fundamentalisten abzuwehren.

1987 gibt die sozialistische Regierung von Maurizius dem Druck der Moslems nach und beabsichtigt für diese Minderheit, die Scharia gelten zu lassen, obwohl eigentlich ein säkulares Rechtssystem alle BürgerInnen regiert. Auch hier gelingt es den Feministinnen, das Projekt zu stoppen.

Es ist hinreichend bekannt, daß die legale Unterdrückung der Frauen im Namen des Islams auch im Iran unter Khomeynie und in Pakistan unter Zia-ul-Haq jüngeren Datums sind. Selbst Tunesien, einziges Land, das den Frauen legale Rechte einräumt, ist zur Zeit Pressionen ausgesetzt, sich den anderen Ländern anzugleichen.

Eine Kommission zur Vereinheitlichung des Familienrechts in arabischen Ländern tritt seit einigen Jahren zusammen. Sie besteht aus Justizministern und moslimischen Gelehrten, Fachleuten auf dem Gebiet der Koranauslegung. Eine vergleichbare Kommission gibt es auch für die Länder Südasiens und ihre moslimischen Minderheiten.

Die Macht der Fundamentalisten innerhalb staatlicher Sturkturen, selbst wenn sie offiziell ausgeschlossen sind und offen bekämpft werden, wird an der Aktualität der zitierten Ereignisse, die lange nach den nationalen Unabhängigkeiten stattfinden, deutlich.

Die Fundamentalisten geben vor, daß ihr Suche nach einer moslimischen Identität nicht nur die Ablehnung westlicher Werte sei, sondern daß sie den Wiederaufbau der Identität über ein Alternativmodell erreichen wollen, das auf wirtschaftlicher, politischer und sozialer Ebene Erneuerung verspricht. In Wirklichkeit betreffen ihre Aktivitäten direkt und grundsätzlich die Frauen und die Privatsphäre. Beispiele moslimischer Sonderrechte auf politischer und ökonomischer Ebene sind nicht bekannt. Das Familienrecht und die Rechtsstellung der Person jedoch, sei es in bezug auf Heirat, Scheidung, Vormundschaft und Sorgerecht, Polygamie, Erbe, Sitten, Kleidung usw. sind ihre Lieblingsthemen und ihr einziges Aktionsfeld.[2)]

Wenn die Rolle der Frau als Bewahrerin der Kultur und Identität, als Symbol für das „Ursprüngliche" eine solche Überzeichnung erfährt, wenn die Fundamentalisten „bereits krankhaft von den Frauen besessen sind"[3)], dann kann daraus mit Sicherheit auf eine Kompensation für die Unfähigkeit der Staaten geschlossen werden, demokratische Systeme aufzubauen und den gerechten Forderungen der Völker zu genügen.

Obwohl die Mitglieder fundamentalistischer Gruppen nicht nur aus klassischen rechtsextremistischen Formierungen kommen, haben sie doch ein politisches Gegengewicht zur Bildung linker und linksextremistischer Gruppen dargestellt. Die Staaten haben ihre Entwicklung geschehen lassen, um sie besser gegeneinander ausspielen zu können, und sich dabei selbst die Schiedsrichterrolle zwischen den Extremen zugesprochen. Dadurch haben sie letztlich die Bildung rechtsextremistischer Gruppen unterstützt, die die Religion zum Vorwand nehmen.

Es soll hier nicht der Islam an und für sich in Frage gestellt werden; alle Religionen haben als Repressionsinstrumente gedient, aber manchmal kam es auch vor, daß sie Träger für humane und soziale Werte waren. was in Frage steht, ist die Religion als nationaler oder kommunaler Kitt und die Kontrolle über die Frauen im Namen der Religion, als Ersatz für eine reale Macht (Kandiyoti 1989, S. 16).

Genau in diesem Kontext entwickeln sich die Frauen und die Frauenbewegung (wenn sie sich organisieren dürfen).

## Die Antworten der Frauen

Wie beeinflußt die fundamentalistische Argumentation über die von außen bedrohte Identität die Reaktion der Frauen? Hauptsächlich, indem sie gezwungen werden, die Vermischung aus Nation-Religion und Kultur, den Mythos der bedrohten Identität und die Rolle des Islams als nationaler und kommunaler Kitt zu internalisieren.

Deshalb bringen die Frauen und auch die Frauenbewegungen vor allem zum Ausdruck:

1. das Bedürfnis, innerhalb des religiösen Rahmens zu bleiben;
2. die Angst, die Nation oder die Gemeinschaft zu verraten.

Die erste Tendenz findet ihren Ausdruck vor allem darin, daß auch „westliche" Feministinnen, selbst Kommunistinnen, den Koran als Referenz nehmen und ihre Positionen mit Zitaten heiliger Texte belegen. Anders gesagt: ohne „Kirche" geht nichts (Kandiyoti 1989, S. 1). Nawal El Saadawi hat diesen Weg eingeschlagen, den Fatima Mernissi noch immer verfolgt.

Die Feministinnen moslimischer Länder sind in der Koranauslegung oft sehr versiert und nehmen es auf diesem Gebiet ohne weiteres mit den Fundamentalisten auf. Sie lernen die Texte und Interpretationen, um die Wahrheit zu etablieren und die menschlichen, historischen und somit angreifbaren Hinzufügungen, die letzlich einzig verantwortlich für die Unterdrückung der Frauen sind, aufzuzeigen. Sie stehen damit in einer langen Tradition progressiver Koranauslegung, deren VerfechterInnen dafür oft mit dem Leben bezahlt haben, weil sie sich der Herrschaft, die die Religion zu ihrer Machtstabilisierung benutzt, entgegengestellt haben. Sie erkennen dem Islam eine kulturelle Rolle zu und setzen diese authentische Identität der Aneignung „westlicher Werte" entgegen.

Die Forscherinnen[4)] meinen, daß es ihnen an Grundlagen über die Rolle der Religion fehlt, und haben deshalb Forschungsobjekte zur Erhellung dieser Grauzonen ins Leben gerufen. Dadurch gewinnen die Frauen immerhin einen wichtigen Denkbereich zurück, der bisher einzig und allein in den Händen der Männer war. Sie leisten Pionierarbeit. Natürlich sind sie nur toleriert, solange ihre Zuhörerzahl begrenzt bleibt.

Zwei Strömungen bestimmen die erste Tendenz: die Gläubigen, für die der Islam seine eigene Befreiungstheorie entwickeln muß, und die Atheistinnen, die mit taktischen Verbindungen arbeiten. Dazwischen sind alle Glaubensgrade vorhanden. Innerhalb der zweiten Tendenz ergibt sich die Schwierigkeit, die möglichen Verbündeten außerhalb der Nation/Gemeinschaft zu erproben und zu wählen. Das reicht von der Ablehnung, mit Frauen anderer Religionen derselben Nation zu kommunizieren, über die Ablehnung, Verbündete innerhalb der Religion frei zu suchen, bis hin zur Opposition gegen westliche Feministinnen. Wie auch im nationalen Befreiungskrieg fühlen sie sich zuerst der Gruppe (nicht zu vergessen – der bedrohten Gruppe, ganz gleich unter welchen Bedingungen) verpflichtet und akzeptieren so implizit andere Prioritäten als ihre eigenen.

Die indischen und pakistanischen Frauen finden nach Jahren unterbrochener Kontakte erst jetzt wieder zusammen. So sind die moslimischen Inderinnen aus interreligiösen Gruppen ausgestiegen, um ihre eigenen zu gründen. So wurde das falsche Konzept des „westlichen Feminismus" aufgebaut, und der falsche Gegensatz „westlicher Feminismus gegen Feminismus der Dritten Welt" hindert die Frauen daran, gegenseitig von ihren Erfahrungen zu profitieren. Schon die Lektüre westlicher Feministinnen wird als unangebracht angesehen, weil die Angst vor „Ansteckung" durch das „Böse von außen" tief verankert ist. Im Diskurs vieler feministischer Gruppen findet sich unbewußt die Argumentation der Fundamentalisten wieder. So schaffen sie es leider, in den Reihen der Frauen Bedingungen für Selbstzensur und tödliche Isolation herzustellen (Hélie-Lucas 1984, S. 4). Fremdenhaß

und die Unfähigkeit, sich in eine andere Lage des Denkens als der zugewiesenen zu versetzen, sind zwei Hindernisse für die Entwicklung der Frauenbewegung in der islamischen Welt.

Die Kampfformen der Frauen, von der Unterwanderung bis zum Internationalismus, und auch ihre Strategien werden von der Abgeschlossenheit dieses ideologischen Gehäuses und ihrer Bemühungen, daraus zu entkommen, bestimmt.
Unter *Unterwanderung* verstehen wir hier sowohl die Aktionen der gläubigen Feministinnen, die den Koran lesen, um eine neue, der göttlichen Wahrheit näherstehende Theologie zu entwickeln, als auch diejenigen, die sich als Taktik mehr oder minder der Religion bedienen oder von einer „soziologischen Religion" als Kampfmittel innerhalb der Gesellschaft ausgehen. Die meisten Feministinnen der moslimischen Welt, die sich nicht von der Basis abschneiden wollen, entscheiden sich für die letztere Handlungsweise. Zur Kategorie „Unterwanderinnen" zählen auch Frauen, die fundamentalistischen Gruppen beitreten.
*Internationalistisch* sind für uns diejenigen Feministinnen, die bewußt die Information und Verbindung außerhalb der Rassen-, Staats- oder Religionsgrenzen suchen. Diese neue Tendenz entwickelt sich schnell. Obwohl es für ein Urteil darüber noch zu früh ist, sind ihre positiven Auswirkungen in den letzten Jahren bereits spürbar.
Beispiele für die verschiedenen Vorgehensweisen von Feministinnen sind u.a. folgende:
Die Arbeiten der feministischen pakistanischen Theologin Riffat Hassan analysieren den Koran, d.h. das Wort des Propheten, den heiligen, unberührbaren Text. Sie stellt ihn der Sunna (arab. Brauch), d.h. den späteren, kodifizierten Interpretationen, sowie dem Fiq, der Gesamtheit von Rechtstexten mittelalterlicher Juristen, gegenüber. Sie zeigt auf, daß die am häufigsten gegen Frauen verwendeten Verse entweder Überreste diskriminierender vorislamischer Praktiken oder falsche, historische kritisierbare Interpretationen sind. Sie ist der Meinung, würden die Originaltexte untersucht und in den historischen Kontext zu Lebzeiten des Propheten gestellt, käme der progressistische Sinn seiner Botschaft zum Ausdruck, und die Texte wären vom Sinn her übertragbar und nicht in ihrem heutigen Wortlaut (Hassan 1986).
Riffat Hassan erstellt Grundlagen für eine religiös verankerte Frauenbewegung, die Kontakte zu Frauen anderer Religionen unterhält und hofft, aus dem Islam eine Befreiungstheologie zu entwickeln. Es gibt inzwischen auch eine internationale Forschungsgruppe über religiöse Fragen. Diese Vorgehensweise hat natürlich ihren Reiz, weil sie die Frauen nicht zum „Verrat" zwingt, sondern sie, ganz im Gegenteil, der Auffassung sind, die verlorene Wahrheit wiederzubegründen. Daß sie trotzdem Unterdrückung und Verfemung ausgesetzt sind, bestärkt sie in ihrer Überzeugung, daß die Männer die vom Islam Abtrünnigen sind. Vermutlich werden sie die Grenzen ihres Handlungsspielraums bald zu spüren bekommen. Wenn sie wirklich Einfluß auf die Bevölkerung gewinnen, wird man sie verschwinden lassen, und sie sähen sich dann mit den im Namen des Islams handelnden gesellschaftlichen Kräften konfrontiert.
Diese Frauen spielen zur Zeit eine große Rolle in der Bewußtmachung der Unterschiede zwischen Gott und seinen Geistlichen, zwischen Theorie und Politik. Sie sind Unterwanderinnen und Internationalistinnen, weil sie mit Theologinnen anderer Religionen, die ebenfalls im Bereich der historischen Religionskritik aktiv sind, und auch mit aktiven, nicht unbedingt gläubigen Feministinnen Kontakt haben.

In einem weltlicheren Sinne haben andere Feministinnen den Bereich des islamischen Rechts betreten und versuchen, ihn von innen her zu reformieren. Die Inderinnen Sheenaz Scheikh und Shah Bano haben beide die Rechtsgültigkeit des islamischen Personenstatuts im Verhältnis zur indischen Verfassung in Frage gestellt und die Widersprüche der beiden Rechtssysteme aufeinanderprallen lassen. Aber in beiden Fällen mußte die Klage wegen der drohenden Ausnutzung durch die hinduistischen Fundamentalisten zurückgezogen werden. Ihre Gemeinschaft drohte ihnen mit Verstoß und sozialem Tod (Chhacchi 1989, S. 25). Ihres Alters wegen hat Shah Bano die Sache mit einem Mißerfolg auf sich beruhen lassen. Aber für Sheenaz nahm die Rückkehr in ihre Gemeinschaft eine andere Wende. Sie wollte ihre Erfahrungen und ihr Wissen anderen Frauen der moslimischen Gemeinschaft vermitteln, ohne dabei „Verrat" zu begehen. Sie studierte islamisches Recht und gründete einen Verein, der von Juristen unterstützt wird, die gleichzeitig moslimische Intellektuelle und Aktivisten sind.
Auch hier stellt sich das Problem des „Verrats an der Gemeinschaft" nicht. Durch die Gründung einer speziellen Bewegung für moslimische Inderinnen und die Kontakte, die sie mit plurikonfessionellen Feministinnen pflegt, steht sie an einem Drehpunkt zwischen Unterwanderung und Internationalismus.
Dieselbe Strategie verfolgt auch Fatima Mernissi, die Verbindungen mit fortschrittlichen Geistlichen und allen Gläubigen einzugehen versucht, um eine feministische Botschaft, die die Position der Frau in Marokko wirklich in Frage stellt, unterzubringen. Diese Verbindungen sollen bevölkerungsnah sein und die Fundamentalisten auf ihrem eigenen Feld angreifen. Dies sind alles Dinge strategischer Allianzen, wenn man die Entwicklung ihrer Gedanken, und das „Zurück zu den Ursprüngen", wie es sich in ihren neueren Werken ausdrückt, berücksichtigt. Nawal El Saadwi ist den umgekehrten Weg gegangen, von der Kritik der „harten Koranauslegung zur Konfrontation auf einer rein weltlichen Ebene der Individualrechte".
Diese Herangehensweisen unterscheiden sich nicht sehr von denen der Frauen, die fundamentalistischen Gruppen beitreten. Sie unterscheiden sich nicht im Erscheinungsbild, und wir können auch nicht den taktischen Aspekt ihrer Wahl übersehen. Es ist eine Tatsache, daß in den islamischen Ländern und Gemeinden immer mehr Frauen solchen Gruppen beitreten, die sexistisch sind.
Dieses Phänomen bleibt dann furchtbar und unverständlich, wenn man nicht die praktische Frage nach dem realen und symbolischen Nutzen für die Frauen stellt und ihm damit jegliche Logik abgesprochen wird. Es wäre verfrüht, Schlußfolgerungen zu ziehen, aber anhand von Zeugenaussagen aus arabischen und afrikanischen Ländern können immerhin gewisse Hypothesen aufgestellt werden.

Zunächst muß gesagt werden, daß fundamentalistische Gruppen über Vermögen in unbekannter Höhe verfügen. Wer auch immer über die Herkunft des Vermögens und seine Transitwege aufklären könnte, ein risikoreiches Unternehmen, würde den Frauen der moslimischen Länder einen großen Dienst erweisen. Es ist erwiesen, daß fundamentalistische Gruppen auf internationaler Ebene arbeiten und z.T. in so unterschiedlichen Ländern wie Malaysia und Australien Zweigstellen besitzen.
Sie haben gemeinsam, daß sie ihren AnhängerInnen Kleidung stellen, „islamisch" für Frauen und traditionell für Männer. Sie vermitteln Orte und Plätze zum Arbeiten, Beten, Schlafen und das in Ländern, in denen die Mehrzahl der Familien in lauten Wohnungen zusammengepfercht ist. Sie bieten Dienstleitungen – vor allem Krankenpflege durch kompetentes Personal – an, und das in Ländern, in denen das Gesundheitswesen nicht kostenfrei ist, Krankenhäuser privat und deshalb für den Großteil der Bevölkerung unzugänglich sind. Sie gewähren Stipendien für Gymnasial- und Universtitätsausbildung, auch für Frauen, und das eben in Ländern, in denen Schulen nicht „gratis, weltlich und Pflicht", sondern extrem teuere private Konfessionsschulen sind. Außerdem bieten sie Geld an, durch „Islamische Banken" mit zinsfreiem Kreditsystem.
Alle Frauen, die fundamentalistischen Gruppen beitreten, profitieren mit ihren Familien von diesen Vorteilen. Ihren Aussagen nach fühlen sie sich außerdem in „islamischer Tracht" vor lüsternen Männerblicken geschützt[5]. Sie dürfen sich mit Einverständnis ihrer Familien und unter Respekt der Nachbarschaft frei bewegen, das Haus verlassen, um zur Arbeit für die Gruppe zu gehen. Sie werden zum Studium angespornt, um ihre intellektuellen Fähigkeiten zum Einsatz zu bringen und haben einen gewissen Spielraum bei der Wahl des Ehemannes, solange sie ihn innerhalb der Gruppe wählen. Anscheinend zögern die Väter dann, ihnen einen Mann aufzuzwingen. Die Unterstützung der Grupe ist bei einer solchen Heirat sicher. Qualifizierten Frauen hilft die Gruppe auch Arbeit zu finden – ähnlich wie das auch Freimaurer und andere pressure-groups tun (Shaaban 1988; Hélie-Lucas 1989).

Das ist weit mehr als der Staat und die Linksparteien ihnen jemals angeboten haben. Der Beitritt von Frauen in fundamentalistische Gruppen ist natürlich nicht nur materiell und moralisch bedingt, aber ihre Motivation darf auch nicht nur auf ideologischer Ebene gesehen werden. Viele von ihnen sind der Überzeugung, daß ihr Mitwirken in diesen Bewegungen Veränderungen eingeleitet haben, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können und zum sozialen Fortschritt der Frauen beitragen. Außerdem beeinflußte ihre „Unterwanderung" die Bewegung in positiver Richtung. Dieses Phänomen und seine Auswirkungen müssen auf alle Fälle erkannt werden.

In den Frauenbewegungen moslimischer Länder treten aber auch andere Richtungen auf, die sich von der Unterwanderungspolitik lossagen und sich nicht mehr darauf beschränken, in religiösem Rahmen zu kämpfen. Diese Gruppen beziehen ihre Stärke aus einem grenzüberschreitenden Kommunikationswunsch. Sie wollen ihre nationale oder kommunale Isolation, die sie immer nur den eigenen Kontext sehen ließ, durchbrechen und entdecken nun die Ähnlichkeiten zwischen dem einen und dem anderen Land, zwischen der einen und der anderen Gemeinschaft.
Der Aufbau von Verbindungen und Austausch, die *Bildung von Informations- und Hilfsnetzen innerhalb der moslimischen Welt*, machen es auch endlich möglich, diese harte Nuß zu knacken: nämlich das Gemisch aus Religion und Tradition und deren politische Ausbeutung bzw. das Verbot des Hinterfragens einzelner Aspekte des aufgezwungenen Lebensstils, ohne dadurch das Land, die Gemeinschaft, die Religion usw. zu verraten.

Das bedeutet auch, seine Rechte verteidigen zu dürfen, ohne die eigene Identität und Zugehörigkeit zu verleugnen. Wie kann den Frauen der moslimischen Gesellschaft des Sudans oder Somalias eingeredet werden, daß die Klitorisdektomie ein Teil religiöser moslimscher Praktiken sei, wenn sie erfahren, daß sie in anderen islamischen Gemeinden in Nordafrika oder Südasien nicht praktiziert wird. Wie können Iranerinnen zum Schleiertragen gezwungen werden, wenn viele asiatische und afrikanische Frauen der moslimischen Gemeinschaft keinen tragen. Wie den Inderinnnen erklären, daß sie dem Mann eine Mitgift bezahlen sollen, wenn in Nordafrika und im Mittleren Osten die Frauen die Mitgift erhalten? Wie den Algerierinnen Schwangerschaftsverhütung verbieten, wenn sie den Tunesierinnen erlaubt ist und den Frauen in Bangla Desh aufgezwungen wird? Informationsaustausch ermöglicht ein Herauskristallisieren traditioneller, regionaler Elemte, die bislang als von der Religion vorgeschriebene Fakten präsentiert wurden.
Frauen können dann auch die interessanten Unterschiede, die *das* islamische Gesetz enthält, entdecken und für sich nutzen: An einem Ort werden Frauen verstoßen, zwangsverheiratet, leben als Unmündige unter Vormundschaft, dürfen sich nicht scheiden lassen, müssen Steinigung und Polygamie erdulden, werden für Ehebruch mit dem Tode bestraft, verlieren ihre Kinder, wenn der Ehemann sie verjagt, dürfen nur mit Genehmigung arbeiten, werden beim Erbe benachteiligt... anderswo dürfen sie sich frei bewegen, arbeiten, heiraten und sich scheiden lassen, bekommen Unterhaltszahlungen und das Sorgerecht für ihre Kinder, können ihre Fruchtbarkeit kontrollieren, Polygamie verweigern usw. Der Mythos der *einen* großen islamischen Welt bricht zusammen, die Unterschiede tauchen auf.
Und wenn die Unterdrückung der Frauen im Namen der Religion weitergeht und sich diese Länder auch moslimisch nennen, warum dann nicht von den hier oder dort günstigeren Bedingungen profitieren?
Die Vorherrschaft der Politik und die mögliche Unterwerfung der religiösen Autoritäten durch die politischen Mächte treten klar zu Tage. Denn am Beispiel der Verhütung wird deutlich, wieviele Länder mit Einverständnis der Mullahs, die Verhütung befürworten. Tunesien, Bangla Desh, ...), wieviele sie tolerieren (Ägypten, Pakistan) und wer sie verbietet (Algerien) – dies je nach momentaner demographischer Notwendigkeit, jederzeit bereit das Gegenteil vorzuschreiben, wenn es sich als opportun herausstellen sollte (Algerien).

Wenn der Islam so flexibel ist, daß er all diese verschiedenen und widersprüchlichen Traditionen integrieren kann, soll man sich dann noch auf ihn beziehen und wenn ja, auf welche Variante und auf welche Rechte?
In den letzten Jahren haben die Frauen der islamischen Welt viele Versammlungen, Treffen und Konferenzen organisiert, um den Informationsaustausch zu erleichtern und aktive Formen der Solidarität zu entwickeln. Z.B. 1985 die AWSA (Arab Women Solidarity Association), die in Ägypten zuhause ist und Frauen der arabischen Welt versammelte; 1986 kamen in der Simorgh-Association in Lahore, Pakistan, eine Gruppe von 15 Frauen der asiatischen und arabischen moslimischen Gemeinschaften zusammen (Muslim Women Speak).
Ebenfalls 1986 vereinte das Netzwerk „Femmes Sous Lois Musulmanes" (Frauen unter moslimischem Recht) etwa 10 Frauen moslimischer Gemeinschaften aus arabischen, asiatischen und afrikanischen Ländern und entwarf die Grundzüge eines ersten Aktionsplans. 1987 fand in Bombay eine Konferenz zum Thema „Frauen, Religion und persönliche Rechtsstellung" statt, die mehrere Hundert Frauen verschiedener Religionszugehörigkeit zusammenbrachte. Das Netzwerk „Femmes Sous Lois Musulmanes" organisierte 1988 ein Austauschprogramm, durch das etwa 20 Frauen aus Pakistan, Bangla Desh, Sri Lanka, Indien, Malaysia, Indonesien, Philippinen, Somalia, Sudan, Ägypten, Iran und Tunesien mit eigenen Augen das Leben in einem anderen moslimischen Land sehen konnten. Solche Initiativen werden immer zahlreicher, die z.B. wie vergleichende Analyse der frauenfeindlichsten Gesetze und die Bildung internationaler Arbeitsgruppen. Auch die Solidaritätsaufrufe nehmen zu, sei es zur Befreiung inhaftierter Frauen, zur Rettung einer Frau vor der Todesstrafe nach Ehebruch, zur Teilnahme an einer nationalen Kampagne gegen die Wiedereinführung „harter" Formen der Schâria usw.
Lange Zeit kam solche Unterstützung nur von westlichen Feministinnen und war deshalb eine zweischneidige Angelegenheit, die Wasser auf die Mühlen der Verleumder goß (an den Westen verkauft, Verrat an der Gemeinschaft). Die Unterstützung aus den islamischen Ländern selbst schafft jetzt einen Ausgleich.
Die Frauen vergleichen nicht nur ihre jeweilige Lage, sondern informieren sich über ihre Kämpfe und unterstützen sich auch durch Dokumentationsaustausch. Die Aktionen anderer inspirieren sie und helfen Strategien zu entwickeln.
Manchmal wird die Ausgrenzung aber noch deutlich: 1986 in Lahore war keine Iranerin eingeladen worden, mit der Begründung, daß die Iranerinnen den Islam in den Augen der westlichen Welt diffamieren, indem sie die Niedrigkeiten des Khomeynie-Regimes verbreiten; 1987 weigerten sich pakistanische Frauen, vor Inderinnen offen über ihre Situation zu sprechen.

Das Verlangen nach Austausch drückt sich heute in vielen Gruppen immer stärker aus, und es wird versucht, die Kämpfe zumindest punktuell zu verbinden.
Allmählich zeichnen sich die notwendigen Bedingungen für die Expansion einer internationalistischen Herangehensweise ab. Die Netzstruktur scheint den lokalen Gruppen eine maximale Autonomie zu gewähren, um ihre Prioritäten und Strategien zu definieren. Es gibt keine Zentralorganisation, die eine bestimmte Politik diktiert. Die Komitees gehen Verbindungen ein und lösen sie auch wieder auf, unterstützt durch eine Koordination, die sich als einfache Dienstleistung begreift. Fließend, vielleicht prekär, aber sicherlich erfrischend, entspricht die Netzform unseren augenblicklichen Bedürfnissen.
Die Schwierigkeiten, die nationalistischen und fundamentalistischen Lügen in sich selbst zu besiegen, fordern uns dazu auf, den Befreiungsrhythmus jeder einzelnen zu respektieren. Die Kräfte, die uns gegenüberstehen, sind so mächtig und gefährlich, daß wir alle unsere Kräfte sammeln müssen und niemanden ausschließen dürfen, der für eine positive Veränderung der Lage der Frauen arbeitet.

*Marie-Aimée Hélie-Lucas*, Algerierin, Soziologin, lehrte 12 Jahre an der Universität Algier, koordinierte das Netzwerk „Women Living Under Muslim Laws".

*Anmerkungen*

*1) Siehe insbeaondere die Arbeiten von Deniz Kandiyoti (Türkei), Haleh Afshar (Iran), Kumari Jawardena (Sri Lanka), Amrita Chhachhi (Indien), Naila Kabeer (Bangla Desh), Ayesha Jalal (Pakistan), Farida Shaheed (Pakistan), Afsaneh Najmabadi (Iran), Margot Badran (Ägypten) sowie Nawal El Saadawi (Ägypten) und Fatima Mernissi (Marokko).*

*2) Es ist bemerkenswert, daß so viele fundamentalistische Veröffentlichungen an ein westliches Publikum gerichtet sind: „Sie haben den Auftrag, westlichem Publikum den Islam als ein Werte- und Rechtssystem und als eine Zivilisation zu erklären" (Yazbeck Haddad, Yvonne, u.a.: „The critic of the Islamic Impact", Syracuse University Press 1984).*

*3) Jede(r), die/der sich von dem pathologischen Charakter einer solchen Kontrolle des Privatlebens (der Frauen) überzeugen will, sollte Khomenie lesen. Jede Lebensbedingung und alle Vorkommnisse eines Tagesablaufs sind darin mit außergewöhnlicher Genauigkeit vorgesehen. Sicherlich gibt es dazu Äquivalentes in anderen Religionen, unglaublich ist nur, daß das nicht nur eine kleine Gruppe von Nonnen, sondern eine ganze Nation regieren kann, und daß es auf andere Länder angewendet werden soll (vgl. auch Mernissi, Fatima: The fundamentalist obsession with women, Lahore, Pakistan 1986).*

*4) Im Laufe der letzten Jahre haben Hochschulangehörige und Aktivistinnen wichtige Versammlungen organisiert, auf denen theoretische Fragen und transkulturelle Vergleiche diskutiert wurden. Z.B. „Women, Islam and the State", London 1987, „Women, Religion and Family Laws", Bombay 1987, „Women Living Under Muslims Laws", Meeting Aramon, 1986, „Women Living Under Muslims Laws", Austauschprogramm, 1988, „Muslim Women Speak", Lahore, Pakistan 1986, „Challenges facing arab women in the next decade",*

*5) Diese Tracht unterscheidet sich total z.B. von der algerischen. Durch Gratisverteilung wurde sie eingeführt.*

# Frauen und kulturelle Identität in Algerien

Im März letzten Jahres bin ich nach dreijähriger Abwesenheit wieder nach Algerien gefahren. Es hatte sich sehr viel ereignet in der letzten Zeit und ich hatte es nur von weitem verfolgt, entweder über die Erzählungen meiner Eltern oder der dürftigen Berichterstattung hier. Ich hatte mir vorgenommen, nicht nur die letzten politischen Entwicklungen seit dem kommunalen Wahlsieg der F.I.S. zu verstehen, sondern gerade die Situation und die Einstellungen der Frauen in dieser anscheinend religiösen Begeisterung interessierten mich.Hier wurden immer nur Schauermärchen verbreitet, und das beste Beispiel dafür war das Sonderheft der EMMA zum Golfkrieg, in dem ein Extrabericht über Algerien erschienen war.

Meine Vorstellungen von Algerien waren immer noch sehr stark von der Zeit, in der die sozialistische Einheitsparteienideologie bestimmend war, geprägt und ich hatte Schwierigkeiten mir vorzustellen, welche Kräfte die vorgenommenen politischen Reformen freigesetzt hatten. Ich wußte von dieser immer zunehmenden Religiosität und fragte mich, wie Frauen diese mit emanzipatorischen Vorstellungen verbanden. Immerhin hatte die Bildungspolitik dazu geführt, daß die Mehrheit der Mädchen die Schule besuchten, wenn auch nur die Grundschule. Die islamistischen Tendenzen konnten doch nicht nur frauenfeindliche, vergangenheitsgerichtete Vorstellungen unterbreiten, wenn so viele Frauen sich unter ihrem Banner organisierten. Welche Frauenassoziationen waren in den letzten Monaten entstanden oder aus dem Untergrund wieder aufgetaucht? Welche Zielsetzungen hatten sie und wie gingen sie mit dem 1984 verabschiedeten Familiengesetz um, das die Schari'a wieder einsetzte und die Frauen gesetzlich sehr stark benachteiligte?

Während meines Besuches habe ich neben Gesprächen mit Bekannten auch Vereinigungen aufgesucht, um auf diese und andere Fragen eine Antwort zu finden. Vorab gesagt, es gibt nicht die scharfe Trennungslinie zwischen islamistisch und demokratisch denkenden Menschen und damit auch Frauen. Es gibt auch nicht die eine islamistische Ideologie, unter die alle religiösen Menschen sich subsumieren lassen.Es sind oft Welten, die Islamisten voneinander entfernen. Das klingt wie eine Selbstverständlichkeit, aber trotzdem wird hier immer wieder das Bild einer einheitlichen und fanatischen Masse reproduziert.

Die Dominanz der Männer wird von keiner islamistischen Gruppierung thematisiert. Sie ist Fakt. Und den Frauen wird eine spezifische Rolle zugewiesen. Aber an sich ist es nichts neues und erst recht nicht von den Islamisten erfunden.Und doch gibt es, auch auf der Ebene von offiziellen Äußerungen der Islamistenführer unterschiedliche Auffassungen bezüglich der gesellschaftlichen und politischen Rolle der Frauen.

An dieser Stelle möchte ich ein wenig ausholen, um später speziell auf die Situation von Frauen einzugehen. Das, was sich Frauen an Freiheiten mal erkämpft haben, ist im Laufe der Zeit immer mehr zurückgedrängt worden. Der einst aus dem Befreiungskampf hervorgegangene Staat definierte sich erst einmal über diesen langjährigen Kampf gegen Unterdrückung und Entfremdung und bestärkte seine nationale Spezifizität über die arabische und islamische Zugehörigkeit. Mit dem Entwurf, einen modernen Industriestaat zu entwickeln, ging einher laizistische Gesellschaftsstrukturen aufzubauen, die u.a. die Gleichheit zwischen Männern und Frauen in der Verfassung festschrieben. Doch wurde weder der gesetzliche Rahmen, noch die notwendigen staatlichen Institutionen geschaffen, um die Frauen in ihren Bestrebungen zu unterstützen oder über ihre Möglichkeiten zu informieren. Innerhalb der regierenden F.L.N. führten Machtkämpfe zwischen progressiven und kommunistisch/marxistischen Kräften auf der einen Seite und traditionalistisch/islamistischen Stömungen auf der anderen Seite dazu, daß immer wieder Kompromisse geschlossen wurden. Nicht nur das Familiengesetz sondern auch die Fragen der Agrarrevolution, der Verstaatlichungen, der Bildungs und Kulturpolitik sorgten für Konfrontationen zwischen den einflußreichen Blöcken und führten zu Konzessionen von seiten der Führung. Die F.L.N., das Sammelbecken für unterschiedliche, zwar systemkonforme aber dennoch entgegengesetzte Kräfte, lavierte in ihren Ausrichtungen von einer Seite zur anderen, je nachdem welche Fraktion sich machtpolitisch am besten durchzusetzen wußte, und betonte dabei immer die nationale Einheit. Um den Druck der

aus: Anti-islamischer Rassismus und Algerien

konservativ-religiösen Kräfte zu entschärfen,übernahm der Staat die Kontrolle über den religiösen Bereich, veranlasste die Abhaltung von Seminaren mit auserwählten Fachmännern, richtete ein Ministerium für religiöse Angelegenheiten ein, führte den Religionsunterricht an Schulen ein und ernannte die Prediger in den Moscheen und anderen religiösen Einrichtungen. Allerdings existiert in Algerien ein merkwürdiges Gesetz, das besagt, daß Moscheen,deren Bau durch private Spenden finanziert wird, solange nicht der staatlichen Verwaltung unterliegen, bis sie fertig gebaut sind. Dies hat natürlich zur Folge gehabt, daß unzählige Moscheen nicht vollendet wurden, und die Nutzung dieser Moscheen der Gemeinde überlassen wurde. Dort haben sich oft Gruppen islamistischer Tendenz niedergelassen und u.a. karitative Tätigkeiten ausgeübt.

Neben diesem religiösen Aktivismus auf der sozialen Ebene entwickelt sich zur selben Zeit, also in den 70er Jahren, ein säkulares gesellschaftliches Leben. Der Bildungsbereich gehörte zu einer der Prioritäten des Staates und ermöglichte vor allem tausenden von Mädchen und Frauen den Zugang zur Öffentlichkeit. Dies drückte sich auch offen aus, indem Männer und Frauen gemeinsam ausgingen, in Cafés oder zum Strand, und immer mehr Frauen Auto fuhren...

Die existierenden linken Kräfte wurden entweder in staatlichen Institutionen eingebunden (Jugend-, Frauenorganisation, Gewerkschaften, zugelassene Presse...) oder ausgeschaltet. Aufgrund der Akzeptanz in der Öffentlichkeit für religiöse Inhalte, war es für den Staat viel schwieriger religiöse Bestrebungen zu unterbinden als systemkritische linke Strömungen. Der Staat schöpfte einen Teil seines legitimatorischen Diskurses aus religiösen Inhalten, auch wenn er andererseits versuchte ein modernes sozialistisches Wirtschaftsmodell durchzusetzen. Die Widersprüchlichkeit, die in der staatlichen Konzeption immer wieder in Erscheinung tritt, drückt im Grunde das Wesen der algerischen Gesellschaft aus. Die Frage der nationalen Identität stellt ein Dilemma dar, das aufgrund des kolonialistischen Angriffs hervorgerufen wurde, und nicht überwunden ist und bis heute auf den verschiedensten Ebenen sichtbar ist und u.a. in dieser zunehmenden Religiosität. Kulturell lässt sich diese Identitätskrise am Beispiel der Sprache veranschaulichen, aber natürlich bezieht sie noch ganz andere Lebensbereiche ein, von denen vor allem die Frauen betroffen sind. Französisch war nicht nur Amtssprache, sondern die Kolonialherren hatten sich zum Ziel gesetzt, die algerische kulturelle Spezifizität auszulöschen, indem die gesprochenen lebendigen Sprachen verschwinden sollten. Es war zum Beispiel in den Schulen verboten, Arabisch zu sprechen. Nach der Unabhängikeit blieb Französisch die Amtssprache, wie sollte es auch anders sein, wenn alle Führungskräfte ausschließlich in dieser Sprache ausgebildet waren, bis auf wenige Ausnahmen. Ab Ende der Sechziger Jahre wurden mehrere Arabisierungswellen eingeleitet, die das Französisch endlich verbannen sollten. Doch werden die Führungskräfte weiterhin im nicht-arabischen Ausland ausgebildet, das Niveau des gelehrten Arabisch bleibt unzureichend, und diese von oben angeordneten Maßnahmen lassen die Vielfalt der gesprochenen arabischen und berberischen Dialekte unbeachtet. Auch sind oft an das Thema "Sprache" bestimmte Lebensrealitäten und -auffassungen geknüpft: im Westen ausgebildete oder laizistisch orientierte AlgerierInnen bedienen sich des Französischen, während traditionell oder religiös Orientierte eher arabisch sprechen. Das Dilemma drückt sich darin aus, daß diese beiden Sprachen (Französisch und Hocharabisch) nicht richtig angenommen und gesprochen werden. Ich war jedenfalls sehr überrascht, zu sehen, daß die überwiegende Mehrheit der neu erschienenen Zeitungen in Französisch verfasst werden. Die demokratischen Kräfte neigen dazu, sich des Französichen zu bedienen, auch wenn sie bemüht sind, arabischsprachige Versammlungen abzuhalten und Zeitungen in Arabisch herauszugeben, während die Islamisten hauptsächlich in Arabisch, aber aus Propagandazwecken französische Blätter publizieren.

Den außergewöhnlichen Stellenwert den Frauen im Ausdruck dieser Identitätskrise einnehmen, wird deutlich in den Auseinandersetzungen um das Familiengesetz bis zu seiner Verabschiedung 1984, die eindeutig auf Konzessionen gegenüber den Traditionalisten zurückzuführen ist. Ein paar Jahre zuvor hatten blutige Konfrontationen mit Islamisten (1982) und die Niederschlagung des Frauenprotestes (1981) stattgefunden. Frauen und ihre Rechte wurden beschnitten, sie wurden funktionalisiert, um einen vermeintlichen Konsens wieder herzustellen.

Die islamische Tradition ist nicht per se frauenfeindlich. Sie weist den Frauen einen bestimmten Platz zu, der sehr stark über ihre Rolle als Mutter und Ehefrau bestimmt ist, wobei Frauen maßgeblich für die Reproduktion dieser Rolle verantwortlich sind. Auch wird ihnen der Zugang zur Öffentlichkeit in den Städten verwehrt. Die kulturelle Identität sollte vor den kolonialen Angriffen bewahrt werden. Alles was dem Bereich der Frauen zugeordnet war, mußte geschützt werden und erfuhr damit eine Überbewertung: Frauen wurden zur Trägerin der Tradition erhoben. Die Modernität, die der Kolonialismus aufgezwungen hat, kam von Außen, zerstörte das Alte und verhinderte die Entstehung eigener Wertigkeiten, die den typischen Gegensatz der Gechlechtertrennung hätte überwinden können. Diese Tradition hat eine negative Auswirkung auf die Situation der Frauen, wenn sie von politischen Gruppierungen usurpiert wird, und damit auch vom Staat, und als Überbau für die frauenfeindlichen Praktiken der Gesellschaft mißbraucht wird.

Doch selbst wenn der Staat eine sehr frauenfeindliche Politik betreibt, führen Frauen heute in keinster Weise ein Schattendasein. Sie sind in den letzten Jahrzehnten

immer mehr in Erscheinung getreten, üben die unterschiedlichsten Berufe aus, sind massiv an Schulen und Universitäten präsent. Sie tragen durch ihre Heimarbeit (von Näherinnen bis zu Brotbäckerinnen) sehr stark zum Überleben ganzer Familien bei. Und doch basiert der gesellschaftliche Konsens auf der Respektierung islamischer Grundsätze und traditioneller Lebensauffassungen. Heirat und Kinderkriegen wird von einer Minderheit von Frauen in Frage gestellt, auch wenn viele sich mittlerweile durchsetzen und ihren Ehemann selbst bestimmen und die Zahl der Geburten reduzieren wollen, oder wenn sie trotz Familienleben schon im Heiratsvertrag festlegen lassen, daß sie einer Beschäftigung außer Haus nachgehen dürfen, oder daß der Ehemann keine zweite Frau heiraten darf. Dies sind im Rahmen einer islamischen Struktur langsame Schritte zur Selbstbehauptung, die allerdings die Unterstützung öffentlicher Institutionen benötigen. Der Staat hat nie die Bereitschaft gezeigt, die Frauen über ihre Möglichkeiten aufzuklären, geschweige denn den gesetzlichen Rahmen dafür zu bieten. Ich möchte damit zeigen, daß der Staat sich immer die Option offen gehalten hat, irgendwelche Angriffe bezüglich seines islamischen Charakter abzuwehren, indem die Bestimmungen, die Frauen betreffen, so diffus gehalten wurden, daß sie immer wieder verschärft werden konnten.

Bei meinem Besuch im März-April letzten Jahres hatte ich die Gelegenheit mit vielen verschiedenen Frauen zu sprechen und stellte dabei fest, wie unterschiedlich die Auffassungen und die Motive sind, selbst unter islamistischen Frauen. Eigentlich kann gar nicht von Islamistinnen gesprochen werden, denn diejenigen, die ihre Religiosität politisch begreifen, bilden einen winzigen Teil der von außen so definierten Frauen. So konnte ich selbst bei der Verantwortlichen der Frauensektion der F.I.S. Widersprüche erkennen, die darauf hindeuteten, daß sie keinesfalls Frauen nur eine eingeschränkte Bewegungsfreiheit und Verantwortung zuspricht. Frauen legen den Hijab an, aus so unterschiedlichen Gründen, die oftmals nichts mit Religiosität zu tun haben. So ermöglicht der Hijab vielen den Zugang zur öffentlichen, männlich okkupierten Sphäre. Sie schöpfen Mut und Kraft, die Männer auf der Straße, im Arbeitsbereich oder Schulen zu konfrontieren. Die Geschlechtertrennung, die Bestandteil des gesellschaftlichen Leben ist und in den letzten Jahrzehnten nur oberflächlich aufgehoben wurde (in sehr vielen Familien ist es üblich, daß Männer und Frauen getrennt essen), wird durchgesetzt, nicht, indem Frauen aus der Öffentlichkeit verschwinden, sondern indem sie ihren eigenen Raum einnehmen. So z.B. wenn an allen Schaltern der Post oder Banken zwei Schlangen vorgesehen, in den Hörsälen und Moscheen getrennte Sphären eingerichtet sind. Dadurch daß das Ausgehen der Frauen nichts Verruchtes an sich hat, ist es gegenüber den männlichen Familienmitgliedern leichter einzufordern. Diese neugewonnene Selbstsicherheit führt auch dazu, daß viele ihren zukünftigen Ehemann selbst aussuchen wollen, arbeiten gehen oder sich ausbilden. Andere Frauen tragen den Hijab um ihre Armut zu verbergen, wiederum manche aus Opportunismus oder weil die meisten anderen Frauen in ihrer Umgebung ihn auch tragen.

Auf der anderen Seite existieren viele "demokratische" Frauenvereinigungen, die sich für die Abschafffung des Familiengesetzes, das Recht auf Ausbildung und Arbeit für Frauen einsetzen und auf unterschiedliche Art und Weise aktiv sind. Eine dieser Assoziationen hat z.B. einen Fragebogen ausgearbeitet, den sie in vielen Stadtteilen Algiers verteilt hat, was zu der Erkenntnis geführt hat, daß die meisten Befragten, ob Männer oder Frauen, sich des Ausmaßes des Gesetzes nicht bewußt waren. Die neugeschaffene Regelung, daß Frauen, im Falle einer Verstoßung die eheliche Wohnung verlassen müssen, führte zum Entzetzen vieler. Leider haben diese Vereinigungen sehr wenig finanzielle Mittel und verfügen über keine größeren Räumlichkeiten, um z.B. Versammlungen abzuhalten, oder Informationsveranstaltungen zu organisieren. Selbst die im letztem Jahr geplante Großversammlung am 8. März konnte nicht in dem vorgesehenen Saal stattfinden, weil in letzter Minute den Frauen eine derart hohe Summe abverlangt wurde, die sie niemals hätten aufbringen können. Ihre einzige Möglichkeit besteht in der Publikation von Zeitschriften oder Artikeln, doch damit werden all diejenigen, die nicht lesen oder sich den Kauf nicht leisten können, ausgeschlossen.

Wichtig erscheint mir, daß sehr viele Frauen sich entschieden haben, den Hijab zu tragen, um sich von dem europäischen Muster von Emanzipation abzugrenzen, und motiviert sind, eine eigene Lebensform zu finden, die nicht unbedingt Unterwerfung bedeutet, wie es hier so gerne dargestellt wird, noch daß sie alle sich für eine islamische Republik einsetzen. Natürlich bleibt offen, wie die Bestrebungen, sich auf eine eigene kulturelle Identität zu beziehen, aus machtpolitischen Interessen heraus funktionalisiert werden und deformiert werden können. Aber dies ist nicht dem Islamismus eigen, sondern jeder politischen Tendenz, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Macht zu übernehmen.

# KEIN VERGEBEN-KEIN VERGESSEN
# WANDELT WUT UND TRAUER IN WIDERSTAND

Durch aktive und passive Unterstützung der Bevölkerung, Politik und Justiz, kommt es immer öfter zu faschistischen Übergriffen auf MigrantInnen, Flüchtlinge, Homosexuelle und Andersdenkende.Dies geschieht nicht nur in Großstädten oder in der Ex-DDR (z.B. in Hoyerswerda), sondern auch in Gifhorn.

**Zu den Vorfällen:**

Oktober 1990: Etwa 15 Neonazis greifen das CAFE Unemployed an. Ein Gast wird beim Einwerfen der Fensterscheiben von einer Glasscherbe am Auge verletzt. Die Polizei, die sofort verständigt wird, trifft erst eine halbe Stunde später ein. Der Überfall wird als Anlaß benutzt, das Unemployed zu schließen.

Silvester 1990/91: Von einer Party aus starten Faschisten 3 Angriffe auf die türkische Familie Aslan in Gamsen. Der Säugling der Familie wird verletzt,als ein Knallkörper in die Tragetasche geworfen wird.Erst nach dem dritten Angriff konnte oder wollte die Polizei eingreifen. Aber dies geschah erst, als sich mehrere NachbarInnen den Neonazis aktiv entgegenstellten. Der Neonazi Christian Blauth wurde für die Beteiligung an den Übergriffen auf das CAFE "Unemployed"und auf die Familie Aslan zu 150 Arbeitsstunden und zu einer geringen Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt.

8.Mai 1991: Der 23-jährige Matthias Knabe wird in Gifhorn am Waldsee von etwa 20 Faschisten, die dort einen "Kameradschaftsabend"feierten, angegriffen und auf die B4 vor ein fahrendes Auto gehetzt. Die Polizei versuchte zunächst den Vorfall als "normalen"Verkehrsunfall darzustellen. Erst als diese Version nicht mehr haltbar war, wurde der Haupttäter Christian Blauth in U-Haft genommen, jedoch nach einer Woche wieder freigelassen. Das Verfahren gegen die Täter wurde mit der Begründung eingestellt, daß die Tat durch die Woche U-Haft schon "gesühnt" sei. Erst durch den Widerstand der Eltern von Matthias und durch Herstellung von Öffentlichkeit wurde das Verfahren vor kurzem wieder aufgenommen. Aussagen, die gegen die Faschisten gemacht wurden,wurden nach Drohungen seitens der Faschisten wieder zurückgenommen. Am 04.03.92 ist Matthias Knabe an den Folgen des Unfalls gestorben.

4.Juni 1991: In Kästorf wird Helmut Leja, Bewohner der Diakonischen Heime von den Neonazis Uwe Köhler und Andre Schillberg angegriffen. Als er versucht zu fliehen, wird er von den Nazis eingeholt, zusammengeschlagen und erstochen. Während der Verhandlung wurde versucht, diese Tat zu entpolitisieren. Laut Gutachter seien die Täter nicht der rechtsradikalen "Szene"zuzuordnen. Wenig später vertrat Andre Schillberg während einer Podiumsdiskusion wieder sein faschistisches Gedankengut. Uwe Köhler wurde zu 6 Jahren Jugendstrafe verurteilt, Andre Schillberg wurde zu 50 Arbeitsstunden in den Diakonischen Heimen verurteilt.

In Sassenburg werden Jugendliche, die sich in der antifaschistischen Jugendfront organisiert haben, und deren Freunde von Faschisten massiv bedroht und angegriffen.

23.Januar 1992: Ein Jugendlicher wird von 4 Neonazis vom Fahrrad getreten und mit einer Rasierklinge am Oberarm verletzt. Die Polizisten, die die Anzeige aufgenommen haben, spielten den Fall herunter und versuchten, die Eltern zu überreden, die Anzeige zurückzunehmen. Die Polizisten leugneten die Existenz von neofaschistischen Banden und deren wachsende Akzeptanz in der Bevölkerung.

3.Februar 1992: Eine 14-jährige Antifaschistin wird in Sassenburg auf dem Weg zur Schule von Neonazis abgegriffen und mit einem Gegenstand ins Gesicht geschlagen und mehrere Male in den Unterleib getreten.

Durch die zunehmende Akzeptanz faschistischen Gedankengutes in der Bevölkerung und die dadurch eskalierende Gewalt gegen Flüchtlinge, MigrantInnen, Homosexuelle und Andersdenkende finden wir es notwendig, dagegen auf die Straße zu gehen,um zu demonstrieren, daß wir ein Erstarken der faschistischen Potentiale in diesem Staat nicht dulden werden.

**Deshalb rufen wir auf zur Demonstration für die antifaschistische Selbsthilfe und gegen den Naziterror.**
**Am: 9.Mai 1992 Treffpunkt:**
**In Gifhorn am Brunnen/Steinweg**
**Um:10.00 UHR**

ES RUFEN AUF:Antifa Gifhorn,Antifaschistische Jugend/Autonome Gruppe Braunschweig, Antifa Wolfsburg, KV Grüne Gifhorn, Antifa Jugendfront Sassenburg, Bewohnervertretung der Diakonischen Heime Kästorf, Antifa AG der TU ASTA/Braunschweig

V.i.S.d.P: B.Leiberecht Offene Grenzen 2 3170 Gifhorn

Volxsport

## Kein Mensch flieht freiwillig

Wir haben heute Nacht Plakate der Firma Benetton überklebt und einigen Benettonläden unsere Erklärung geschenkt.
Diese Plakate von Benetton zeigen albanische Menschen auf der Flucht.
Sie versuchen auf einem völlig überfüllten Schiff, "zusammengepfercht" wie Tiere, unter lebensgefährlichen Umständen, auf dem Seeweg nach Italien zu gelangen.
Viele überleben diese Flucht nicht.
Die Flüchtlinge, die ihr ersehntes Ziel erreicht zu haben glaubten, sahen ihre Hoffnungen nicht erfüllt.
Im Gegenteil: Sie wurden von großen Teilen der Bevölkerung mit Ablehnung und Unverständnis und von der Staatsgewalt mit Unterdrückung und Gewalt empfangen.
Zusammengepfercht in Fußballstadien "durften" die Flüchtlinge einige Tage in der reicheren Welt verbringen.
Unglaubliche Verbrechen spielten sich ab. Menschen wurden zu Tode geknüppelt. Frauen wurden vergewaltigt. Menschen starben ohne jede ärztliche Versorgung.
Alle albanischen Flüchtlinge wurden abgewiesen.
Die Fluchtversuche der albanischen Menschen sind ein Beispiel dafür, welche unglaublichen Umstände Menschen auf sich nehmen, um in die "1. Welt" zu gelangen.
Benetton, eine allseits bekannte und beliebte Modefirma, hat seinen Sitz in Italien. Dieses Kapitalistische Großunternehmen ist ein Paradebeispiel dafür, wie teure Markenartikel billigst zu Minimalstundenlöhnen in sogenannten 3. Weltländern produziert, teuer im reichen Norden verkauft werden.
Benetton trägt durch die Schaffung solch ausbeuterischen Arbeitsbedingungen dazu bei, daß Menschen im Trikont verarmen, verelenden und verhungern und so zur Flucht in den reichen Norden, bzw. Westen gezwungen werden.
Wir finden es nicht nur geschmacklos und grotesk, daß Benetton diese Bilder als Werbeträger und verkaufssteigernde Promotion benutzt.
Wir finden es pervers.
United Colours of Benetton?
Boykottiert Benetton-

Überklebt alle (rassistischen) Plakate dieser Firma
(es gibt noch mehr menschenverachtende und rassistische Plakate)

KEIN MENSCH FLIEHT FREIWILLIG

**mit verkleisterten grüßen**

**jugend-antifa-nürnberg**



Aktionswochen im Juni

Im August 1991 fingen wir mit einer Gruppe von Leuten an, uns zu überlegen, was wir hier in Berlin zu den 1992 sich überschlagenden Feierlichkeiten der Herrschenden unternehmen können.

- gegen die Vollendung des EG-Binnenmarktes und den Ausbau der Festung Europa unter Vorherrschaft der BRD
- gegen die von den westlichen Regierungen zur 'Begegnung zweier Welten' deklarierten Eroberung Lateinamerikas vor 500 Jahren und der damit beginnenden Kolonialisierung ganzer Erdteile
- gegen die UN-Konferenz über 'Umwelt und Entwicklung' in Rio de Janeiro im Juni
- gegen den Weltwirtschaftsgipfel, dem Treffen der Regierungen der 7 reichsten Industrienationen (G7) Anfang Juli in München
- gegen den Ausbau Berlins zur Metropole

Als Auftakt für Diskussionen darüber organisierten wir im September 1991 eine Veranstaltung mit einem spanischen Genossen, der über den Stand der dortigen Kampagne berichtete.

In den darauffolgenden Monaten fanden regelmäßige Treffen statt, die wir hier nicht im einzelnen wiedergeben wollen. Hier nur der aktuelle Stand:
Erfreulich war zunächst, daß Menschen aus einem sehr breiten linken Spektrum kamen. Die Mehrheit hatte jedoch offensichtlich erwartet, daß wir bereits konkrete Vorgaben, Vorschläge und inhaltliche Konzepte erarbeitet hätten, daß sie also nur noch 'mitzumachen' bräuchten. Diese Erwartungen mußten wir enttäuschen. Nachdem wir immer wieder dargestellt hatten, daß es kein 'ihr' (MacherInnen) und 'wir' (neu Dazugekommene) gab, sondern genau das stattfinden würde, was jede/r einzelne von uns zu der Geschichte beiträgt, blieben die meisten wieder weg. Es mangelte nicht an Vorschlägen, jedoch erklärten sich kaum Leute bereit, verbindlich etwas zu übernehmen. Aufgrund der hohen Fluktuation bei den Treffen und der Breite des anwesenden Spektrums fanden kontinuierliche Auseinandersetzungen kaum statt.
Ursprünglich war geplant, die Aktionswochen gemeinsam mit dem 'Klimabündnis' in einem großen Zelt auf dem Potsdamer Platz stattfinden zu lassen. Auf den letzten Treffen stellte sich jedoch heraus, daß die Herangehensweise an die Organisierung und inhaltliche Bestimmung der Aktionstage so unterschiedlich ist, daß uns eine gemeinsame Planung mit dem Bündnis nicht mehr möglich scheint. Wir haben uns mittlerweile für einen kleineren Veranstaltungsort entschieden, wo inhaltliche Auseinandersetzungen eher möglich sind.

Das hört sich alles zunächst sicher nicht sehr motivierend an. Wir finden es jedoch nach wie vor völlig wichtig, daß Aktionstage im Juni stattfinden. Ursprünglich hatten wir daran die Vorstellung geknüpft, daß es sowohl über die Vorbereitung als auch während der Tage möglich wäre, innerhalb eines radikalen linken Spektrums über Ansätze und Perspektiven zu diskutieren, gemeinsam mit Flüchtlings- und ImmigrantInnengruppen zusammen zu kommen, gemeinsam auf der Straße sichtbar zu sein.
Inzwischen denken wir, daß diese Erwartungen vielleicht zu hoch gesteckt waren. So haben wir auf unserem letzten Treffen folgendes überlegt:

# EG Binnenmarkt/500Jahre

Wir erklären uns als Gruppe dazu bereit, die Koordinierung für Veranstaltungen und Aktionen im Juni zu übernehmen, bzw. weiterhin gezielt noch Gruppen daraufhin anzusprechen. Dazu gehört auch die Öffentlichkeitsarbeit.
Wir bitten euch, in euren Gruppen zu überlegen, ob ihr eine Veranstaltung, Aktion etc. während der Aktionstage machen könnt. Und v.a. zu überlegen, was ihr zur Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München beitragen könnt.

Wenn ihr bereits etwas geplant oder noch Nachfragen habt, meldet euch möglichst bis Ostern bei Nozizwe ([illegible], Tel. 392 70 30) oder beim FDCL ([illegible], Tel. 693 40 29). Ansonsten seid ihr herzlich dazu eingeladen, euch an der Koordination und Öffentlichkeitsarbeit zu beteiligen.
Das nächste Koordinationstreffen für die Aktionstage und auch für die Planung der Öffentlichkeitsarbeit ist am

Montag, dem 27. April um 20.00 Uhr im FDCL (Mehringhof)

Wir werden für die Aktionstage (mit Ausnahme von 2-3 Tagen) das Kato im Schlesischen Tor zur Verfügung haben.

Vorläufiger Kalender:

Anfang Juni: Workshop (2 Tage) mit Marlen Chow. Sie wurde in Guatemala im Oktober 92 in die kontinentale Koordination gewählt. Sie ist kommt von der Atlantikküste Nicaraguas (misquito-indigena, seit langem in der Frente aktiv, und in der CIDCA). Kontakt: Andreas (FDCL).

10. oder 11.6. Mythos Überbevölkerung

13./14.6. Workshop mit Felix Alemán Neira aus Masaya (Nicaragua), zu den Themen "Zerrüttung der politischen und wirtschaftlichen Situation in Nicaragua" und "Zerfall der Solidaritätsbewegung". Felix A. war in den 70er Jahre für mehrere Jahre in der BRD und der DDR, er arbeitet z.Z. im Wirtschaftsministerium in Nicaragua. Kontakt: FDCL.

An einem Wochenende: Sowjetunion / Rußland. Zum Scheitern des Modells nachholender Entwicklung. Vorstellung des neuen Hefts "Materialien für einen neuen Internationalismus". Kontakt: Helmut (FDCL) Frieder (Schwarze Risse, Buchladen im Mehringhof)

15.6. Besuch von zwei Frauen von einem Frauen-Radio aus Puno / Peru. Kontakt: Annette (ASW)

Kongreß zu ImmigrantInnen und Arbeitsmarkt mit TeilnehmerInnen aus NL, E, FR, USA. Termin: ca. um den 20.6. Kontakt: Antirassistische Initiative.

Veranstaltung / Tag zu Flüchtlingsbewegungen - Südliches Afrika - Festung Europa mit referentInnen aus Mozambique, Südafrika etc. Kontakt: Anti-Apartheid-Bewegung (Berlin-West)

AG "Die EG '92 und Frauenhandel mit lateinamerikanischen Frauen" AG Nozizwe

Filmreihe der Lateinamerikanischen Frauengruppe mit Nozizwe

"500 Jahre antikolonialer Widerstand der lateinamerikanischen Frauen" Film - Video - Workshop der lateinamerikanischen Frauengruppe

Guatemala-Gruppe - Thema unbekannt bisher.

# Gegen die HERRschende Weltordnung
# 500 Jahre sind zuviel!
# Stört das Weltwirtschaftsgipfel-Vorbereitungstreffen in Münster!

**Aufruf zum Aktionstag und zur Demonstration am 8./9. Mai in Münster**

**SIE ORGANISIEREN DIE ARMUT DER VÖLKER**

**Am 8. und 9. Mai 1992** treffen sich in Münster die Wirtschaftsminister der 7 führenden Industriestaaten (USA, Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Japan und Kanada), um den Weltwirtschaftsgipfel in München inhaltlich vorzubereiten. Dieses Treffen steht vor dem Hintergrund 500jähriger kolonialistischer Barbarei.

Wir schreiben das Jahr 1 nach dem Golfkrieg, das Jahr 1 nach der Ausrufung ihrer neuen mörderischen Weltordnung. Der Ort des Treffens ist Deutschland, das Deutschland der Überfälle und Morde an Flüchtlingen und AusländerInnen. Der Ort des Treffens ist die Stadt Münster, eine Stadt, die sich durch dieses Treffen als Kongreßstadt profilieren will. Eine Stadt, die nächstes Jahr 1200 Jahre der Unterdrückungsgeschichte feiert. Eine Stadt, die mit den Symbolen der Hinrichtung dreier Widerstandskämpfer aus dem 16. Jahrhundert für sich wirbt.

Das Treffen findet nach dem Zerfall der Sowjetunion, nach dem Sieg der kapitalistischen Länder im kalten Krieg, statt.

Und nun wird es in Münster um die Aufteilung der Beute gehen. Die großen 7 treffen sich, um über die Einbindung Osteuropas in die kapitalistische Weltordnung zu beraten. Es werden wohl zwei Aspekte im Vordergrund des G7-Treffens stehen. Zum einen die Organisation der bestmöglichen Ausbeutung der wirtschaftlich rentablen Gebiete des Ostens und zum anderen die "Befriedung" des gesamten Osteuropa. Politiker, Bonzen und die HERRschenden Medien werden während des Treffens versuchen, uns die Ausbeutung als humanitäre Hilfe und die "Befriedung" als "Demokratie" und "Wohlstand" zu verkaufen.

Doch wir haben nicht vergessen, daß der Kapitalismus ein menschenverachtendes System darstellt, das auf Ausbeutung und Unterdrückung aufgebaut ist. Die Geschichte des Kolonialismus, Hunger und Elend, Folter und Krieg, die ökologische Zerstörung ganzer Landstriche, die rassistische und sexistische Ausbeutung und Unterdrückung im Trikont sprechen eine deutliche Sprache.

Aber auch die Lebensbedingungen in den Metropolen verschlechtern sich zunehmend. Die kontinuierliche Senkung der sozialen und ökologischen Standards, die Vergrößerung des Wohnungsmangels und die Mietenexplosion, die Verschärfung der Abtreibungsgesetzgebung, die rassistischen Angriffe auf Flüchtlinge und die Einschränkung des Asylrechts sind Beispiele hierfür.

Die Veränderung der Welt hat in den letzten Jahren die Bedingungen für Widerstand und Befreiung zunächst verschlechtert. Aber obwohl die Versuche der Befreiung in den letzten Jahrzehnten an den durch den Westen bestimmten Gesetzen des Weltmarktes oder durch direkte Gewalt gescheitert sind, hat der Widerstand der Menschen im Trikont gegen ihre Degradierung zu StatistInnen der Weltgeschichte nicht aufgehört.

Auch wir in den Metropolen haben die Vorstellung, daß ein Leben ohne Hunger und Krieg, ohne sexistische und rassistische Unterdrückung und Ausbeutung für alle möglich ist, nicht begraben.

Wir wollen am 8./9. Mai den Widerstand gegen die HERRschende Weltordnung auf die Straßen von Münster tragen und das Treffen der großen 7 effektiv stören.

Unser Widerstand richtet sich auch gegen die Dreistigkeit der Großmacht Deutschland, das G7-Treffen am Jahrestag der Kapitulation Deutschlands abzuhalten und so im Nachhinein die Geschichte korrigieren zu wollen. Hiermit wollen sie zeigen, wer denn der letztendliche Sieger des Zweiten Weltkriegs und der "neuen Weltordnung" ist.

Als (Weltwirtschafts-)Gipfel der Unverschämtheit wollen Möllemann und Konsorten sich auf einem Volksfest auf dem Prinzipalmarkt am 8.5.92 präsentieren, um ganz "volksnah" den Sieg des Kapitalismus zu feiern.

**Laßt uns ihnen in die Hummersupppe spucken!**



**Störaktionen in Kleingruppen gegen das "Volksfest" am Freitag, dem 8. Mai abends! Bringt *dezente* (Ver-) Kleidung und *viel Phantasie* mit!**

**DEMO am Samstag, dem 9. Mai 1992, 12.00 Uhr Hindenburgplatz in Münster.**
**Demo- und Aktionsvorbereitung 8. Mai, <u>18.00 Uhr</u> KSG, Frauenstraße 3 - 7 (pünktlich!).**
**Infos: Koordinationsbüro Anti-WWG-Bündnis, c/o GAL, Bremer Str. 54, 4400 Münster, Tel.: 0251/662066 (Infos, Schlafplatzbörse)**
**Umwälzzentrum, Scharnhorststr. 57, 44 Münster, Tel.: 0251/521112 (Infos).**

**KOMMT ZUHAUF!!**

*Autonome Vorbereitungsgruppe*

*V.i.S.d.P.: M. Öllemann, Münsterstr. 92, 44 Münster*






Wie sich das für richtige KreutzigerInnen gehört, wollen wir den Karfreitag freudig und zünftig begehen. Wir werden die Tradition unseres großen Lehrmeisters P. Pilatus pflegen und mit den Kreuzigungen fortfahren. Dieses Jahr soll das Spekulantentum Opfer unserer gerechten Sache werden.
Am Nachmittag um **16.00 Uhr** findet eine fröhliche **PROZESSION** durch den Ort statt. Eine bunte Schar von Bischöfen, Päpsten, Nonnen, Priestern, Weihnachtsmännern und Osterhasen wird den zu kreuzigenden Spekulanten auf seinem letzten Weg begleiten - dem Kreutzgang. Vom Weihrauch benebelt, werden wir betend, anklagend und halleluja-singend durch benachbarte Straßen ziehen. Beschwörend werden wir unsere Stimme erheben gegen Mietwucher und Spekulation.

Im Anschluß an diese Prozession findet dann, wie gewohnt, die Kreutzigung statt. Ort der Hinrichtung wird der Abenteuerspielplatz Friedrichshain sein.

Nach Einbruch der Dunkelheit wollen wir uns dann dort treffen, um die feierliche Verbrennung zu begehen. Verbrennung deshalb, weil wir natürlich keine Auferstehung dulden können, wenn es um Speckies und ähnlichen Schweinskram geht.
Bei diesem gemütlichen Beisammensein am Lagerfeuer fallen gemäß der alten Losung (MIETHAIE ZU FISCHSTÄBCHEN) natürlich auch ein paar Fischstäbchen ab.
So haben dann alle was davon.

Das Motto der folgenden Tage lautet dann:

VERHINDERN WIR DIE AUFERSTEHUNG !!!

Die segnende Hand des Priesters verwandelt sich in ihrem Schattenbild in die Fratze des Teufels.

Welcher Spekulant ans Kreuz geschlagen wird, bleibt vorerst eine Überaschung. Aber es wird schon überall gemunkelt....

Auf zum PONTIUS PILATUS GEDENKTAG (ehem. K-FREItag)!

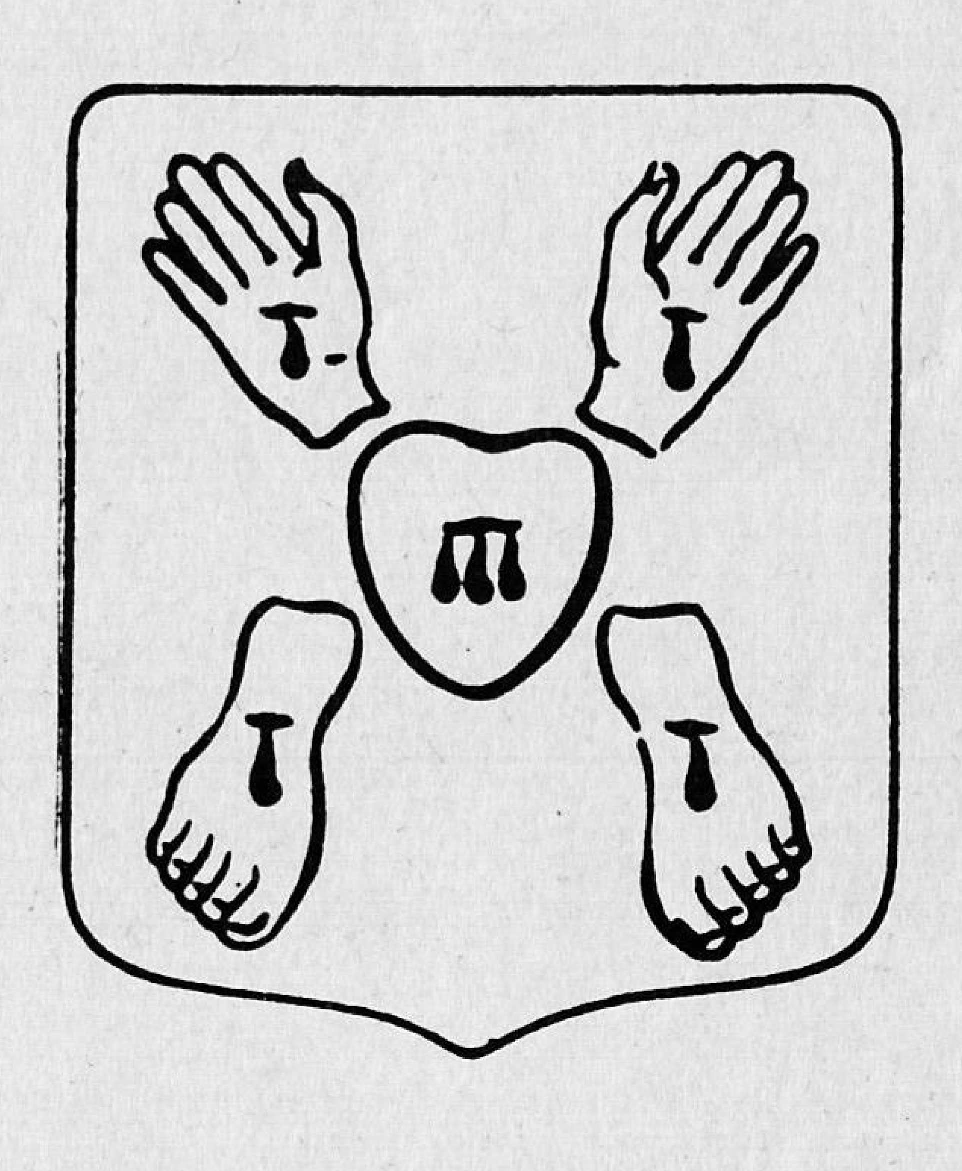
Götter sterben durch Kreu(t)ziger!

V.i.S.d.P. Passionsspiele e.V.
Kreutzigerstraße, Friedrichshain
und jede(r) nur ein Kreuz, gelle !







ANTWORT AUF DEN KOMMENTAR DER INTERIM'S ZUR AKTION
DER TIERSCHUTZGRUPPE BROILERPOWER IN INTERIM 183

"Auschwitz fängt da an, wo einer im Schlachthof
steht und sagt, es sind ja nur Tiere." T.W. Adorno

In Eurer Kritik bezieht Ihr Euch auf die Aussage,
für Tiere sei jeder Tag Treblinka. Eurer Einschätzung
nach stellt dies eine Verharmlosung des Leidens von
Millionen von Menschen dar und würde die Ungeheuerlich-
keit der Vernichtungspolitik im NS einebnen.

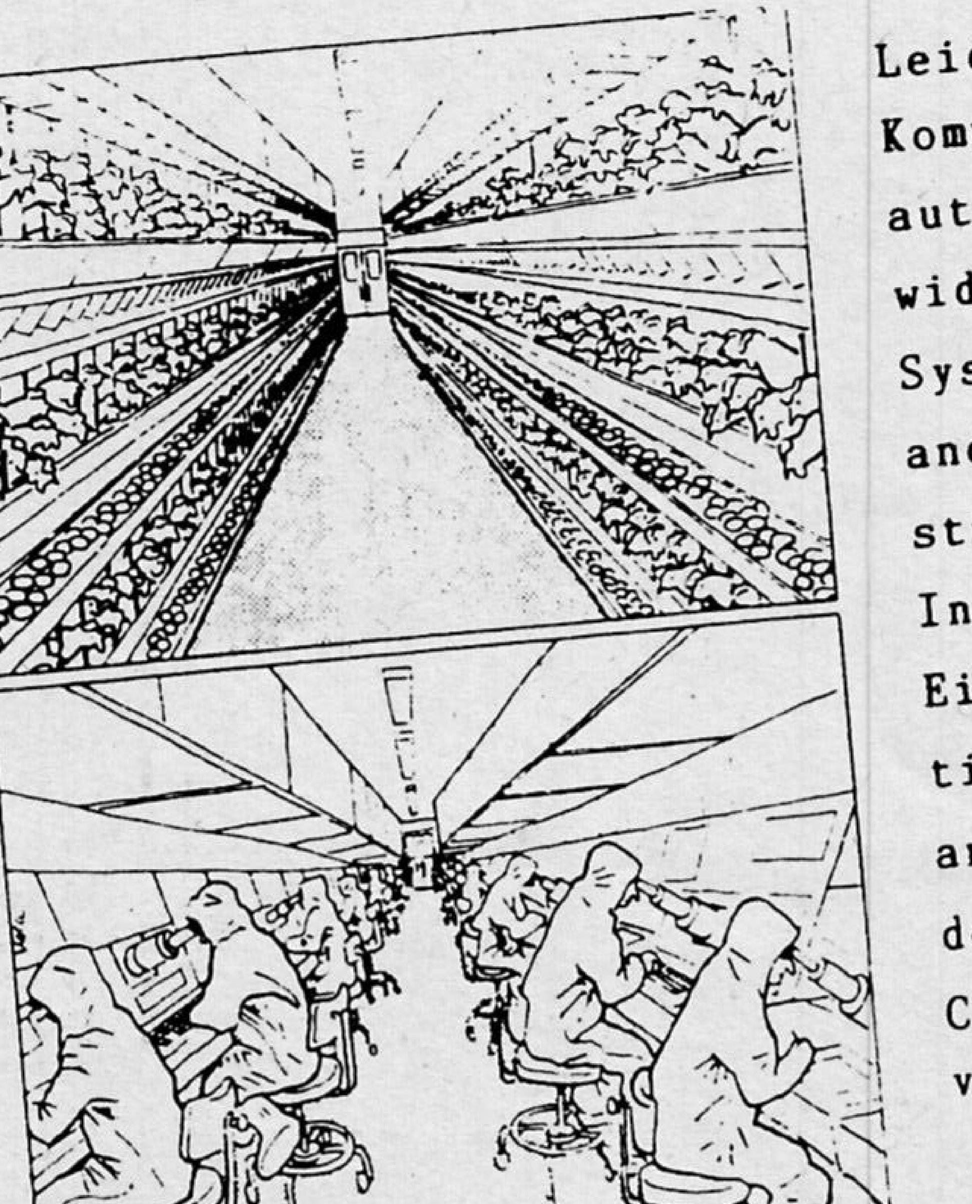
Wir finden, Euer Kommentar ist unüberlegt,kurzsichtig
und Ausdruck einer materialistischen Sichtweise.
Mit Eurem anthropozentrischen Weltbild, das daraus
zu ersehen ist, befindet Ihr Euch in "guter" Gesell-
schaft von allen, die Tiere nicht als gleichberechtigte
Lebewesen, sondern als Produkt ansehen; sie zu
einer Ware, einem Meßinstrument, einem Mittel zur
Profitmaximierung machen.
Tragisch genug, daß wir Euch hier die Folgen des
Selbsterhöhungsdenkens des Menschen nochmals auf-
zählen müssen: Zerstörung der Regenwälder, Umwelt-
verschmutzung, Atomindustrie, Gentechnologie,
Massentierhaltung, Tierversuche, Ausrottung vieler
Tier- und Pflanzenarten, usw., usw...
Allem gemeinsam ist, daß in irgend einer Form Gewalt
gegen Schwächere und Wehrlose ausgeübt wird.
Durch die alltägliche Einübung und Normalisierung
dieser Gewalt wird Massenvernichtung von Menschen
erst möglich gemacht, da sie als normal empfunden
und ohne Aufschrei hingenommen wird.

Gewöhnung an eine Gewalt gegen
Tiere, führt bald zu einer Brutali-
sierung und zur Akzeptanz der Gewalt
gegen Menschen.
Der anthropozentrische Ansatz ist
damit auch ein patriachaler.
Mensch erhöht sich über Tier -
Mann erhöht sich über Frauen.

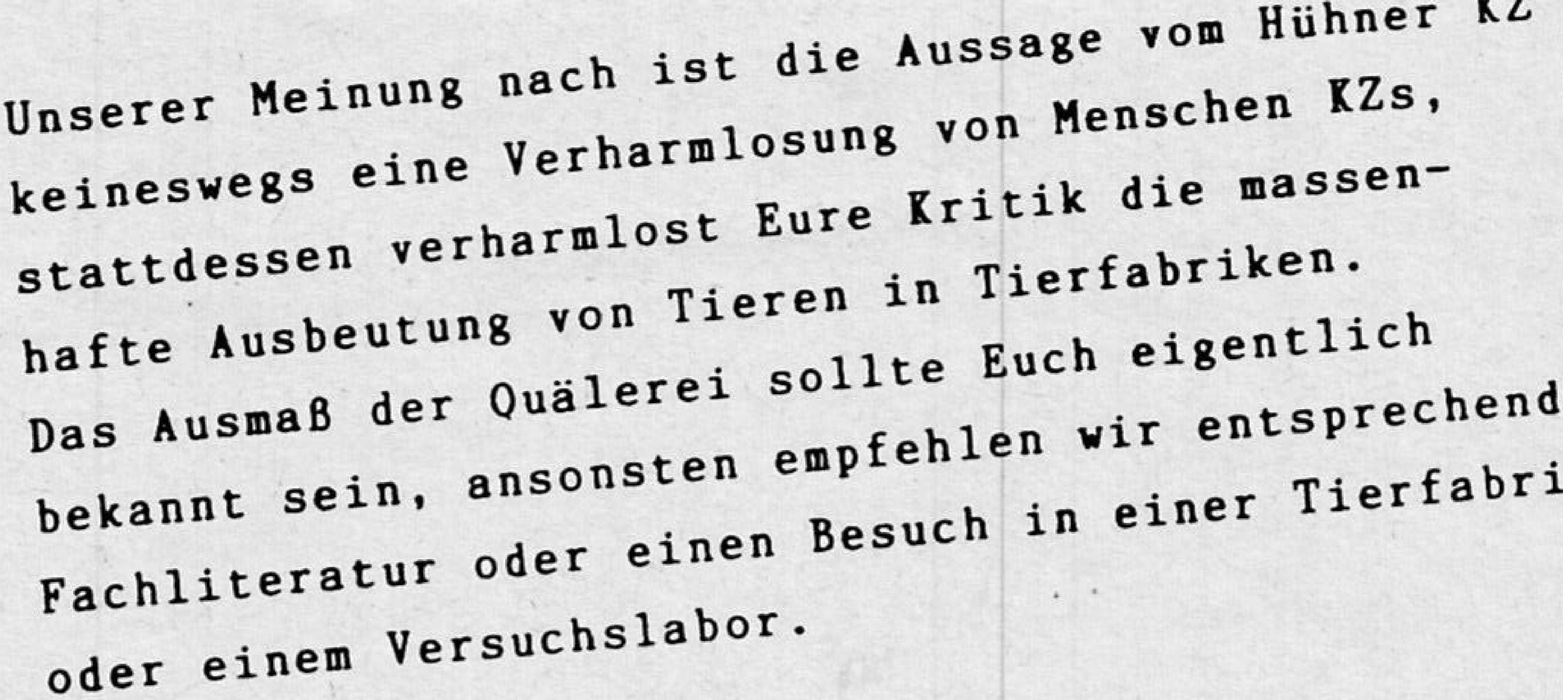
Auch der faschistische Gedanke der Selektion
zwischen verwertbaren und nicht brauchbaren
Lebewesen findet sich im Umgang
mit Tieren wieder. Was ist an
Tierversuchen etwa weniger
grausam als an Mengeles Menschen-
versuchen?

Wir meinen deshalb, daß es nicht
darum gehen kann Menschen KZs
gegen Tier KZs auszuspielen,
sondern zu erkennen, daß das
eine das andere bedingt.
(zB. werden Waffen aller Art
auch erst nur(?) im Tier-
versuch getestet...)

Unserer Meinung nach ist die Aussage vom Hühner KZ
keineswegs eine Verharmlosung von Menschen KZs,
stattdessen verharmlost Eure Kritik die massen-
hafte Ausbeutung von Tieren in Tierfabriken.
Das Ausmaß der Quälerei sollte Euch eigentlich
bekannt sein, ansonsten empfehlen wir entsprechende
Fachliteratur oder einen Besuch in einer Tierfabrik
oder einem Versuchslabor.



Leider spiegelt Euer
Kommentar eine typisch
autonome Grundhaltung
wider, einerseits das
System anzugreifen, es
andererseits aber zu
stützen. Eine permanente
Inkonsequenz.
Einerseits antiimperialis-
tische Aktionen machen,
andererseits sich bei
deren Planung mit
Currywurst und Buletten
verpflegen.




Einerseits von der Verharmlosung von KZs reden,
andererseits für die Simpsons werben, die ihrerseits
Atomkraft verharmlosen.

Stellt Euer
etwa den
Kauf billiger
zu legitimieren
Fazit: Revolu -
nicht ich zuerst...?

Kommentar
Versuch dar, den
Eier bei Aldi
???
tion ja - aber nur

Solidarische Grüße an die Tierschutzgruppe Broiler -
power; Ihr seid nicht allein !

Einige Autonome

In einem Punkt geben wir euch
Recht. Vater Simpsons positives
Verhältnis zur Atomkraft ist
belegt. Folgende Fakten: Am
Erntedankfest (Thanksgivingday)
verkündete Vater Simpson im
Dankgebet: "Wir danken Gott für
die Atomkraft." Unser Bezugspunkt
bei den Simpson sind aber die
Kinder und nicht der Vater!

## TERMINKALENDER:

| | | |
|---|---|---|
| **Freitag 17.4.** | **20.00** | **Mehringhof,Versammlungsraum VV zum 20.4.** |
| | 19.00 | Lunte,Weisestr.53,1/44 - Kiezküche + Film "Yol-Der Weg" |
| | 21.00 | Daneben,Rigaerstr.84 - "Don Camillo und Peppone"-Filmnacht |
| **Samstag 18.4.** | 18.00 | Anstoss,Brunnenstr.7 - Sportschau + Volxküche |
| | 21.00 | Konzert im Haus der Demokratie mit Chilli Confetti,Gafbag und Support zur Unterstützung des Fußballfanladens "Anstoss" |
| **Montag 20.4.** | **18.00** | **Kotti - Demo gegen Rassismus und Naziterror** |
| **Dienstag 21.4.** | 19.30 | Infoladen Azadi,Brunnenstr.6 - Irischer Video-Abend mit "Der Tag wird kommen" |
| | 21.00 | Daneben - "AK-Kraak " BesetzerInnen-Videozeitung |
| **Mittwoch 22.4.** | 20.00 | Bandito Rosso,Lottumstr. - Spielfilm "Der Bockerer" |
| | 20.00 | Krümelladen,Weserstr.155,1/44 - Neuköllner Anti-Umstr.plenum |
| **Donners. 23.4.** | 21.00 | Daneben - "500Jahre Widerstand-alle sollen sich erheben" |
| **Freitag 24.4.** | 19.00 | Clash,Uferstr.,1/65 - JobberInnen-Treffen |
| | 20.00 | Clash - Informationen aus Zagreb und Sarsjevo Veranstaltung zum Jugoslawien Konflikt |

## Totalverweigerung!!!!!

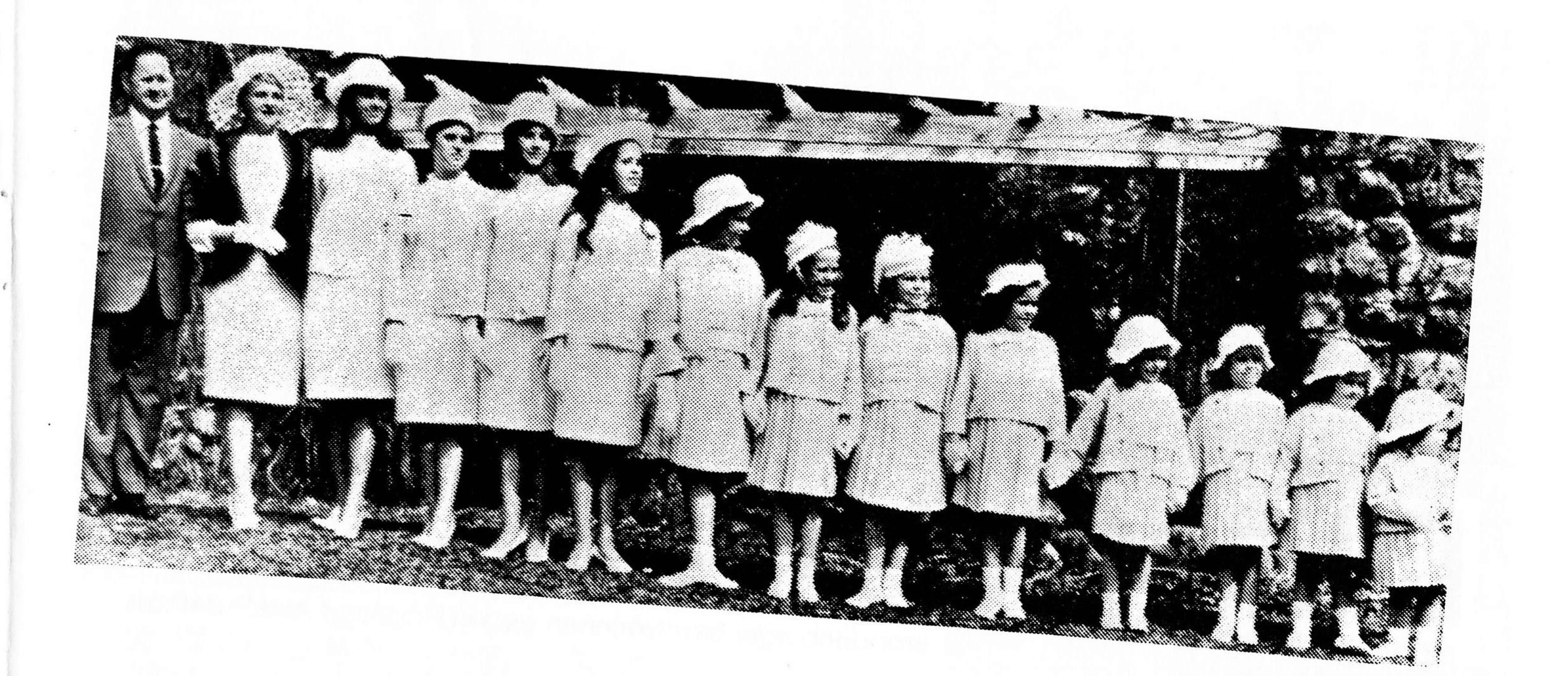
(immer?)
Freitags von 17.00-20.00 individuelle Beratung !!! (6938021)

ORT: Mehringhof Gneisenaustr.2a
3. Aufgang 1.Stock links(überm Theater)
im IDK/IAT-Büro (IAT= Info/Aktion Totalv.)

und anschließend Fr. 20.00 um die Ecke Im Infoladen Lichtschranke Nostizstr.49 !!!!!!!!!

erstmals am Fr,17.4.
danach wahrscheinlich!
wöchentlich (hoffentlich)

offenes Treffen/Plenum
für alle potentiellen Totalverweigerer,
UnterstützerInnen, Sympathiesant/inn/en...
(Infoaustausch→Diskussion, Aktionsplanung...)






KEINE ÜBERDOSIS DEUTSCHLAND
DEMO 18.4.
14.00 Strausberg
ab Stadtbahnhof
Brandenburger Besetzerinnen gegen Nazis und Ausländerhass